

Presseschau



Teilflächennutzungsplan Wind: Ausgewählte Presseberichte

Veröffentlichungen der lokalen Presse
vom 23.10.2014 bis 08.06.2016



Umwelt: Nachbarschaftsverband legt Planungskriterien fest

Windräder sollen nicht einzeln stehen

Von unserem Redaktionsmitglied
Christian Beister

RHEIN-NECKAR. Der Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim hat sich bei seiner gestrigen Verbandsversammlung in Mannheim über die Planungskriterien und das weitere Vorgehen in Sachen Windenergieanlagen geeinigt. „Wir wollen die Anlagen konzentrieren“, sagt Martin Müller, Leiter der Planungsgruppe Geschäftsführung. Werden an einem Standort Windanlagen gebaut, sollen dort mindestens drei entstehen. Im „Teilflächennutzungsplan Windenergie“ sind 18 dieser Konzentrationsflächen mit einer Größe von insgesamt 900 Hektar aufgelistet – das entspricht etwa 1300 Fußballplätzen.

Auf diesem Gebiet könnten rund 70 bis 80 Windenergieanlagen gebaut werden. Acht Konzentrationszonen liegen in der Rheinebene – zwischen den Autobahnkreuzen Mannheim und Heidelberg, südlich Kirchheim, zwischen Ilvesheim und Heddesheim, südlich Schwetzingen, im Käfertaler Wald und bei den Nußlocher Wiesen –, zehn im Bereich der Höhen des Odenwalds und Kraichgaus. Insbesondere die Flächen in der Rheinebene lägen nach derzeitigem Kenntnisstand aber im Grenzbereich der wirtschaftlichen Tragfä-

higkeit, heißt es im Nutzungsplan: Es könne aber nicht ausgeschlossen werden, „dass bei näherer Betrachtung der thermischen Verhältnisse, Änderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen oder im Hinblick auf den anlagentechnischen Fortschritt auch Flächen in der Rheinebene für Investoren attraktiv sind. „Wir haben die Flächenalternativen vorgestellt, das heißt aber nicht, dass auf diesen allen auch gebaut wird“, sagt Müller.

1000 Meter Abstand zu Häusern

Das Land hatte 700 Meter als Mindestentfernung für Windräder von Wohnhäusern vorgeschlagen, der Nachbarschaftsverband setzte 1000 Meter fest. Für Aussiedlerhöfe soll der Abstand 600 anstatt 450 Meter betragen, zu Gewerbe 200 Meter. Durch Ausschlussfaktoren – etwa artenschutzrechtliche Bestimmungen – verkleinerte sich die mögliche Bebauungsfläche mit Windenergieanlagen deutlich auf rund 900 Hektar.

Anfang 2015 sollen Bürger, Gemeinden und Behörden eingebunden werden. Anschließend könnte die Verbandsversammlung mögliche Standorte nach Zahl und Größe weiter reduzieren. Erst danach kann das Verfahren abgeschlossen und der Plan dem Regierungspräsidium zur Genehmigung vorgelegt werden.

Allmählich wird klar, wo sich was dreht

Windkraft: Nachbarschaftsverband legt Kriterien für Standorte fest und weist 18 „Konzentrationszonen Windenergie“ aus

Von Harald Berlinghof

Mannheim. „Der Wind, das himmlische Kind“, heißt es im Märchen. Doch ob der Wind als himmlische Macht unsere künftige Energieversorgung sichert oder ob die Windräder als teuflische Verunstaltung unserer Landschaft gelten, die Zugvögel und Fledermäuse totschiessen, ist noch nicht endgültig entschieden. Seit Jahren wird nun darum gerungen, wo die „Windspargel“ als Teil der Energiewende in unserer Region aufgestellt werden dürfen. Zumindest im Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim gibt es jetzt darüber Klarheit, nachdem dessen Vollversammlung mit einheitlicher Stimme dazu seinen Standpunkt klargemacht hat.

Der Verband ist ein Zusammenschluss von 18 Städten und Gemeinden im baden-württembergischen Kerngebiet der Metropolregion Rhein-Neckar, zwischen Nußloch im Süden, Mannheim-Sandhofen im Norden, Heidelberg-Ziegelhausen im Osten und dem Rhein als Grenze im Westen. Zentrale Aufgabe ist die gemeindeübergreifende Entwicklung der Raum- und Siedlungsstruktur auf einer Fläche von 487 Quadratkilometer für etwa 680 000 Einwohner.

Würde man Tabu-Kriterien für Windkraftanlagen wie etwa 700 Meter Abstand zu Wohngebieten, 450 Meter zu Aussiedlerhöfen oder 50 Meter zu Bahntassen sowie die Aussparung von Naturschutzgebieten zu Grunde legen,

stünden von den 487 Quadratkilometer Verbandsfläche 461 nicht für Windenergieanlagen zur Verfügung. Es blieben 2600 Hektar oder 5,3 Prozent der Verbandsfläche, auf denen Windkraftanlagen zulässig wären. Weitere Flächen könnten dabei allerdings durch sogenannte weiche Tabukriterien wegfallen.

Der Nachbarschaftsverband hat jetzt beschlossen, auf zulässigen Flächen mindestens drei Anlagen zu bündeln. Da diese rund 200 Meter hoch sind, erscheint der Abstand von 700 Metern zu Wohnsiedlungen allerdings als zu gering. Deshalb will man 1000 Meter Distanz einhalten. Bei Aussiedlerhöfen soll der Abstand von mindestens 450 Meter auf 600 Meter erhöht werden. Zu gewerblichen Flächen soll der Abstand 250 Meter betragen.

Ausscheiden aus der Planung sollen steile Lagen mit mehr als 30 Prozent Hangneigung. Außerdem sollen „ausgewählte Blickbeziehungen“ ausgenommen werden, wie es heißt. In Heidelberg ist dies der südlichste Bereich des Höhenzuges am Weißen Stein wegen der Sichtachse zum Schloss. Andere von der Heidelberger Altstadt aus sichtbare Bereiche wurden bereits aus denkmalrechtlich Gründen aus der zulässigen Fläche heraus genommen.

Auch ein Ausschluss von Flächen, die in direkter Blickbeziehung zu Wohngebieten auf gleicher Höhe stehen, wurde beschlossen. Dies betrifft den Bereich Lechtersberg in Schriesheim. Durch die-

MÖGLICHE STANDORTE

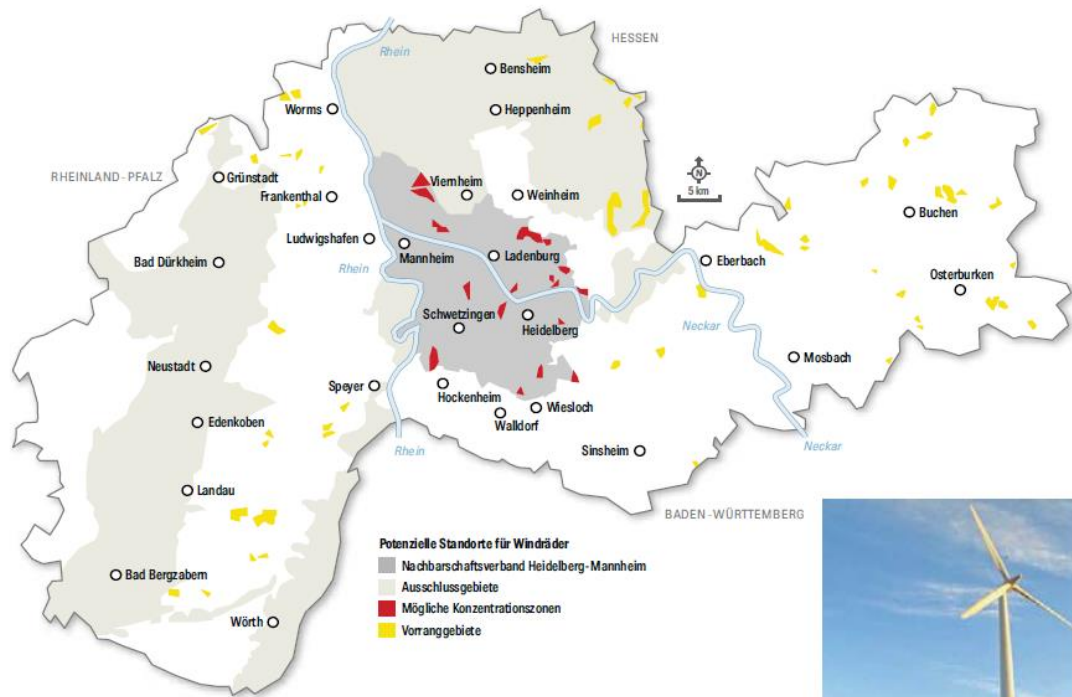
Der Nachbarschaftsverband hat 18 so genannte Konzentrationszonen Windenergie (KZW) festgelegt, auf deren Gebiet eventuell Windräder gebaut werden könnten:

- > **Zone 1 und 2:** Links und rechts der Autobahn A6 Mannheim-Saarbrücken im Sandhofer Wald
- > **Zone 3:** L 541 zwischen Mannheim-Wallstadt und Heddeshheim
- > **Zone 4:** Im Dossenwald bei Schwetzingen-Hirschacker auf Heidelberger Gemarkung
- > **Zone 5:** Zwischen Eppelheim und Grenzhof
- > **Zone 6:** Zwischen Ketsch und Hockenheim auf Schwetzingen Gemarkung
- > **Zone 7:** Zwischen Heidelberg-Kirchheim und Leimen (nahe Umspannwerk)
- > **Zone 8:** Zwischen Nußloch und Walldorf an der Gemarkungsgrenze
- > **Zone 9 und 10:** Auf halber Strecke zwischen Leutershausen und Schriesheim-Altenbach (Schanzenköpfe)
- > **Zone 11, 12 und 13:** Innerhalb eines Dreiecks zwischen Dossenheim, Wilhelmfeld und Ziegelhausen (Allmendwald, Centwald, Hoher Nistler)
- > **Zone 14:** Östlich von Ziegelhausen (Ochsenlager)
- > **Zone 15:** Zwischen Königstuhl und Neckarschleife (Erlenbrunnen)
- > **Zone 16:** zwischen Gaiberg und Boxberg (Drei Eichen)
- > **Zone 17:** Oberhalb der B 3 zwischen Leimen und Nußloch
- > **Zone 18:** Südöstlich von Gauangeloch (Vogelherd)

se Festlegungen reduzieren sich die möglichen Flächen im Verbandsgebiet noch einmal um 476 Hektar.

Die verbleibenden zulässigen Standorte für Windräder lassen sich in 18 so genannte „Konzentrationszonen Windenergie“ (KZW) aufteilen. Acht liegen, so ist es jetzt im Flächennutzungsplan festgelegt, in der Rheinebene; zehn im Bereich der Höhen des Odenwaldes und des Kraichgaus. Darauf könnten etwa 70 bis 80 Windenergieanlagen Platz finden. Die

Ausweisung von Konzentrationszonen durch den Nachbarschaftsverband bewirkt, so Geschäftsführer Martin Müller, dass außerhalb dieser Zonen keine Windräder gebaut werden dürfen. „Wir wollten hier eine Standortsteuerung erreichen“, betont er. In einem nächsten Schritt sollen die zuständigen Behörden, Kommunen und die Öffentlichkeit zu den Planungen gehört werden. Erst dann soll entschieden werden, welche Flächen weiter geplant werden.



Energiewende: Geplante Anlagen im Pfälzerwald und im Odenwald umstritten

Windräder bewegen die ganze Region

Von unserem Redaktionsmitglied
Christian Beister

RHEIN-NECKAR. Die Vorgaben sind klar: Bis 2020 sollen Windkraftanlagen zehn Prozent zum baden-württembergischen Energieverbrauch beisteuern, die Regierungen von Rheinland-Pfalz und Hessen streben an, dass zwei Prozent der Landesflächen als Vorranggebiete für Windenergienutzung festgelegt werden. Die Metropolregion kann sich dem nicht entziehen: Geeignete Flächen sollen im „Teilregionalplan Windenergie“ des Verbandes Region Rhein-Neckar bestimmt werden. Doch noch sind viele Fragen offen:

Wie wird in dem Teilregionalplan Windenergie festgelegt?

Die Landestelle müssen separat betrachtet werden: Im Kreis Bergstraße wurden den hessischen Vorgaben gemäß Vorranggebiete für Windenergienutzung festgelegt: Nur dort dürfen Windräder gebaut werden. Regionen außerhalb der Vorranggebiete sind dafür ausgeschlossen – im Gegensatz zu Baden-Württemberg: Dort können fernab der Bereiche überall Windkraftanlagen entstehen. Das Gleiche gilt für Rheinland-Pfalz außerhalb der dortigen Vorrang- und Ausschlussgebiete.

Wie kamen die Vorrang- und Ausschlussgebiete zustande?

Der Teilregionalplan soll ausreichend Vorranggebiete für den Ausbau der Windenergie festlegen. Zu den harten Ausschlusskriterien zählen etwa Mindestabstände zu Wohn-

häusern (750 Meter in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, 1000 in Hessen), Kernzonen des Pfälzerwaldes und Naturschutzgebieten (200 Meter). Auch Biotop- und EU-Vogelschutzgebiete wurden berücksichtigt. Zudem fallen Flächen außerhalb von Kern- und Pflegezonen des Pfälzerwaldes sowie die Naturparks Bergstraße-Odenwald und Neckartal-Odenwald heraus (welche Kriterien). Daneben müssen Mindestwindgeschwindigkeit (5,8 Meter pro Sekunde in 140 Metern Höhe) und Flächengröße (mindestens 20 Hektar) passen. Die Vorrang- und Ausschlussgebiete „sind von den Kommunen zu beachten“, sagt Axel Finger, Energiereferent beim Verband Region Rhein-Neckar.

Wo liegen für Investoren interessante Standorte?

Die größten Potenziale rechtsrheinisch liegen im Odenwald bei Fürth und Wald-Michelbach. Dass im Zentrum der Region Windräder gebaut werden, ist unwahrscheinlich. Dort sind die Windgeschwindigkeiten laut Nachbarnschaftsverband Heidelberg-Mannheim „im Grenzbereich der wirtschaftlichen Tragfähigkeit“. In Rheinland-Pfalz wollen Kommunen 40 Windräder auf drei Konversionsflächen im Pfälzerwald zwischen Leimen (Südwestpfalz) und Eußerthal (Südliche Weinstraße) außerhalb des Ausschlussgebietes errichten. Weitere Vorrangflächen bestehen etwa bei Landau und in den Kreisen Bad Dürkheim und Germersheim. Auch Worms, wo bereits elf Anlagen stehen, ist attraktiv. „Die

Metropolregion zählt sicher nicht zu den windreichsten Regionen“, sagt MVV-Sprecher Roland Kress. Dennoch gebe es „interessante Standorte, die wir in eigenen Projekten mit den Partnern vor Ort prüfen und gegebenenfalls entwickeln“, verweist er auf Odenwald und Pfälzerwald.

Wie können Gemeinden, Städte und Verbände den Bau steuern?

Kommunen möchten verhindern, dass wahllos Windräder gebaut werden, und legen daher Konzentrationsflächen fest. Nur dort dürfen Windräder entstehen. Weinheim hat sich zum Beispiel auf eine Fläche östlich von Litzelsachsen festgelegt. Der Nachbarnschaftsverband Heidelberg-Mannheim im Kerngebiet der Region hat erst kürzlich 18 Konzentrationszonen mit einer Fläche von insgesamt 900 Hektar ausgewiesen. Dort könnten rein rechnerisch bis zu 80 Anlagen entstehen. Fraglich ist, ob die Standorte wegen der geringen Windgeschwindigkeiten überhaupt für Investoren attraktiv sind. Zudem könnten die Flächen noch weniger und kleiner werden: „Dartüber soll entschieden werden, wenn das Meinungsbild der Bürger, Gemeinden und Behörden eingeholt ist“, sagt Geschäftsführer Martin Müller zur geplanten Beteiligung Anfang 2015.

Wie entstehen die Konzentrationsflächen?

Der Nachbarnschaftsverband, der selbst keine Windräder plant, hat etwa den Abstand zu Wohnbauflächen auf 1000 Meter erhöht. Der südlichste Bereich des Höhenzuges



Bis zu 200 Meter ragen die Windräder in die Höhe. BILD: STREIN

am Weißen Stein in Heidelberg wurde, da er vom Schloss aus zu sehen ist, ebenso ausgeschlossen wie der „Leichtersberg“ in Schriesheim, da man aus Wilhelmsfeld direkt in die Rotoren sehen würde. Viele baden-württembergische und rheinland-pfälzische Kommunen planen derzeit Konzentrationsflächen.

Wie werden die Planungen in der Bevölkerung aufgenommen?

Vielerorts bestehen Vorbehalte, vor allem hinsichtlich Lärm- und Sichtbeeinträchtigung sowie Folgen für die Landschaft und Tierarten. Besonders groß ist der Widerstand im Odenwald und Pfälzerwald mit Bürgerinitiativen und Protestaktionen. „Niemand will einen großflächigen Ausbau der Windenergie im Pfälzerwald. In großen Teilen ist Windenergie ausgeschlossen“, sagt die rheinland-pfälzische Umweltministerin Ulrike Höfken (Grüne) auf Nachfrage. „Und wo Windenergie möglich ist, soll sie begrenzt, konzentriert, an wenigen vorbelasteten Stellen und natürlich nach naturschutzfachlicher Prüfung erfolgen.“ Mit der Landesentwicklungsplanung seien die Kern- und Pflegezonen des Biosphärenreservats für Windkraft ausgeschlossen. Zusätzlich sei der weithin einsehbare Haardtrand für Windkraftanlagen tabu, so Höfken.

Dürfen derzeit Windräder gebaut werden?

„Nur für konkrete Bauvorhaben“, sagt Finger. Das gelte bis zum Abschluss des Teilregionalplans, der frühestens Ende 2015 erfolgt.

Hilft die Windkraft bei der Energiewende?

Richard Leiner von der Bürgerinitiative „Rettet den Odenwald“ stellt vor allem den Sinn von Schwachwindanlagen in Frage

Von Sabine Hebbelmann

Da kann man fast nostalgisch werden: Richard Leiner zeigt eine Aufnahme der Pfadfinderhütte auf der Brombachhöhe, hier habe er als Kind in den Sternenhimmel geblickt. Angesichts des anstehenden Ausbaus der Windenergie ist der Initiator der Bürgerinitiative „Rettet den Odenwald“ besorgt, dass künftige Generationen nicht mehr in den Genuss solcher Naturerlebnisse kommen könnten.

Und doch scheint die drohende „Verspargelung“ der Landschaft die Heidelberger nicht allzu sehr zu sorgen, denn die Zahl der Zuhörer in der Stadtbücherei ist überschaubar. Auf einer Karte stellt Leiner die Windhöflichkeit, also die Eignung von Standorten für Windenergieanlagen, als deutliches Nord-Süd-Gefälle dar: Im Jahr 2011 habe sich die Verteilung der Windparks noch an diesem Kriterium orientiert. Drei Jahre später stehen auch in der Südhälfte schon viele Windparks. Nur einige Inseln wie der Thüringer Wald, der Spessart und der Odenwald sind ausgespart. Doch nicht mehr lange, glaubt Leiner.

Wird das Falsche gefördert?

Der Hunsrück sei die erste Mittelgebirgsregion, die mit Schwachwindanlagen bestückt sei, sagt der Geograf und zeigt Aufnahmen von gigantischen Windparks und von durch Zufahrtswegen und Aufstellflächen durchschnittenen Waldgebieten. Dabei handle es sich um Anlagen so hoch wie der Fernsehturm in Mannheim, so Leiner. „Mit der weiteren Entkopplung von Effizienz und Nutzen zerstören wir gerade die letzten Naturparks“, mahnt Leiner.

Mit der Festsetzung von zwei Prozent der Fläche als Standorte für Windkraftanlagen werde pauschal, überhastet und unkoordiniert geplant, sagt Kerstin Schultz von der hessischen Bürgerinitiative „Windkraft, ja – aber ...“. Bei der Ausweisung der Gebiete scheine es keine Grenzen mehr zu geben.

Ziel müsse der Klimaschutz und die Einsparung von CO₂ sein, nicht der flächendeckende Bau von Anlagen, fordert Leiner. Wenn man wissenschaftlich und planvoll an die Sache herangehen, mit dem richtigen Mix arbeiten und Erzeugung und Verbrauch aufeinander abstimmen würde, wäre nichts gegen die Windkraft zu sagen, wendet ein junger Mann ein. Ein anderer beschwört die Vision der dezentralen



Auch in der Region, vor allem im Odenwald, sollen nun verstärkt neue Windräder gebaut werden. Dagegen wehrt sich unter anderem die Heidelberger Bürgerinitiative „Rettet den Odenwald“, die auch mit Zusammenschlüssen in betroffenen Gemeinden zusammenarbeitet. Foto: dpa

Energieerzeugung, die den Bau von Stromtrassen überflüssig mache. „Die Energieerzeugung wird nur verlagert“, entgegnet Schultz. Für Windparks, die Tausende Haushalte versorgen sollen, seien weiterhin Stromtrassen erforderlich. Ein wirklich dezentraler Ansatz sei dagegen die Solarenergie. Der Ansatz gefällt Leiner, er bricht eine Lanze für die Solarthermie, also die Umwandlung von Sonnenenergie in Wärme. Und die lasse sich sehr viel besser speichern als Strom. Aber: „Dahinter stehen nur kleine Handwerker, die keine Lobby haben.“

Über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das ursprünglich nur als Anschubförderung gedacht gewesen sei, werde aber nur Strom gefördert. „Im Fall von Fotovoltaik und Windkraft ist die Erzeugung starken Schwankungen ausgesetzt und leistet keinen Beitrag zur Versorgungssicherheit“, so Leiner. Die vergleichsweise umweltfreundlichen Gaskraftwerke, die bei Bedarf auch kurzfristig einspringen können, würden reihenweise abgeschaltet, da sie mit dem subventionierten Strom nicht mithalten könnten.

„EEG sollte abgeschafft werden“

All das habe dazu geführt, dass vor allem Kohle wichtiger wurde und der CO₂-Ausstoß sogar noch gestiegen sei. In seinem jüngsten Bericht habe der Weltklimarat Deutschland für seine Klimapolitik ein schlechtes Zeugnis ausgestellt, berichtet Leiner. Dessen Experten attestieren, dass eine Förderung erneuerbarer Energien – neben dem System des Emissionshandels (also der Verschmutzungsrechte) – wirkungslos, sehr teuer und deshalb sogar kontraproduktiv sei.

Aus Leiners Sicht handelt es sich in Deutschland ohnehin nicht um eine Energiewende, sondern um eine Stromwende. Nur 22 Prozent der Endenergie werden als elektrischer Strom verbraucht. Und die rund 25 000 Windkraftanlagen haben einen Anteil am Endenergieverbrauch von 2,1 Prozent.

Schweden hingegen mache es richtig, findet Leiner. 1991 wurde dort eine CO₂-Steuer eingeführt, zwischen 1990 und 2008 sanken die Treibhausgasemissionen um knapp zwölf Prozent. Um nicht nur den Odenwald, sondern auch die Energiewende zu retten, schlägt Leiner vor, das EEG abzuschaffen, eine CO₂-Steuer einzuführen und den Emissionshandel zu beleben.

Schriesheim: Gespräch mit
Bürgermeister Höfer

Windkraft: Stadt mit zwei Standorten

Zwei Standorte für Windkraftanlagen hat Schriesheim dem Nachbarschaftsverband angeboten: die „Hohe Waid“ zwischen Leutershausen und Altenbach sowie eine weitere Fläche unweit des „Weißen Steins“, wobei es sich nicht um den vom Nachbarschaftsverband abgelehnten „Lechtersberg“ handelt. Beide Standorte liegen nicht nur auf Schriesheimer Gemarkung, sondern teilweise auch auf denen von Hirschberg bzw. Dossenheim. Dies erklärte Bürgermeister Höfer dem „MM“ auf Anfrage. Er will im Januar mit dem Gemeinderat über das Thema reden. Danach erfolgt eine Bürgerankörung. Wann die Pläne öffentlich ausliegen, ist laut Höfer noch unklar. Ebenfalls noch unbekannt sind Zahl und Höhe der in beiden Waldbereichen möglichen Windräder.

Das Stadtoberhaupt betont, dass Schriesheim Standorte ausweisen müsse: „Zu sagen, dass wir keine Fläche bereitstellen, geht nicht. Würde der Gemeinderat das tun, wäre es ein Fehler. Und die Folge wäre, dass auf der gesamten Gemarkung Windräder gebaut werden könnten, falls ein Investor den Antrag stellt. Natürlich

nur, wenn keine Ausschlussgründe entgegenstehen. Um das zu vermeiden, haben wir die beiden insgesamt 200 Hektar großen Flächen angeboten.“ Die Alternativen für den Gemeinderat: den Standorten zustimmen oder andere ausweisen.

Bei den beiden vorgeschlagenen Bereichen handelt es sich fast ausschließlich um städtische Grundstücke, für die Schriesheim Pacht erhalten wird. Über deren Höhe vermag der Bürgermeister noch keine Angaben zu machen. Nach der Zustimmung des Gemeinderats können sich Firmen oder Genossenschaften um die Flächen bewerben. Sie müssen einen Bauantrag stellen und Gutachten über schützenswerte Tiere wie Fledermäuse finanzieren. Und das, obwohl im Auftrag des Nachbarschaftsverbands bereits solche Expertisen erstellt wurden. „Es könnte sich ja etwas geändert haben“, erläutert Höfer. Wenn die Baugenehmigung da ist, kann angefangen werden. Bald dürfte das allerdings laut Höfer nicht sein: „In den nächsten fünf Jahren werden noch keine Windräder stehen.“ *kba*

Zerstören Windparks die Odenwald-Idylle?

Anti-Windkraft-Demo zog durch die Hauptstraße: Bürgerinitiativen werfen den Politikern Raubbau an der heimischen Natur vor

Von Sabine Hebbelmann

Mitten im vorweihnächtlichen Trubel zogen am Samstag gut drei Dutzend Teilnehmer einer Demonstration der Heidelberger Initiative „Rettet den Odenwald“ durch die Hauptstraße. „Der Umbau des Odenwaldes in einen riesigen Windpark hat bereits begonnen“, sagte Initiator Richard Leiner bei der Eröffnungskundgebung auf dem Bismarckplatz und machte darauf aufmerksam, dass drei Windparks bereits stünden, vier Bauanträge liefen und in diesem Winter im Eiterbachtal und Ulfenbachtal die Motorsägen sprechen sollten. Darüber hinaus seien derzeit 50 Windparks im Odenwald in Planung – und zwar auch auf Heidelberger und Leimener Höhen.

Gerade in Heidelberg, wo das Schloss als Symbol für die Romantik, die besetzte Einheit von Mensch und Natur stehe, und die Romantik ohne den Odenwald im Hintergrund kaum vorstellbar sei, gehe es auch um eine Kulturfrage, betonte Leiner. Der Geograf bezeichnete es als eine echte Kulturleistung, dass Deutschland es mit der Raumplanung bisher geschafft habe, zwischen urbanisierten Flächen und Rückzugsflächen zu unterscheiden. Doch das ändere sich gerade bundesweit mit der Umwandlung von Natur- in Technikparks. „In wenigen Jahren werden wir keine Rückzugsflächen mehr haben“, warnte Leiner.

Matthias Kraus aus Weinheim vom „Landesverband BW Bürgerinitiativen gegen Windkraftanlagen in Natur- und Kulturlandschaften“ kritisierte die ba-



Die Gegner von Windkraftanlagen auf den Höhen rund um Heidelberg demonstrierten am Samstag auf der Hauptstraße und am Bismarckplatz. Foto: Hebbelmann

den-württembergische Landesregierung, die per Windkraftvertrag eine sinnvolle überregionale Planung verhindert habe. Beim Thema Windkraft herrsche große Unkenntnis, nicht nur unter den Bürgern, sondern auch unter den Verantwortlichen. Die Windkraft treibe einen Keil in die Gemeinden und zwischen die Gemeinden, stellte Kraus weiter fest, „die Grünen verraten aus ideologischen Gründen ihre Wurzeln“.

Der Landesverband bietet eine Plattform, um den Initiativen mehr Gehör zu verschaffen und erstelle Gutachten. In Birkenau, wo ein Windparkvorhaben

aufgegeben wurde, habe eine Bürgerinitiative erst durch eine aufwendige Windmessung feststellen müssen, dass man mit dem erzeugten Strom sage und schreibe 207 Bügeleisen durchgehend das ganze Jahr hätte laufen lassen können.

Die Initiative Pro Pfälzer Wald, die gegen den Bau von Windkraftanlagen im Biosphärenreservat kämpft, vertrat Elfriede Köhler. „Die wenigen Windräder, die Gewinne machen, tun dies nur durch Subventionen aus unseren Steuergeldern“, sagte sie. Sie zitierte Harry Neumann, der als Vorsitzender des BUND Rheinland-Pfalz zwei Tage zuvor zu-

rückgetreten war, mit den Worten „Artenschutz ist nicht verhandelbar“. Neumann, der sich innerhalb seines Verbandes nicht mehr gegen die Windkraft-Lobbyisten durchsetzen konnte, hatte in seiner Begründung kritisiert, dass Artenschutz dem Ausbau der Windenergie geopfert werde.

Leiner wies darauf hin, dass sich die Bürgerinitiativen im Odenwald bei Artenschutzfragen über eine Unterstützung durch NABU oder BUND freuen würden. Bei den Planungen des Windparks am Katzenbuckel war es die Bürgerinitiative, die darauf hinwies, dass sich dort das größte Schwarzstorchbrutvorkommen Baden-Württembergs befindet. Unterstützung durch Naturschutzverbände erhielten sie dabei nicht.

Leiner erhob die Forderung nach einer Energiewende, die das Hauptaugenmerk auf eine schnelle und effektive Einsparung von CO₂ lege. Eine Belebung des EU-CO₂-Zertifikatehandels und eine nationale

CO₂-Steuer seien die Instrumente, die Experten schon lange als Alternative zur bestehenden ineffektiven deutschen Klimaschutzpolitik forderten. „Das bestehende EEG-Fördersystem führt zu einem massiven Raubbau an der heimischen Natur und hat zu einem Anstieg statt zu einer Verringerung der Treibhausgasemissionen geführt“, sagte Leiner. Statt mit massiver finanzieller Förderung Schwachwindkraftanlagen in Biosphärenreservaten und Naturparks zu errichten, sei eine auf Energieeffizienz und Energieeinsparung ausgerichtete Klimaschutzpolitik das Gebot der Stunde.

Jetzt meldet sich auch die regionale Ökostrom-Lobby zu Wort

Befürworter der Windkraft im Odenwald wollen Bürgerinitiativen den Wind aus den Segeln nehmen

heb. Auf die Äußerungen von Richard Leiner, Initiator der Bürgerinitiative „Rettet den Odenwald“, in der Rhein-Neckar-Zeitung vom 12. November („Hilft die Windkraft bei der Energiewende?“) hat nun Daniel Bannasch reagiert. Er ist Geschäftsführer und Gründer von Metropol-solar Rhein-Neckar, einem regionalen Netzwerk, das sich für 100 Prozent erneuerbare Energien starkmacht.

„Aufgrund der großen natürlichen Potenziale von Wind und Sonne werden sich nicht nur die Strom-, sondern auch Wärmeversorgung und Mobilität mittelfristig weitgehend auf Wind- und Solarstrom stützen müssen“, sagt der Volkswirt, der Betreiber von Erneuerbare-Energien-Anlagen und Bürgerenergiegenossenschaften vertritt. Die Zukunft liege in einem Mix aus erneuerbaren Energien, schnell regelbaren Gaskraftwerken und Speichern sowie intelligenten Stromnetzen.

Wie Leiner kritisiert auch Bannasch, dass aktuell die vergleichsweise klimafreundlichen Gaskraftwerke aus dem Markt gedrängt würden, während die billigen Kohlekraftwerke am Netz blieben und weiterhin klimaschädliche Treibhausgase produzierten. Doch während Leiner die Einspeisevergütung gemäß Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) dafür verantwortlich macht, erkennt Bannasch dahinter eine gezielte Demontage der erneuerbaren Energien. Vor fünf Jahren habe man den Mechanismus zur Vergütung von erneuerbarem Strom geändert, großzügige Ausnahmen für bestimmte Unternehmen gewährt und den Ökostrom an die Börse

gezwungen. Je billiger der Strom dort wurde, desto größer wurde jedoch die Differenz zum gesetzlich garantierten Abnahmepreis und desto höher die EEG-Umlage. Während sich die Auszahlung an Anlagenbetreiber verdoppelt habe, habe sich die EEG-Umlage verfünffacht.

Die Strompreisdebatte sei von Lobbyisten von langer Hand geplant und inszeniert worden, um den schnellen Ausbau der Wind- und Solarstromerzeugung zum Erliegen zu bringen. „Hinter dieser Demontage stehen mächtige Konzerne der alten atomarfossilen Energiewirtschaft – nicht nur in Deutschland, sondern global“, sagt Bannasch. Sie wüssten, dass sie die erneuerbaren Energien nicht mehr grundsätzlich aufhalten könnten. Aber jedes Jahr Verzögerung bedeute für sie Milliarden Gewinne.

„Dahinter steht die alte atomarfossile Wirtschaft“

Wenn die Betreiber ihr Atomkraftwerk versichern oder für die Zerstörungen durch den Braunkohletagebau aufkommen müssten, sehe die Rechnung ganz anders aus, glaubt Bannasch. Statt das EEG abzuschaffen, müsse es sinnvoll vereinfacht und „reanimiert“ werden. Darüber hinaus regt er an, sich vom Emissionshandel zu verabschieden und die Brennstoffsteuern zu erhöhen.

Ein massiver Ausbau der Anlagen zur Nutzung von Wind und Sonne sei weit über

den heutigen Strombedarf hinaus erforderlich, bemerkt Bannasch. Doch nur ein sehr geringer Bruchteil der Landesfläche sei auch tatsächlich für Windkraft nutzbar, weil es an vielen Stellen Rotmilane, Schwarzstörche oder Fledermäuse gebe, die mit ihren Schutzabständen Projekte verkleinern oder zu Fall bringen würden. „Um am Ende überhaupt geeignete Standorte zu haben, sollten daher zunächst einmal alle grundsätzlich möglichen Standorte ernsthaft geprüft und beplant werden“, fordert er.

Schwachwind-Verhältnisse seien kein Grund, die Aufstellung von Windrädern nicht ernsthaft zu prüfen. „Schwachwind-Anlagen wurden extra dazu entwickelt, günstigen Windstrom im Teillastbereich zu erzeugen“, sagt Bannasch. Ob eine Anlage an einem windschwachen Standort wirtschaftlich sei, sei letztlich das Problem derjenigen, die in die Anlage investieren wollten.

Auch Tobias Staufenberg, Geschäftsführer des BUND Regionalverbandes Rhein-Neckar Odenwald, äußert sich positiv zum Ausbau der Windkraft im Odenwald. Zugleich fordert er: „Eine frühzeitige Bürgerbeteiligung und ein transparentes Verfahren sind notwendig, um Akzeptanz zu schaffen und Vorurteile über die Windkraft auszuräumen.“

Nicolai Ferchl, Vorstand der Heidelberger Energiegenossenschaft, fordert eine ehrliche Diskussion darüber, „wo wir Erholungsräume haben möchten und wo wir Flächen für Energieerzeugung ausweisen möchten“.

Windkraft vor Ort entzweit die Geister

Die Grünen-Veranstaltung zum Bürgerdialog lockte gestern auch die Windkraftgegner an

Von Doris Weber

Dossenheim. „Wir wollen eine aufgeklärte Entscheidung treffen“, sagte Romy Kirsten, Vorstandsmitglied im Ortsverband der Grünen am Ende der Veranstaltung zum Thema „Wege zur Windkraft – Einladung zum Bürgerdialog“. Gemeinsam mit dem Kreisverband Neckar-Bergstraße hatte man gestern zur Information mit anschließender Diskussion in den Rathaussaal eingeladen. Viele Bürger waren gekommen, insbesondere auch Bürger aus Umlandgemeinden, die sich in den beiden Windkraftlagern von Befürwortern und Gegnern engagieren. Bereits vor Beginn der Veranstaltung hatten sich Gegner wie die Weinheimer Initiative „Gegenwind“ mit Transparenten versammelt.

Die Gemeinden des Nachbarschaftsverbands Heidelberg-Mannheim sind derzeit aufgefordert, zu den insgesamt 18 zur Disposition gestellten Standorten für Windenergieanlagen im Verbandsgebiet Stellung zu nehmen. Dies sagte Uli Sckerl, Landtagsabgeordneter der Grünen. Die Verbandsversammlung wählt dann die Flächen aus, die zur Umsetzung kommen können.

Es war ein Verdienst der Referenten Sckerl und Dr. Martin Köppel – für den BUND ist er Mitarbeiter im „Dialogforum Erneuerbare Energien und Naturschutz“ –, dass der Diskussion die Schärfe genommen wurde. Anfängliche Zwischenrufe und alles andere als zustimmend gemeinter Applaus blieben die Ausnahme. Der Bedarf am Austausch scheint indes immens zu sein. Denn auch

als die Versammlung nach zahlreichen Wortmeldungen offiziell beendet war, blieben viele für ein Gespräch in Kleingruppen – auch mit den Referenten.

Die Diskussion nahm indes immer dann Fahrt auf, wenn die jeweils andere Seite glaubte, dass mit Unwahrheiten argumentiert würde. Sie driftete dann schnell in eine Grundsatzdiskussion ab. Ergebnisse von Studien wurden wechselseitig in Frage gestellt. Die Stellungen der Windkraftgegner mündeten meist in Zweifeln am wirtschaftlichen Betrieb von Windkraftanlagen – insbesondere hier im Süden. Die Stimmung im Saal wurde emotionaler, wenn es um die nahen Standorte ging wie beispielsweise die drei zu diskutierenden möglichen Waldstandorte auf oder nahe der Dossenheimer Gemarkung.



Schon vor dem Dossenheimer Rathaus machten gestern vormittag Windkraftgegner mit Transparenten und Schildern deutlich, dass sie von den Windmühlen auf Odenwälder Hängen nichts halten. Foto: Alex

Energiewende: Nachbarschaftsverband weist Konzentrationszonen für Windräder (KZW) im Flächennutzungsplan aus

Standortsuche in Mannheim – Windkraft im Käfertaler Wald?

Von unserem Redaktionsmitglied
Thorsten Langscheid

Werden im Käfertaler Wald bald bis zu sieben Windräder errichtet? Die Energiewende kommt derzeit auch in Mannheim an – mit der Diskussion um mögliche Standorte für Windenergie-Anlagen (WEAs), die in den kommenden Monaten planungsrechtlich ausgewiesen werden sollen. Die Stadtverwaltung muss nun dazu eine Position finden. Dabei geht es um zwei sogenannte „Konzentrationszonen“ nördlich und südlich der Autobahn A 6 im Käfertaler Wald sowie zwei weitere, unmittelbar an der Stadtgrenze liegende Bereiche bei Heddeshheim und Grenzhof. Im kommenden Jahr will der Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim dann das Planungsverfahren abschließen.

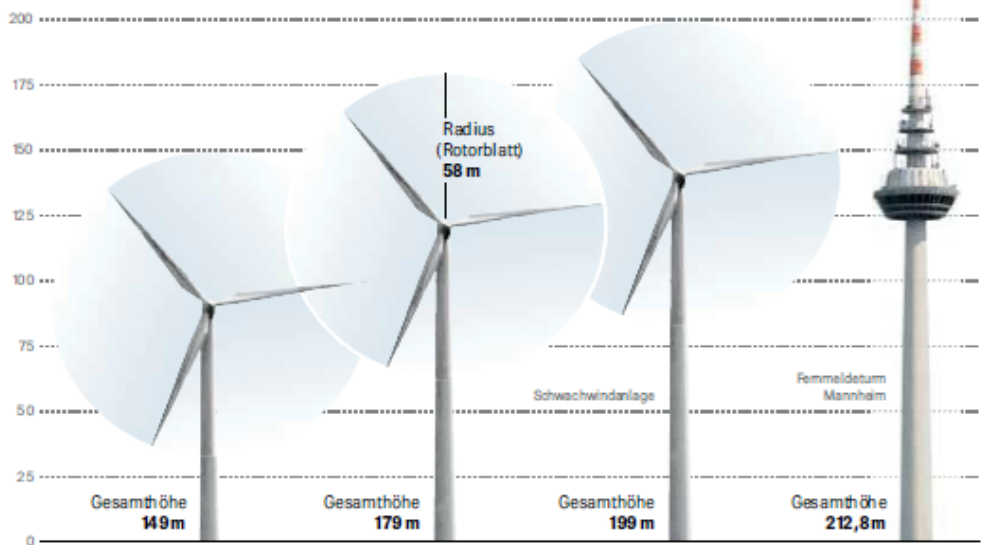
Insgesamt hat der Planungsverband 18 mögliche Standorte lokalisiert: „Es können in der weiteren Diskussion aber noch Standorte wegfallen“, sagt Martin Müller, Leitender Planer und Geschäftsführer des Zusammenschlusses der beiden Städte und der 16 Gemeinden des Umlandes. „Wir wollen, dass die Standortsuche geordnet und nach klaren Kriterien abläuft“, erklärt Müller das aufgrund einer Gesetzesänderung in Baden-Württemberg notwendige neue Planungsverfahren: „Wenn wir nichts machen, darf prinzipiell überall ein Windrad gebaut werden.“

Gesetz geändert

Nach bisherigem Planungsstand, so erklärt Müllers Kollege Christoph Trinemeier vom Verband Region Rhein-Neckar, wären Windräder in Mannheim und weiten Teilen des baden-württembergischen Umlands gar nicht zulässig. Durch die Gesetzesänderung ergebe sich jetzt allerdings eine Art Umkehr der Verhältnisse. „Dabei geht’s nicht um Symbolpolitik“, sagt der Landtags-abgeordnete und Stadtrat Wolfgang Raufelder (Grüne). „Wir haben in Baden-Württemberg Nachholbedarf bei der Windenergie und sind ernsthaft auf Standortsuche.“

„Wir lehnen Windenergieanlagen im Käfertaler Wald ab“, positioniert sich dagegen Klaus Burchard von der Siedlergemeinschaft Blumenau klar gegen die je nach Bauart zwischen 149 und 199 Meter hohen Anlagen im Mannheimer Norden und

Höhenvergleich Schwachwindanlagen



Stand des Verfahrens

■ Am Dienstag, 8. Oktober, beschäftigt sich der **Ausschuss für Umwelt und Technik (AUT)** des Gemeinderats mit dem Thema Windenergie.

■ Am Montag, 14. Oktober, ist eine **öffentliche Informationsveranstaltung** – voraussichtlich im Kulturhaus Käfertal – geplant.

■ In den Nachbarländern gelten teilweise andere rechtliche Grundlagen. Vor allem im rheinland-pfälzischen Teil der Metropolregion sind bereits **zahlreiche Windräder** in Betrieb. lang



verweist auf zahlreiche Gründe, die aus seiner Sicht gegen die Anlagen sprechen. Lärm, Gesundheitsbeeinträchtigungen durch Infraschall, Schattenwurf und Disko-Effekt, Naturzerstörungen durch den Bau der Windräder, generell zu geringe Windausbeute – das sind Argumente, die er in die Diskussion bringt. Gerade der Käfertaler Wald als beliebtes Naherholungsgebiet, so Burchard, sei mit einem Kurpark gleichzusetzen, wo strenge Lärmschutz-

richtlinien gelten, die von Windrädern nicht eingehalten würden. Besonders gefährlich sei aber der Infraschall, also besonders tiefe Geräusche, die auch in größerer Entfernung noch negative Auswirkungen auf den Organismus hätten.

Aber wären die Standorte für Investoren überhaupt interessant? Die MVV Energie AG, mit eigenen Windparks und einer Gesamtleistung von 174 Megawatt sowie mit den jüngsten Beteiligungen an den Projektent-

wicklern Juwi und Windwärts inzwischen selbst eines der führenden Windkraftunternehmen in Deutschland, wartet vor konkreten Überlegungen und Planungen den Verlauf des Verfahrens des Nachbarschaftsverbandes zur Ausweisung von Windvorrangflächen ab, erläutert Pressesprecher Roland Kress.

Zunächst müssten nach umfassender Beteiligung von Bürgern, Behörden und Organisationen die politischen und planerischen Entscheidungen getroffen werden: „Windkraft ist kein Selbstzweck“, betont Kress. „Sie ist sinnvoll, wo sich die Akzeptanz der Bevölkerung, die Vorschriften von Umwelt- und Artenschutz und ein wirtschaftlicher Betrieb verbinden lassen.“ Ob diese Ziele in einzelnen Teilgebieten des Nachbarschaftsverbandes, etwa den Bergstraße-Höhenlagen, unter einen Hut gebracht werden können, müsse zunächst geprüft werden.

PLANUNGSSTAND

Alle Informationen zum Stand der Planungen hat der Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim auf seiner Internet-Seite veröffentlicht:

www.nv-hd-ma.de/fnp/fnp_wind.html



Wo sind Windenergie-Anlagen entlang der Bergstraße möglich? Martin Müller vom Nachbarschaftsverband sowie die Bürgermeister Just, Lorenz und Höfer (v. r.) wollen mit den Bürgern diskutieren. BILDER DPA/WN

Bergstraße: Rathaus-Chefs aus Hirschberg, Schriesheim und Dossenheim starten Beteiligungsprozess für Windenergie-Anlagen

Jetzt haben Räte und Bürger das Wort

Von unserem Mitarbeiter
Hans-Peter Riethmüller

Welches Los Hirschberg, Schriesheim und Dossenheim gezogen haben, wird sich noch zeigen. Sicher ist, dass sich auf ihrem Gemarkungsgebiet sogenannte Konzentrationszonen für Windenergie befinden.

Da am 1. Oktober die öffentliche Beteiligung startet, trafen sich die drei Bürgermeister Manuel Just (Hirschberg), Hansjörg Höfer (Schriesheim) und Hans Lorenz (Dossenheim) gestern gemeinsam mit Martin Müller, Geschäftsführer des Nachbarschaftsverbandes Heidelberg-Mannheim, zum Pressegespräch im Hirschberger Rathaus.

Konkretes Instrument zur Ausweisung der Standorte der Wind-

energie-Anlagen ist der Flächennutzungsplan. Genauer gesagt wurden dort „Konzentrationszonen“ festgelegt. „Hätten wir dies nicht gemacht, hätte man überall eine Windenergie-Anlage errichten können“, brachte es Bürgermeister Just auf den Punkt.

Zudem verwies der Hirschberger Rathauschef darauf, dass der Landesgesetzgeber die Vorgabe machte, Flächen auszuweisen. „Wir haben also eine Aufgabe, der wir uns stellen müssen“, betonte Just.

Ohne Planung überall möglich
Geschäftsführer Müller erläuterte zunächst die Vorgeschichte. Demnach sei es unter der alten Regierung verboten gewesen, solche Windenergie-Anlagen aufzustellen. Dies änderte sich inzwischen, und mit

dem Flächennutzungsplan habe man sich das entsprechende Steuerungsinstrument geschaffen. „Wir wollten zudem eine Verspargelung der Landschaft verhindern“, formuliert Müller. Am Ende blieben 17 „Konzentrationszonen“ übrig. Die meisten liegen im Odenwald und nur eine im Norden Mannheims.

Eine weitere Forderung der Verbandsversammlung war es, den Mindestabstand zu Wohnflächen auf 1000 Meter zu erweitern. Zum Vergleich: Das Land fordert nur einen Abstand von 700 Metern.

Die Flächen sollen außerdem so groß sein, dass mindestens drei Windenergie-Anlagen dort errichtet werden können. 70 bis 80 Anlagen könnten im Verbandsgebiet aufgestellt werden, ergänzte Müller.

Die Anlagen selbst sind bis zu 200 Meter hoch. Zur Prüfung der einzelnen Standorte wurden unter anderem auch Naturschutz- und Vogelschutzgutachten angefertigt, fügte der Geschäftsführer noch hinzu.

Bürgerbeteiligung ab 1. Oktober

Ab 1. Oktober haben nun auch die Bürger das Wort und können ihre Einwände vorbringen. Zuvor werden am kommenden Dienstag und Mittwoch die Gemeinderäte der drei Kommunen über die Pläne informiert. Zwischen 1. Oktober und 16. November findet dann die Bürgerbeteiligung statt.

Am 8. Oktober, 19 Uhr, wird es dazu eine Informationsveranstaltung für alle drei Gemeinden in der Schriesheimer Mehrzweckhalle ge-

ben. Dort ist auch ein Vertreter des Nachbarschaftsverbands. Just, Lorenz, Höfer und natürlich auch Müller sind gespannt auf den Ausgang der Diskussionen. „Für uns ist dies ein gutes Beispiel für eine gelebte interkommunale Zusammenarbeit.

Wir wollen gemeinsam Verantwortung übernehmen“, betonte Schriesheims Bürgermeister Höfer.

Sein Dossenhaimer Amtskollege Lorenz lobte, dass die Bürger mittlerweile „sehr offen“ an die Sache herangehen würden. Voraussichtlich im Januar werden die Gemeinderäte aller drei Kommunen über die Einwände der Bürger zu dem Flächennutzungsplan entscheiden.

i In fo-Aben d: Donnerstag, 8. Oktober, 19 Uhr, MZH Schriesheim.

17 Konzentrationszonen für Windkraft

Nachbarschaftsverband weist mögliche Standorte aus – Informationsveranstaltung am 8. Oktober in der Schriesheimer Mehrzweckhalle

Von Stefan Zeeh

Bergstraße. Allmählich wird es ernst für Hirschberg, Schriesheim und Dossenheim mit der Ausweisung von so genannten Konzentrationszonen für Windkraftanlagen (WKA). Mit der Festlegung dieser Zonen im Gebiet des Nachbarschaftsverbands mit seinen 18 Städten und Gemeinden von Hirschberg bis Nußloch soll geregelt werden, wo zukünftig WKA errichtet werden könnten.

„Wir müssen der Windenergie im Flächennutzungsplan substanziell Raum geben“, beschrieb Hirschbergs Bürgermeister Manuel Just gestern bei einem Pressegespräch die gesetzlichen Regelungen. Bevor dies jedoch geschieht, ist eine umfangreiche Öffentlichkeitsbeteiligung vorgesehen.

Am 29. September werden die Gemeinderäte in Hirschberg und Schriesheim über die möglichen Flächen informiert, am 30. September der Gemeinderat in Dossenheim. Am 8. Oktober findet eine Informationsveranstaltung in der Schriesheimer Mehrzweckhalle statt, bei der die bisher ermittelten möglichen Standorte für Windräder auf den Gemarkungen von Dossenheim, Hirschberg und Schriesheim vorgestellt werden.

Aufgrund verschiedener Kriterien, wie etwa naturschutzrelevanter Untersuchungen oder der Beeinträchtigung des Flugverkehrs durch Windräder, wurden vorab insgesamt 17 mögliche Konzentrationszonen im Gebiet des Nachbarschaftsverbands markiert. „Dabei haben wir einen Mindestabstand von 1000 Metern zur Wohnbebauung berücksichtigt“, wies der Geschäftsführer des Nachbarschaftsverbands, Martin Müller, auf eine Vorgabe hin, die gegenüber der von der Landesregierung abweicht.

So sehen die Vorgaben der baden-württembergischen Landesregierung ei-



Sie stellten gestern die Planungen vor: Martin Müller, Geschäftsführer des Nachbarschaftsverband sowie die Bürgermeister Manuel Just, Hans Lorenz und Hansjörg Höfer (v.l.). Foto: Peter Dorn

nen Mindestabstand von 750 Metern zur Wohnbebauung vor. Im Falle von Wohngebäuden außerhalb der eigentlichen Wohngebiete, wie etwa Aussiedlerhöfen, hat man einen Mindestabstand von 600 Metern berücksichtigt und damit 150 Meter mehr als vom Land vorgegeben.

Dazu hat man ausschließlich Gebiete ausgewählt, in denen Platz für mindestens drei Windräder vorhanden ist. „Damit wollen wir eine Verspargelung der Landschaft verhindern“, betonte Just. Für die drei Kommunen entlang der Bergstraße wurden so ausschließlich Flächen im Odenwald berücksichtigt. Auf

Hirschberger Gemarkung ist dies ein Gebiet um die Hohe Waid, an das sich das Areal „Zins“ auf Schriesheimer Gemarkung anschließt.

Eine weitere mögliche Fläche für WKA liegt im Südosten des Schriesheimer Gemeindegebiets, westlich von Wilhelmfeld. Dieses erstreckt sich zu einem kleinen Teil bis auf das Dossheimer Gemeindegebiet. Dossenheim teilt sich außerdem mit Heidelberg noch eine Fläche am Hohen Nistler.

Insgesamt wurden im Bereich des Nachbarschaftsverbands Flächen vorgeschlagen, auf denen insgesamt 70 bis

80 WKA errichtet werden könnten, so Martin Müller. Diese Zahl wird aber voraussichtlich nicht erreicht werden. Denn im Verlauf der Bürgerbeteiligung können Gebiete verkleinert werden oder sogar ganz wegfallen.

„Wir werden Anregungen und Äußerungen der Bürger aufnehmen“, versprach Dossenheims Bürgermeister Hans Lorenz. Schriesheims Bürgermeister Hansjörg Höfer machte zudem deutlich, dass es nicht um die wirtschaftlichen Interessen der einzelnen Ge-

meinde bei der Ausweisung von Konzentrationszonen für WKA gehen kann. „Bis da einmal Gewerbesteuereinnahmen erzielt werden, dauert es viele Jahre“, wusste er.

Dauern wird es auch noch, bis eine endgültige Entscheidung über die auszuweisenden Konzentrationszonen erfolgt. So ist vorgesehen, dass im Januar kommenden Jahres die jeweiligen Gemeinderäte Stellung gegenüber den Vorschlägen des Nachbarschaftsverbands beziehen. Endgültiger Entscheidungsträger ist anschließend der Nachbarschaftsverband.

Windenergie: Bürgermeister aus Hirschberg, Dossenheim und Schriesheim und der Geschäftsführer des Nachbarschaftsverbands informieren über Bürgerbeteiligung

Kommunen droht viel Wind um die Ohren

HIRSCHBERG. Ob Hirschberg, Schriesheim und Dossenheim den Joker gezogen haben, wird sich noch zeigen. Sicher ist, dass sich auf ihrem Gemarkungsgebiet sogenannte Konzentrationszonen für Windenergie befinden. Da am 1. Oktober die öffentliche Beteiligung startet, trafen sich die drei Bürgermeister Manuel Just, Hans Lorenz (Dossenheim) und Hansjörg Höfer (Schriesheim) gestern gemeinsam mit Martin Müller, Geschäftsführer des Nachbarschaftsverbands Heidelberg-Mannheim, zum Pressegespräch im Hirschberger Rathaus.

17 Konzentrationszonen

Konkretes Instrument für die exakten Standorte der Windenergieanlagen ist der Flächennutzungsplan. Genauer gesagt wurden dort „Konzentrationszonen“ festgelegt. „Hätten wir dies nicht gemacht, hätte man überall eine Windenergieanlage errichten können“, brachte es Bürgermeister Just auf den Punkt. Zudem verwies der Hirschberger Rathauschef darauf, dass der Landesgesetzgeber die Vorgabe machte, Flächen auszuweisen. „Wir haben also eine Aufgabe, der wir uns stellen müssen“, betonte Just.

Geschäftsführer Müller erläuterte zunächst die Vorgeschichte. Demnach sei es unter der alten Regierung verboten gewesen, solche Windenergieanlagen aufzustellen. Diese änderte sich und mit dem Flächennutzungsplan habe man sich das entsprechende Steuerungsinstrument geschaffen. „Wir wollten zudem eine Verspargelung verhindern. Am Ende blieben 17 Konzentrationszonen übrig. Die meisten liegen im Odenwald und nur eines im Norden Mannheims“, ergänzte Müller.

Mindestabstand zu Häusern

Eine weitere Forderung der Verbandsversammlung war es, den Mindestabstand zu Wohnflächen auf 1000 Meter zu erweitern. Zum Vergleich: Das Land fordert nur einen Abstand von 700 Metern. Die Flächen sollen so groß sein, dass mindestens drei Windenergiean-

Stichwort „Windenergie“

■ Der Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim ist Träger für eine gemeinsame Flächennutzungsplanung von 18 Kommunen in der Metropolregion, darunter die beiden Oberzentren Mannheim und Heidelberg. Im Norden gehören dazu auch Hirschberg, Schriesheim, Dossenheim sowie Heddesheim, Ladenburg und Ivelshheim.

■ Im November 2012 beschloss die Verbandsversammlung die Aufstellung eines Nutzungsplans „Windenergie“.

■ 17 Konzentrationszonen wurden mittlerweile festgelegt. Davon liegen auch Flächen in Hirschberg („Hohe Waid“), Schriesheim („Zins“) und in Dossenheim/Wilhelmsfeld (Weißer Stein“ und „Hoher Nistler“).

■ Bis zu 80 Anlagen können im Verbandsgebiet entstehen.

■ Bürgerbeteiligung: Von 1. Oktober bis 16. November

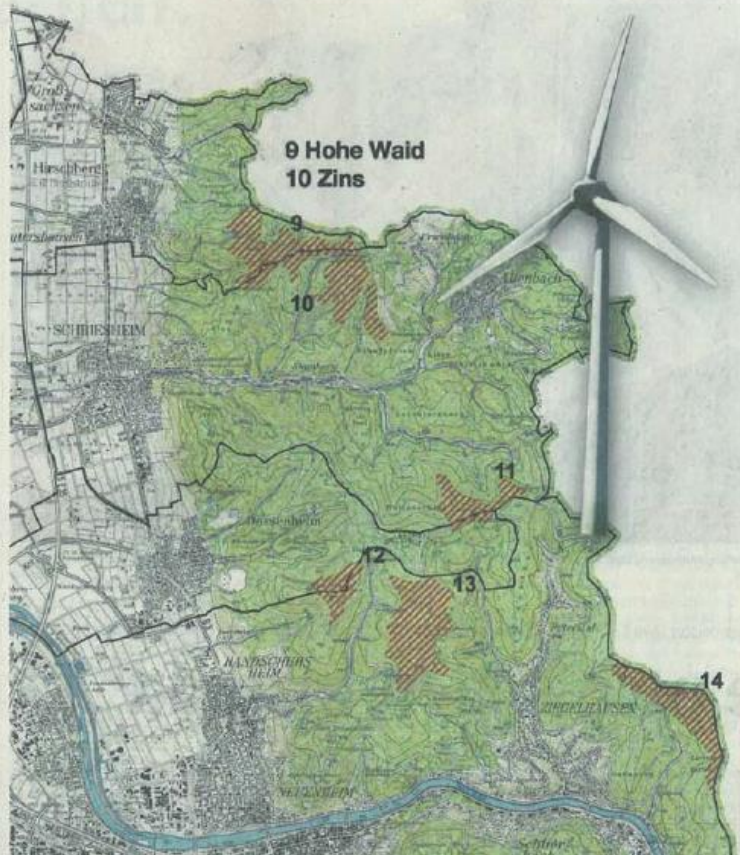
■ Öffentliche Informationsveranstaltung am 8. Oktober, 19 Uhr in der Schriesheimer Mehrzweckhalle

■ Infos unter www.nv-hd-ma.de

gen dort errichtet werden können. 70 bis 80 Anlagen könnten im Verbandsgebiet aufgestellt werden, ergänzte Müller. Die Anlagen selbst sind bis zu 200 Meter hoch. Zur Prüfung der einzelnen Standorte wurden unter anderem auch Naturschutz- und Vogelschutzgutachten angefertigt, fügte der Geschäftsführer noch hinzu.

Bürgerbeteiligung

Ab 1. Oktober haben nun auch die Bürger das Wort und können ihre Einwände vorbringen. Zuvor werden am kommenden Dienstag und Mittwoch die Gemeinderäte der drei Kommunen über die Pläne informiert. Zwischen 1. Oktober und 16. November findet die Bürgerbeteiligung statt. Am 8. Oktober wird es dazu eine Informationsveranstaltung für alle drei Gemeinden ab 19



Der Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim hat 17 Konzentrationszonen für die Windenergie festgelegt. Davon befinden sich Flächen in Leutershausen, Schriesheim und Dossenheim. KART: NACHBARSCHAFTSVERBAND

Uhr in der Schriesheimer Mehrzweckhalle geben. Dort ist auch ein Vertreter des Nachbarschaftsverbands: Just, Lorenz, Höfer und natürlich auch Müller sind gespannt auf den Ausgang der Diskussionen. „Für uns ist dies ein gutes Beispiel für eine gelebte interkommunale Zusammenarbeit. Wir wollen daher gemeinsam Verantwortung übernehmen“, betonte Schriesheims Verwaltungschef Höfer. Dossenheim's Bürgermeister Lorenz lobte, weil die Bürger mittlerweile „sehr offen“ an die Sache herangehen würden. Voraussichtlich im Januar werden die Gemeinderäte aller drei Kommunen über die Einwände der Bürger zu dem Flächennutzungsplan entscheiden.



Im Hirschberger Rathaus wurden gestern die Pläne zur Windenergie gezeigt. Von links Martin Müller vom Nachbarschaftsverband sowie die Bürgermeister Manuel Just, Hans Lorenz und Hansjörg Höfer. BILD: KOPETSKY

Heddesheim: An der Grenze zu Mannheim, Ilvesheim und Ladenburg potenzieller Standort / Am Donnerstag Thema im Gemeinderat

Windräder vor den Toren der Gemeinde?

Von unserem Redaktionsmitglied
Anja Görlich

Dürfen sich im äußersten (Süd-)Westen Heddesheims eines Tages Windräder drehen? Diese Frage wird wohl in den kommenden Monaten beantwortet.

Der Nachbarschaftsverband Heindelberg-Mannheim erarbeitet derzeit den Teilflächennutzungsplan „Windenergie“. Darin sollen sogenannte „Konzentrationszonen“ ausgewiesen werden, auf denen künftig Windenergieanlagen (WEA) erlaubt sind. Im Umkehrschluss bedeutet dies: Außerhalb dieser Flächen darf kein Windrad gebaut werden.

Noch liegt dieser Teilflächennutzungsplan als Vorentwurf vor. Das Areal links und rechts der Landstraße 541, an der Grenze von Heddesheim zu Mannheim, Ilvesheim und Ladenburg, ist darin eine von 17 möglichen Konzentrationsflächen für Windkraft (KZW). Sie trägt die Nummer 3. Im Juli hat der Nachbarschaftsverband seine Mitglieder-Gemeinden angeschrieben. Diese sollen nun bis April 2016 zu dem Vorentwurf Stellung nehmen.

Bürger-Info am 8. Oktober

Ebenso findet vom 1. Oktober bis 10. November die Beteiligung der Öffentlichkeit statt. Interessierte können die Planungsunterlagen in den Rathäusern einsehen, außerdem gibt es Informationsveranstaltungen für Bürger. Die Heddesheimer sind dazu am Donnerstag, 8. Okto-

ber, 19 Uhr, in die Mehrzweckhalle nach Schriesheim (Sportzentrum) eingeladen.

Bereits am Donnerstag, 1. Oktober, 17 Uhr, setzt sich der Gemeinderat Heddesheim mit der Thematik auseinander. Ein Beschluss über die von der Gemeinde abzugebende Stellungnahme fällt dabei aber noch nicht. Zunächst sollen die Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung abgewartet werden. Nach dem derzeitigen Sachstand sieht die Verwaltung den geplanten Standort KZW 3 kritisch, wie es in den Unterlagen zur Gemeinderatssitzung heißt.

„Landschaftsbild beeinträchtigt“

Bereits zum jetzigen Zeitpunkt sei das Gemeindegebiet „durchzogen bzw. umgeben von einer Vielzahl von Infrastrukturanlagen, die das Orts- und Landschaftsbild (...) negativ prägen“, so die Begründung. Ferner sei der Standort aufgrund der „geringen Windgeschwindigkeiten nur bedingt für eine wirtschaftliche Windenergienutzung geeignet“, weswegen man im Fall der Fälle mit „besonders großen und leistungsfähige Anlagen mit Gesamthöhen von rund 200 Metern“ rechnen müsse. Diese wiederum würden auf dem offenen, ebenen Gelände „besonders massiv in Erscheinung treten und eine zusätzliche Beeinträchtigung des vorbelasteten Landschaftsraumes und der nah gelegenen Wohnbereiche mit sich bringen“.

Wenn die Beteiligung der Öffentlichkeit im November abgeschlossen ist, werden die eingegangenen



Windräder nahe Stralsund: Im windreichen Norden Deutschlands ist die Gewinnung von Windenergie verbreitet. Hierzulande eher weniger. BILD: DPA

Stellungnahmen ausgewertet, von der Verbandsverwaltung zusammengefasst und den Gemeinden zur Verfügung gestellt. Diese können dann bis April 2016 ihre Stellungnahmen abgeben. Welche Flächen im weiteren Planungsverfahren verbleiben, entscheidet die Verbandsversammlung des Nachbarschaftsverbands. Ist der Teilflächennutzungsplan irgendwann beschlossen

und damit klar, wo Windräder stehen dürften, heißt freilich auch das noch nicht, dass sie dort auch tatsächlich stehen werden. Jedenfalls müssen sich zunächst Investoren finden, die an einen gewinnbringenden Betrieb an den jeweiligen Standorten glauben.



Infos u. Planentwurf: www.nachbarschaftsverband.de

Teilflächennutzungsplan Windenergie: So geht's weiter

■ Um zu steuern, wo künftig Windenergieanlagen (WEA) gebaut werden könnten, stellt der Nachbarschaftsverband den Teilflächennutzungsplan Windenergie auf.

■ Derzeit liegt ein Vorentwurf dieses Plans vor. Auf der Basis verschiedener Ausschlusskriterien wurden darin 17 Konzentrationszonen für Windenergie (KZW) ausgewiesen. Nur dort sollen WEA möglich sein.

■ Die KZW 3 mit einer Größe von rund 45 Hektar (max. vier mögliche WEA) liegt im Langgewann, größtenteils auf Heddesheimer Gemarkung. An ihren Rändern reicht die KZW 3 auf die

Gemarkungen von Mannheim, Ilvesheim und Ladenburg.

■ Die formelle Beteiligung der Öffentlichkeit findet vom 1. Oktober bis 10. November statt. In dieser Zeit können Bürger Stellung nehmen.

■ Eine öffentliche Bürgerinformationsveranstaltung findet am 8. Oktober, 19 Uhr, in der Mehrzweckhalle in Schriesheim statt.

■ Wenn auch die Verbandsgemeinden ihre Stellungnahmen abgeben haben, entscheidet die Verbandsversammlung des Nachbarschaftsverbands, welche der 17 Konzentrationsflächen weitergeplant werden. agö



Schriesheim: Nachbarschaftsverband informierte gestern den Gemeinderat zum Stand in Sachen Windenergieanlagen

Immer noch viele Fragezeichen

Von unserem Redaktionsmitglied
Klaus Backes

Windkraft um Schriesheim: Das ist noch immer ein Thema mit vielen Unbekannten, wie in der gestrigen Gemeinderatssitzung deutlich wurde. Martin Müller, Geschäftsführer des Nachbarschaftsverbands Heidelberg-Mannheim, schilderte die Situation (wir haben diese in unserer gestrigen Ausgabe ausführlich dargestellt). Danach, so Bürgermeister Höfer, sollten keine Stellungnahmen abgegeben, sondern lediglich Fragen gestellt werden.

So hielten sich die Redner mit Aussagen zu Pro und Contra zurück. Mit einer Ausnahme. Wolfgang Fremgen (Grüne Liste) findet Windkraftanlagen nicht nur „ästhetisch

schön“, sondern stellte auch die Frage nach Alternativen, die er gleich beantwortete: „Wenn ich die Wahl zwischen Atomkraftwerk, Kohlekraftwerk oder Windkraft hätte, würde ich mich für Wind entscheiden.“

Anselm Löweneck (CDU) wollte wissen, wer die Grundstücke der drei möglichen Standorte besitzt, die Schriesheim am nächsten sind. Laut Bürgermeister Höfer gehören sie der Stadt, wobei es immer auch Einsprengel von Privatflächen gebe. Heinz Kimmel (Freie Wähler) interessierte sich dafür, ob auch die Gemeinde als Investor auftreten könnte. Martin Müller bejahte dies grundsätzlich, fügte dann aber an, dass dies nur selten vorkommt. Bisher gebe es übrigens noch keinen Investor, der ein „belastbares Interesse“

an den Standorten bei Schriesheim gezeigt habe. Wäre die Blickbeziehung zur Strahlenburg eventuell ein Ausschlusskriterium für einen Standort, wollte Kimmel dann noch wissen. Das müsse man prüfen, antwortete der Geschäftsführer. Beim Heidelberger Schloss sei das natürlich eine klare Sache.

Eine Grundsatzfrage stellte dann Hansjörg Höfer: Was geschieht, wenn die Kommunen Windkraftanlagen auf ihrer Gemarkung ablehnen? Eine Verhinderungsplanung sei nicht zulässig, erwiderte Martin Müller. Zudem würden sich die Gemeinden damit keinen Gefallen tun. Denn nur durch den Flächennutzungsplan, den der Nachbarschaftsverband erstellt, können gezielt Standorte ausgewiesen werden. Ge-

schieht dies nicht, dann dürfen Investoren grundsätzlich überall Windkraftanlagen bauen.

Die Windkraft war auch Thema in der Einwohnerfragestunde. Ein Altenbacher vertrat die Auffassung, dass die geringe Windgeschwindigkeit eine wirtschaftliche Nutzung der Anlagen um Schriesheim unmöglich macht. Wer trage im Falle der Insolvenz eines Investors die Kosten für den Rückbau der 200 Meter hohen Riesen? Es müsse vertraglich geregelt werden, dass die nicht an der Gemeinde hängenbleiben, so Höfer. Der nächste Schritt: Am 8. Oktober lädt der Nachbarschaftsverband alle Bürger der ihm angehörigen Gemeinden zu einer Informationsveranstaltung in die Schriesheimer Mehrzweckhalle ein.

Hohe Waid kommt für Windenergie in Frage

Nun müssen Öffentlichkeit, Gemeinden und Behörden Stellung nehmen – Informationsveranstaltung am 8. Oktober in Schriesheim

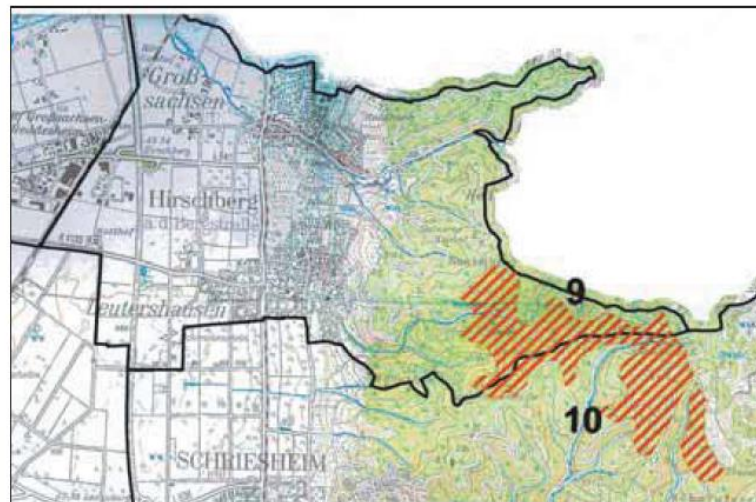
Von Stefan Zeeh

Hirschberg. Dürfen auf Hirschberger Gemarkung zukünftig Windkraftanlagen (WKA) errichtet werden? Mit dieser Frage werden sich Bürger und Gemeinderäte in den kommenden Wochen und Monaten noch öfter beschäftigen. Bei der Sitzung des Hirschberger Gemeinderats am Dienstagabend informierte der Geschäftsführer des Nachbarschaftsverbands Heidelberg-Mannheim, Martin Müller, über den derzeitigen Planungsstand zur Ausweisung möglicher Standorte für WKA im Gebiet des Nachbarschaftsverbands. Dieser ist zuständig für die Erstellung des Teilflächennutzungsplans Windenergie für alle 18 dem Verband angehörenden Kommunen, darunter auch Hirschberg.

Vorstellung im Gemeinderat

Unter Berücksichtigung sogenannter harter Tabukriterien, wie etwa vorhandenen Natur- oder Vogelschutzgebieten, sowie weicher Tabukriterien, wie zum Beispiel der Forderung, dass nicht weniger als drei WKA an einem Standort errichtet werden dürfen, blieben insgesamt 17 Flächen im Verbandsgebiet übrig, auf denen Windräder stehen könnten. Eine dieser Flächen, der so genannten Konzentrationszonen, befindet sich auf Hirschberger Gebiet, an der Hohen Waid. Diese Konzentrationszone grenzt direkt an das Gebiet „Zins“ auf Schriesheimer Gemarkung, das nach dem derzeitigen Planungsstand ebenfalls für WKA infrage kommt.

„Diese Flächen können noch völlig wegfallen oder verkleinert werden“, verdeutlichte Martin Müller, dass dies erst eine vorläufige Planung ist. Denn nun sind die Öffentlichkeit, Gemeinden und Be-



Die so genannte Konzentrationszone in Hirschberg, an der Hohen Waid, grenzt direkt an das Gebiet „Zins“ auf Schriesheimer Gemarkung. Plan: Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim

hörden gefragt, zu dem Entwurf Stellung zu nehmen. Daher wird am kommenden Donnerstag, 8. Oktober, um 19 Uhr in der Schriesheimer Mehrzweckhalle eine Informationsveranstaltung zum Thema Windenergie im Gebiet des Nachbarschaftsverbands stattfinden. Bis Mitte April müssen dann die Verbandskommunen ihre Stellungnahme abgeben, woraufhin die Verbandsversammlung endgültig über den Teilflächennutzungsplan Windenergie entscheiden wird.

„Dabei kann es dazu kommen, dass alle Flächen rausfallen“, zeichnete Hirschbergs Bürgermeister Manuel Just ein Szen-

ario, das nicht wünschenswert sei. Denn damit wäre die Errichtung von WKA auf vielen Flächen als privilegiertes Vorhaben genehmigungsfähig, da der Flächennutzungsplan dann keine Regelung für die Nutzung von Windenergie vorgebe. Auch dürfe der Verband keine „Verhinderungsplanung“ vornehmen. Eine solche Verhinderungsplanung wäre etwa die Ausweisung von Konzentrationsgebieten in windschwachen Arealen, in denen WKA nicht wirtschaftlich betrieben werden können.

Auf mögliche Standorte für WKA gingen Manuel Just und einige Gemeinderäte wie etwa Thomas Scholz (SPD) und

Ferdinand Graf von Wiser (CDU) bereits ein, indem sie eine Errichtung von Windrädern entlang des ersten Höhenzugs des Odenwalds als nicht optimal erachteten. Sie befürworteten Windräder im Rücken des ersten Höhenzugs, sodass sie von der Rheinebene nicht oder kaum sichtbar sind. Dem hielt Jürgen Steinle (GLH) entgegen, dass die dort befindlichen Gemeinden ebenso ein Recht darauf haben, nicht direkt auf eine WKA zu blicken. „Wir dürfen nicht egoistisch sein“, rief er zur Solidarität der Kommunen untereinander auf.

Eva-Marie Pfefferle (SPD) befürchtete zudem, dass durch die Errichtung von WKA große Waldflächen, etwa für die Erschließung der Standorte, gerodet werden müssten. Martin Müller konnte hierzu keine Prognose abgeben.

Hartmut Kowalinski (FDP) sah dagegen in dem Verfahren zur Bereitstellung von Flächen für WKA keine demokratische Entscheidung, da man nicht die Wahl habe, Windräder im Gemeinde-beziehungsweise Verbandsgebiet völlig abzulehnen. In diesem Zusammenhang verwies er auf die Regelung in Rheinland-Pfalz, wo Ausschlussgebiete für WKA zulässig sind. Werner Volk (Freie Wähler) wollte erst die Bürgerbeteiligung abwarten, bevor seine Fraktion eine Stellungnahme zu den vorgelegten Plänen abgibt.

Dossenheim: "Keiner will hier aktuell Windkraftanlagen bauen"

Martin Müller informierte bei der Gemeinderatssitzung über die Ausweisung von zwei Konzentrationsflächen in Dossenheim

Dossenheim.
(dw) "Was der

WEITERE ARTIKEL ZUM THEMA

▸ Deutlicher Zuwachs bei Windenergie

▸ Windkraft in der Bergstraße: 17 Konzentrationszonen stehen fest

WEITERE ARTIKEL ZUM THEMA

▸ Deutlicher Zuwachs bei Windenergie

▸ Windkraft in der Bergstraße: 17 Konzentrationszonen stehen fest

Nachbarschaftsverband im Odenwald plant, ist haarsträubend", sagte ein Bürger in öffentlicher Sitzung des Gemeinderats. Er fragte, ob die baden-württembergischen Höhenzüge nicht genauso schützenswert seien wie die in Hessen und Rheinland-Pfalz. Nach dem Punkt "Fragen und Anregungen von Bürgern" stand die "Aufstellung eines Flächennutzungsplans (FNP) zur Standortsteuerung von Windenergieanlagen durch den Nachbarschaftsverband (NBV)" als Information auf der Tagesordnung. Daher war Martin Müller, Geschäftsführer des NBV, anwesend. Er berichtete über den Sachstand und beantwortete Fragen. Seine wieder kehrende Botschaft: "Keiner will hier aktuell Windkraftanlagen bauen."

Es gehe darum, bestimmte Areale als mögliche Standorte auszuweisen, damit die Masten nicht dort gebaut würden, wo man sie auf gar keinen Fall haben wolle. Müller bezeichnete die Strategie der Zuweisung von Konzentrationsflächen im FNP als "Steuerung".

Auf Dossenheimer Gemarkung befinden sich zwei der insgesamt 17 zu diskutierenden "Konzentrationszonen für Windkraft (KZW)". Sie gruppieren sich um den "Weißen Stein". "KZW 11" liegt geografisch nordöstlich vom Hausberg der Bergstraßengemeinde. "KZW 12" liegt südwestlich davon am Westhang des "Hohen Nistler". Die beiden Flächen überschreiten die Gemarkungsgrenze. Daher ist zu erwarten, dass die Städte Schriesheim (KZW 11) und Heidelberg (KZW 12) sich ebenfalls dazu äußern werden. Beide Konzentrationszonen liegen im Landschaftsschutzgebiet. In einem eigenen Verfahrensschritt sei eine Herauslösung der Flächen möglich, so Müller. Eine dritte Zone "KZW 13" mit 129 Hektar liegt außerhalb aber unweit der Gemarkungsgrenze südlich des "Weißen Steins".

Der NBV-Geschäftsführer stellte das bisherige Vorgehen vor, das als pragmatisch bezeichnet werden kann. Dennoch blieben Fragen. "Was geschieht, wenn die Vögel ihren Standort ändern", fragte Eugen Reinhard (FDP) "provokativ", wie er selbst meinte. Cornelia Wesch (FW) erkundigte sich nach der Flugsicherheit. Am "Hohen Nistler" sei schon einmal ein Flugzeug abgestürzt. Weiter fragte sie nach dem Einfluss auf das zur Naherholung genutzte Gebiet. Carlo Bonifer (SPD) brachte die Wirtschaftlichkeit ins Spiel. Im Odenwald sei die Investition in Windkraftanlagen nicht besonders ertragreich. Reinhard unterstützte die Aussage. Hans-Peter Stöhr (CDU) hinterfragte das Kriterium der Flächengröße für mindestens drei Windräder je Zone. Seine Fraktionskollegin Julia Philippi fragte, ob der NBV eine Mindestanzahl von Windrädern ausweisen müsse. Gunhild Frey, Grüne, erkundigte sich nach den "Sichtbeziehungen".

Müller beantwortete die Fragen geduldig. Die Dossenheimer Gemarkung wäre von drei Windrädern in "KZW 12" betroffen, das Gebiet sei recht klein. Laut Karte misst es 39 Hektar. Vier Windräder könnten in der "KZW 11" gebaut werden. Die Karte weist hier eine Fläche von 53 Hektar aus. Die Frage nach der Wirtschaftlichkeit sei und könne nicht vom NBV beantwortet werden, so Müller. Anhaltspunkt für die Standortfindung seien die im Windatlas dargestellten Windgeschwindigkeiten. Die Flugsicherheit sei durch Anpassungen nicht gefährdet. Die Flächen und damit Anzahl der Windräder sei Ergebnis der jetzt beginnenden Diskussion.

Die Räte hatten viele Fragen

Windkraft war Thema im Schriesheimer Gemeinderat

Schriesheim. (sk) Weiß, riesig und unübersehbar glänzen sie in der Sonne: Das dürfte der Blick auf die Windkraftanlagen sein, den man eines Tages vom OEG-Bahnhof in Richtung Weinberge hat oder haben könnte. Einstweilen existiert dieses Bild nur als Fotomontage, wie auch die Landschaften bei Altenbach, Ursenbach und die Ansicht vom westlichen Ortsrand nach Norden. Trotzdem ging ein hörbares Raunen durch die Reihen von Gemeinderat und Publikum, als Martin Müller, Geschäftsführer des Nachbarschaftsverbands Heidelberg-Mannheim, die Montagen vorstellte.

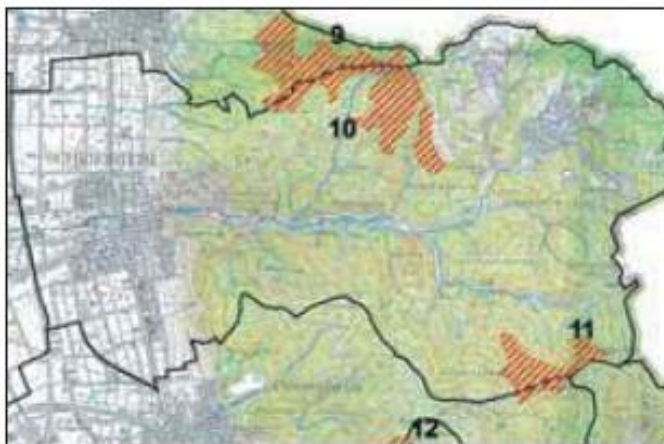
Voraus schickte er die Bemerkung, dass es bei der Teilflächennutzungsplanung „Windenergie“ weder um technische Daten oder Erträge gehe: „Nur darum, welche Standorte im Verbandsgebiet bereitgestellt werden und welche nicht.“ Ohne die Flächennutzungsplanung wären die Windräder nämlich als privilegierte Vorhaben generell überall zulässig. Nach Abzug von Wohn- und Schutzgebieten, unter Berücksichtigung von entgegenstehenden rechtlichen Belangen und eigenen Kriterien des Verbands, zu dem Heidelberg, Mannheim und 16 Nachbargemeinden gehören, blieben von 487

Schriesheim kommen drei Flächen infrage: Ein Gebiet im Norden oberhalb Leutershausens mit Platz für maximal sechs Windräder, eines westlich von Ursenbach für fünf Anlagen und eines östlich des Weißen Steins für vier Windkraftanlagen. Dass die Flächen allesamt zum Landschaftsschutzgebiet gehören, sorgte nicht für deren Ausschluss, betonte Müller.

Dass der Gemeinderat im Anschluss keine Stellungnahmen zum Thema abgab, sondern nur Fragen stellte, begründete Bürgermeister Hansjörg Höfer mit einem Beschluss des Gremiums. Einzig Wolfgang Fremgen (GL) hielt sich nicht daran und lobte: „So eine Fotomontage ist eine tolle Sache. Was die Ästhetik angeht: Ich finde die Windanlagen ästhetisch schön.“ Dazu zog er den Vergleich zu Atom- oder Kohlekraftwerken. „Wenn wir verabredet haben, keine Stellungnahmen abzugeben,

erwarte ich auch, dass man keine abgibt“, rügte CDU-Stadtrat Anselm Löweneck seinen Ratskollegen. Er fragte nach den Eigentümern der fraglichen Flächen, Höfer antwortete: „In der Regel ist das die Stadt Schriesheim.“ Er spann den Gedanken weiter: Die Stadt könnte ja beschließen, dass auf ihren Grundstücken keine Windräder stehen dürften. Doch dem räumte Müller keine Chancen ein: „Eine verkappte Verhinderungsplanung ist nicht zulässig.“ Auf Frage Höfers nach den Abständen zur Wohnbebauung antwortete Müller ebenso kategorisch: Wenn der Nachbarschaftsverband einheitliche Abstände festlege – 1000 statt der vorgeschriebenen 700 Meter –, dann müssten sich die Kommunen auch daran halten.

Die Erhaltung von „Blick-Beziehungen“ war ein weiteres Kriterium, das FW-



Schriesheim teilt sich mögliche Zonen für Windräder mit Hirschberg (9/10) und Dossenheim (11). Plan: Nachbarschaftsverband

Fraktionssprecher Heinz Kimmel sprach. Er wollte wissen, wie die „Verhandlung der Strahlenburg“ verhindert werden könne. „Eine Blick-Beziehung muss besonders begründet werden“, antwortete Müller und bezog sich auf den Fall einer weiteren Fläche, die deshalb verhindert wurde: Wenn die Einwohner von Wilhelmsfeld nämlich aus dem Fenster schauen, hätten sie eine Gruppe von 200 Meter hohen Windrädern genau auf Augenhöhe: „Und das wäre nicht zumutbar.“ Auf Nachfrage von SPD-Fraktionssprecher Rainer Dellbrügge nannte er schließlich noch ein weiteres mögliches Kriterium: den Schutz der Hangkante.

① **Info:** Die Fotomontagen von Windrädern an möglichen Standorten kann man sich im Internet ansehen unter www.nachbarschaftsverband.de.



Fotomontage mit Windrädern: So in etwa könnte es aussehen, wenn man vom südwestlichen Ortsrand Heddesheims nach Mannheim blickt.

MONTAGE: NACHBARSCHAFTSVERBAND

Heddesheim: Ratsmehrheit sieht Anlagen im Westen des Ortes überwiegend kritisch / Sorge um „vorbelastete Landschaft“

Windräder: Gemeinderat bläst schon mal zum Sturm

Von unserem Redaktionsmitglied
Anja Görlitz

Die Mehrheit im Heddesheimer Gemeinderat sieht Windräder im Westen der Gemarkung kritisch. Erstmals beschäftigten sich die Räte in ihrer Sitzung am Donnerstagabend mit dem Thema. Grund: Der Nachbarnschaftsverband Heidelberg-Mannheim erarbeitet derzeit den Teilflächennutzungsplan, der besagt, wo künftig Windenergieanlagen erlaubt sind (wir berichteten). „Wenn der Flächennutzungsplan keine Regelungen trifft, sind sie in Baden-Württemberg prinzipiell überall zulässig“, betonte Bürgermeister Michael Kessler.

Derzeit liegt der Plan als Vorentwurf vor. Bis 10. November können Bürger ihre Bedenken einbringen, was unter anderem in einer Bürgerveranstaltung Donnerstag, 8. Oktober, 19 Uhr in der Schriesheimer Mehrzweckhalle (Sportzentrum) möglich ist. Die Kommunen als Verbandsmitglieder sollen ihre Stellungnahmen bis April vorlegen. Am Ende entscheidet die Verbandsversammlung, ob die bisher ermittelten 17 möglichen Standorte weiterverfolgt, verkleinert oder ganz herausgenommen werden.

Der Standort vor den Toren Heddesheims böte Platz für vier Windräder. Wie der stellvertretende Leiter des Heddesheimer Bauamts, Christian Pörsch, in der Sitzung erläuterte, müssten diese „etwa so hoch wie der Fernsehturm sein“, um aus heu-

Windenergie



tiger Sicht in der relativ windarmen Rheinebene wirtschaftlich zu laufen. „Wir sehen das kritisch“, verwies er auf das bereits vorbelastete Landschaftsbild. Ein Großteil der Räte sah dies ähnlich.

„Gefahr für Vögel“

„Das Artenschutzgutachten ist unzureichend“, beklagte Grünen-Gemeinderat Kurt Klemm. Vogelzug und Fledermäuse würden nicht berücksichtigt. „Rot- und Schwarzmilan brüten auch bei uns“, so der Vogelfreund weiter. Das Vorkommen windkraftempfindlicher Vogelarten wäre indes ein „hartes Tabukriterium“: Als Konzentrationszone dürfte die Fläche dann gar nicht in Frage kommen. „Ich kann nur empfehlen,

das bei der Bürgerbeteiligung einzubringen“, riet Kessler.

„Die Belastung ist schon groß genug“, verwies CDU-Fraktionschef auf Hochspannungsleitungen oder Autobahn, „wir haben hier schon viele störende Anlagen“. Auch die Zonen an den Hängen der Bergstraße sah er kritisch: Weiter hinten wäre die „optische Störung“ geringer, so seine Meinung. Als „sehr wenig sinnvoll“ bezeichnete auch Jürgen Merx den Standort im Westen Heddesheims. „Das Areal ist vorbelastet, es ist wichtig, es zu schützen“, so der SPD-Fraktionsvorsitzende. Zudem zweifelte er an einem wirtschaftlichen Betrieb an dieser Stelle. Diese Frage müssen allerdings mögliche Investoren irgendwann für sich be-

antworten. Dass es dazu niemals kommt, hielt Günther Heinisch für „fraglich“. Davon abgesehen vertrat der Grünen-Sprecher eine andere Ansicht als seine Vorredner – sondersicher „rettenswert“ erscheint ihm der fragliche Standort jedenfalls nicht.

„Heuchlerische Argumente“

„So viel Sensibilität für die Landschaft hätte ich mir vor ein paar Jahren auf der anderen Seite des Ortes auch gewünscht“, spielte er zudem auf die von der Ratsmehrheit gewollte Pfening-Ansiedlung an: „Die Argumente heute erscheinen mir schon ein wenig heuchlerisch.“ Ohne die Ausweisung der Konzentrationszonen, würden die Anlagen zudem überall möglich sein.

„Die Türme wären keine Bereicherung für das Landschaftsbild“, sah wiederum Frank Hasselbring die Sache kritisch. Außerdem fehlten dem FDP-Fraktionschef Aussagen über eine mögliche Belastung der Bürger durch Geräusche oder den sogenannten „Diskoeffekt“ (durch Schattenwurf der Rotoren). „Der Gesetzgeber hat Mindestabstände definiert, damit sind diese Kriterien schon berücksichtigt“, erklärte der Bürgermeister. Der Nachbarnschaftsverband hat diesen Mindestabstand zu Wohnbauflächen sogar von 700 auf 1000 Meter erhöht.

Ein Beschluss über die Stellungnahme der Gemeinde soll erst fallen, wenn die Ergebnisse aus der Bürgerbeteiligung vorliegen.

Wo sollen die Windräder hin?

Der Nachbarschaftsverband Heidelberg – Mannheim hat Bereiche vorgeschlagen, in denen Anlagen gebaut werden könnten

Von Steffen Blatt

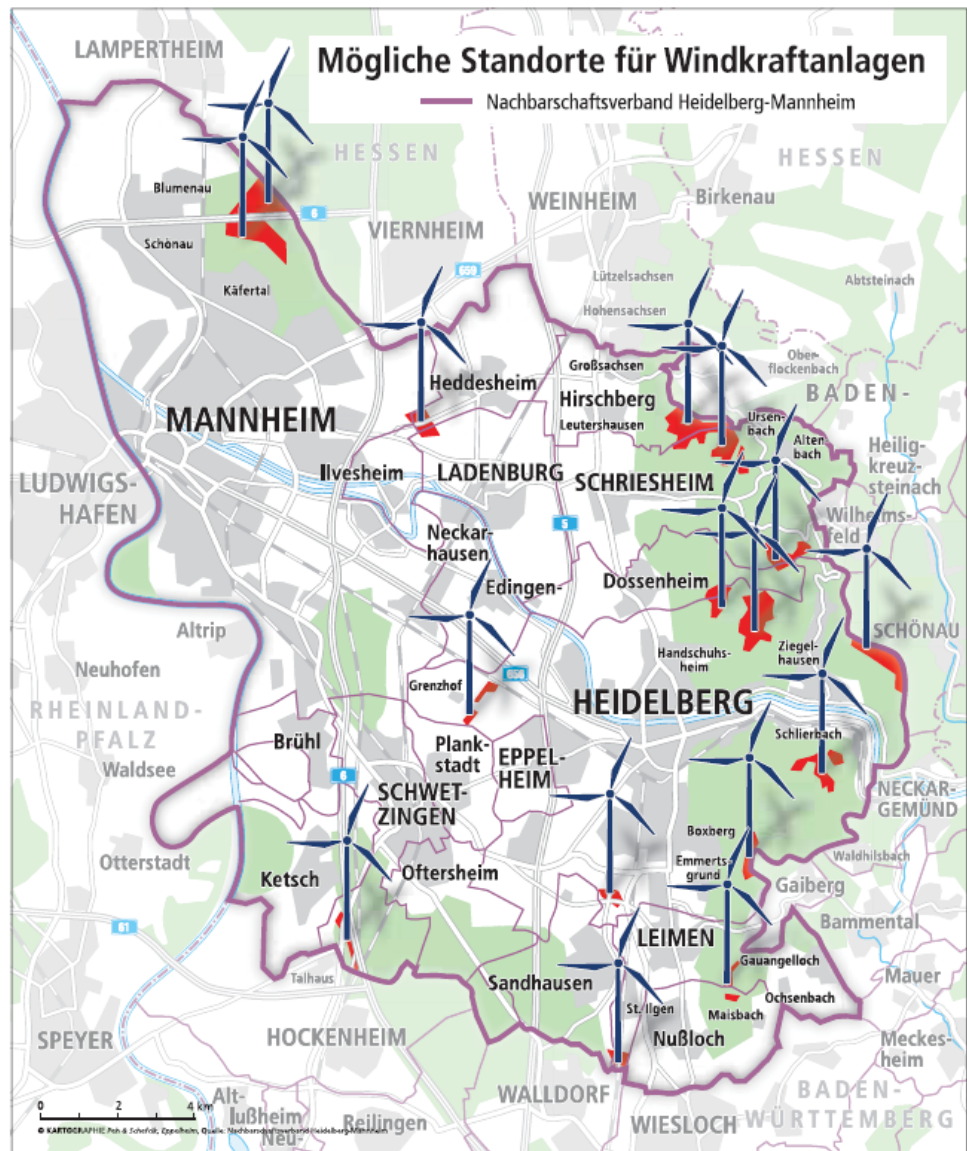
Heidelberg/Mannheim. Für die Befürworter ist die Windkraft ein wesentlicher Pfeiler der Energiewende: weg von Stromgewinnung aus Atomkraft oder Kohle, hin zu erneuerbaren Quellen. Für die Gegner sind Windräder oft ein unnötiger Eingriff in die Natur, eine Gefahr für Tier und Mensch und eine Verschandelung der Landschaft. Trotzdem kommt auch der Nachbarschaftsverband Heidelberg – Mannheim, dem neben den beiden Großstädten noch 16 benachbarte Kommunen angehören, nicht an dem Thema vorbei. Für seinen Flächennutzungsplan muss er Zonen ausweisen, in denen in der Zukunft Windräder stehen könnten. Ab heute werden die Vorschläge mit den Bürgern diskutiert.

Mit dem „Teilflächennutzungsplan Windeenergie“ soll der Bau von Windkraftanlagen gesteuert werden. In allen Bereichen, die nicht als „Konzentrationszonen“ ausgewiesen sind, ist der Bau von Windrädern in Zukunft tabu. Würde der Plan nicht aufgestellt, könnten überall dort Anlagen errichtet werden, wo keine öffentlichen Belange dagegenstehen.

Darum hat der Nachbarschaftsverband Flächen ermittelt, die für den Betrieb von Windkraftanlagen wirtschaftlich geeignet sind und nicht in Konkurrenz zu anderen Nutzungen stehen (siehe Grafik). Dabei wurden neben Ausschlusskriterien wie Natur- und Tierschutz weitere Maßgaben beschlossen. So sollen an einem potenziellen Standort mindestens drei Windräder errichtet werden können, der Abstand zu Wohnbauflächen muss mindestens einen Kilometer betragen (zu Aussiedlerhöfen 600 Meter, zu gewerblichen Flächen 250 Meter). Ausgeschlossen sind Tallagen und Flächen mit einer Hangneigung von mehr als 30 Prozent. In Schriesheim und Heidelberg wurden außerdem besondere Blickbeziehungen berücksichtigt.

Bei vier Veranstaltungen informiert der Nachbarschaftsverband die Bürger über das Projekt (siehe Artikel unten). Zudem gibt jede Kommune eine Stellungnahme zu den möglichen Windkraft-Flächen auf ihrer Gemarkung ab. Danach wertet der Verband die Berichte aus und wird dann Areale für den Nutzungsplan ausweisen. Dabei können auch einige der vorgeschlagenen Standorte wegfallen. Allerdings ist es nicht möglich, überhaupt keine Flächen auszuweisen.

Info: Weitere Informationen gibt es unter www.nachbarschaftsverband.de.



Beim Thema Windkraft sprechen viele mit

Weil es gleich mehrere Akteure gibt, weiß der Bürger nicht, woran er ist – Die Verfahren sind nur schwer zu durchschauen

Von Harald Berlinghof

Rhein-Neckar. Die Nutzung der Windenergie in der Region ist seit vielen Jahren ein heißdiskutiertes Thema. Vogel- und Landschaftsschützer treffen auf Klima- und Umweltschützer. Doch für viele sind die Planungen zum Ausbau der Windenergie beziehungsweise an welchen Standorten und in welcher Form sie zulässig ist, ein Buch mit sieben Siegeln. Wer entscheidet, wo die Windkraftanlagen gebaut werden dürfen?

Es reden mit: das Land Baden-Württemberg, das Regierungspräsidium Karlsruhe, der Verband Region Rhein-Neckar (VRRN), der Nachbarnschaftsverband Mannheim-Heidelberg, der Rhein-Neckar Kreis mit der unteren Naturschutzbehörde, die betroffenen Städte und Gemeinden sowie potenzielle Investoren und Bürgerinitiativen.

Es gibt den Regionalplan, den Flächennutzungsplan und kommunale Bebauungspläne. Viele Köche verderben den Brei, sagt der Volksmund. Wer hat also das Sagen? Jeder kocht sein Süppchen auf seiner Ebene. Der VRRN weist Vorranggebiete aus, benennt aber keine Aus-

schlussgebiete. Im Flächennutzungsplan des Nachbarnschaftsverbandes sollen sogenannte Konzentrationszonen ausgewiesen werden, um eine Verspargelung der Landschaft zu verhindern. Die Kommunen müssen sich an den Flächennutzungsplan halten, der das letzte Wort in dieser Sache spricht. Hier die wichtigsten Fragen und Antworten.

> Dürfen Windenergieanlagen in Landschaftsschutzgebieten gebaut werden?

Ja, aber erst wenn die Untere Naturschutzbehörde die Genehmigung erteilt oder den Zchnitt des Landschaftsschutzgebietes ändert.

> Welche Steuermöglichkeiten haben Kommunen?

Prinzipiell haben die Kommunen die Planungshoheit über ihre Flächen. Die wird eingeschränkt durch die Ausweisung von Konzentrationszonen im Flächennutzungsplan. Nur dort dürfen Windenergieanlagen entstehen. Die Kommunen sind an den Flächennutzungsplan gebunden, an dessen Ausarbeitung sie beteiligt sind. Sie dürfen außerdem in den sogenannten Vorranggebieten des Regionalplans nichts unternehmen, was der Ansiedlung von Windkraftanlagen wi-

dersprechen würde. Zum Beispiel die Ausweisung der Fläche als Baugebiet.

Im künftigen Flächennutzungsplan des Nachbarnschaftsverbandes kommen 17 Bereiche für Windenergieanlagen in Betracht mit einer Größe von 890 Hektar, worauf etwa 70 bis 80 Windenergieanlagen möglich wären. Es kann im Verfahren weitere Reduzierungen dieser Flächen geben. Deshalb sind Anwohner und alle Bürger jetzt aufgerufen, sich in diesen Planungsprozess einzubringen.

> Werden die Bergstraße und die Höhenzüge des Neckartals im Regionalplan zu „Tabugebieten“?

Nein, die Planungen des VRRN, die neben des Pfälzer Haardtrandes auch die Bergstraße und das Neckartal von Windenergieanlagen frei halten möchten, sind in dieser Hinsicht nicht bindend.

> Wie ist die Situation in Hessen?

Weil der Regionalplan Südhessen von 2010 keine Aussagen zur Windenergienutzung trifft, sollen Vorranggebiete in einem separaten „Teilplan Erneuerbare Energien“ ausgewiesen werden. Diese Flächen wurden vom Regierungspräsidium nach gesetzlichen und von der Regionalversammlung beschlossenen Kriterien ermittelt. Derzeit werden die Stellungnahmen zum Teilplan aus der ersten Öffentlichkeitsbeteiligung ausgewertet.



Es dreht sich was in der Region – doch das gefällt nicht jedem. Foto: Thissen



Blick von Gauangelloch in Richtung Südosten. Die Fotomontage des Nachbarschaftsverbands geht von einem dritten Windrad aus, das dann aber auf der Gemarkung von Mauer stehen dürfte und mit den beiden Windanlagen in Mauer einen sogenannten interkommunalen Windenergiepark bilden würde. Repro: Fink

Windkraftgegner: „Wie können wir diesen Wahnsinn stoppen?“

Über die möglichen Windkraftstandorte wurde bei der ersten Infoveranstaltung bereits heftig diskutiert

Von Roland Fink

Leimen-St. Ilgen. „Geht da überhaupt Wind, wo sie das alles eingezeichnet haben?“ Es gab Skeptiker in den Reihen der Zuhörer in der St. Ilgener Aegidiushalle in Leimen, welche die Planungen für Windenergiestandorte mit äußerst kritischem Blick verfolgen. Der Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim (NBV), dem neben Leimen, Sandhausen und Nußloch weitere 15 Städte und Gemeinden angehören, hatte zur ersten von insgesamt vier Informations- und Bürgerbeteiligungsrunden eingeladen. Schriesheim, Mannheim und Heidelberg werden folgen.

In St. Ilgen stellte Martin Müller als Leiter der Planungsgruppe das Konzept für die Teilräume im südlichen Planungsgebiet vor. Der Verband „Region Rhein Neckar“ hatte das Plangebiet des NBV bei seinem Teilregionalplan „Windenergie der Metropolregion“ ausgespart. Und „wir als Träger der Flächennutzungsplanung sind gehalten, substanziellen Raum zu schaffen für Windkraftflächen“, so Müller.

Oberbürgermeister Wolfgang Ernst wies auf den beabsichtigten Ausstieg aus der Atomkraft hin und darauf, dass man auch irgendwo einsteigen müsse, wenn man irgendwo aussteige. Sprich: in die „sanfte“ Energieerzeugung. Auch verwies der OB auf die Rhein-Neckar-Zeitung, die zum Auftakt der Informationsveranstaltungen ihr Tagesthema am Dienstag der Windenergie gewidmet hatte: Im Gebiet des Nachbarschaftsverbandes sind 17 mögliche Standorte benannt für insgesamt 80 Windenergieanlagen.

Und wie sieht es im südlichen Teil des Rhein-Neckar-Kreises aus? Die sogenannten Konzentrationszonen geben Auskunft. Östlich von Gauangelloch nahe dem Gewann „Rosengarten“ kommen vier Hektar für zwei Anlagen in Betracht. Nördlich von Sandhausen bei der



Geht dort überhaupt Wind? Und was ist mit Infraschall, Natur- und Artenschutz? Aus den Reihen der Zuhörer kamen viele Fragen. Foto: Fink

„Kirchheimer Mühle“ wären auf 15 Hektar drei Anlagen möglich. Zwischen dem Nußlocher „Hirschberg“ und dem Leimener „Hirschgrund“ könnten auf 17 Hektar drei Anlagen errichtet werden. Auf einer Fläche von 13 Hektar um den St. Ilgener Waldsee herum sind ebenfalls drei Anlagen denkbar.

Auch wenn der NBV die „weichen“ Kriterien schon definierte, etwa die Konzentration auf drei Windenergieanlagen oder den Abstand zur Wohnbebauung von 1000 Metern – Kritik wurde in St. Ilgen umgehend vorgetragen: „Wie können wir diesen Wahnsinn stoppen?“ Auch Befürchtungen aufgrund des Infraschalls wurden geäußert. Und auch der Natur- und Artenschutz nahm breiten Raum ein.

Benjamin Hill von der Frankfurter Planungsgruppe Natur und Umwelt stellte die Untersuchungsergebnisse vor. Das Artenpotenzial um die Konzentrationszonen wurde untersucht, Brutplätze von Rot- und Schwarzmilan, Baumfalken, Rohrweihe, Bussard und Kiebitz ausgemacht. Aus dem Publikum wurde

auch die Population von Störchen auf den Nußloch-Walldorfer Wiesen vorgebracht.

Derartige Vorkommen müssten aber nicht unbedingt als Ausschlusskriterium bewertet werden. „Es wird eine Abwägung geben müssen“, sagte Müller. Und ob die Windhöflichkeit der ausgewiesenen Gebiete mit um die fünf Meter pro Sekunde ausreicht, um gewinnbringend in Windkraft

zu investieren, sei eine Kalkulation für die potenziellen Investoren. „Doch die Technik wird sich weiter verbessern.“

Dass in der Berechnung der Windhöflichkeit womöglich auch politische Absichten stecken könnten, ließ ein Schaubild von der hessischen Grenze zu Heiligkreuzsteinach vermuten: Auf dem hessischem Gebiet war ein kräftiges „Rot“ zu erkennen, was auf gute Windschwindigkeiten von über sechs Metern pro Sekunde hindeutet. An der Landesgrenze zu Baden-Württemberg fiel diese Windhöflichkeit aber auf unter 4,5 Meter pro Sekunde zurück.

An den aussagekräftigen Schautafeln wurde nach dem Vortrag und den Fragen eifrig weiterdiskutiert. Eine Box zur Aufnahme von Notizen und Hinweisen stand bereit. Vor allem die Sichtbeziehungen und Fotomontagen mit eingezeichneten Windrädern waren aufschlussreich und verdeutlichten, was sich in den nächsten Jahren bei der Erzeugung von erneuerbaren Energien auch im hiesigen Planungsraum tun wird.

Schriesheim: Gestern Abend in der Mehrzweckhalle Informationsveranstaltung zur Windenergie

Bürger-Meinung uneinheitlich

Von unserem Redaktionsmitglied
Konstantin Groß

Auf großes Interesse stieß gestern Abend die Informationsveranstaltung des Nachbarschaftsverbandes Heidelberg-Mannheim zum Thema Windenergie-Anlagen im nordwestlichen Teil des Rhein-Neckar-Kreises. Die 200 gestellten Stühle waren im Laufe des Abends fast alle besetzt.

Drei Viertel der Besucher stammten, wie die Bitte des Moderators Dr. Oliver Märker von der Zebralog GmbH um Handzeichen sichtbar machte, aus Schriesheim, Hirschberg und Dossenheim, allen voran die Bürgermeister Höfer, Just und Lorenz. Die übrigen Gäste kamen aus Heddesheim und Ladenburg, Heidelberg und Mannheim.

Ein Drittel dafür, eines dagegen

Danach fragte Märker die Beweggründe der Besucher für ihr Kommen ab. In offener Abstimmung bezeichneten sich jeweils etwa ein Drittel als Befürworter bzw. Gegner der Windenergie. Das restliche Drittel sah sich als unvoreingenommen auf der Suche nach Informationen.

Karl Brand aus Leutershausen fand schon diese Fragestellung irreführend: „Was ist mit jenen, die Windenergie grundsätzlich befürworten, die jetzt diskutierten Standorte aber ablehnen?“ Er etwa habe kein Verständnis dafür, dass für einen der diskutierten Standorte „200 Hektar schönsten Waldes zwischen



Moderator Märker (r.) begrüßt die rund 200 Besucher, allen voran die Bürgermeister (1. Reihe v. r.) Höfer, Just und Lorenz sowie Verbandsgeschäftsführer Müller. BILD: -TIN

Leutershausen und Schriesheim abgeholzt werden sollen.“

„Wenn ich durch Deutschland fahre, stehen überall Windenergieanlagen, nur nicht hier. Warum ist das so?“ fragte der Moderator und ermöglichte damit dem Geschäftsführer des Nachbarschaftsverbandes, Martin Müller, den Einstieg in seinen Sachvortrag zum Thema.

Und die Antwort auf diese Frage lautet: Bislang gilt im Regionalplan ein Verbot für Windkraft-Anlagen, das jedoch in Kürze fallen wird. Und da kommt sein Verband ins Spiel: Fällt das Verbot, sind theoretisch überall Windenergie-Anlagen möglich – es sei denn, der Verband weist explizit Flächen aus. „Wir können ihren Bau also zwar steuern, aber nicht verhindern“, machte Müller klar.

Absolute Tabuzonen etwa sind Natur-, Vogel- und Wasserschutzgebiete, Einflugschneisen von Flugplätzen und Flächen, die weniger als 1000 Meter von Wohngebieten entfernt sind. Auf dieser Basis hat der Verband Standorte ausgewiesen, über die er nun mit Kommunen und Öffentlichkeit in einen Dialog tritt.

„Aber wenn alle Gemeinden nein sagen – gibt es dann keine Standorte?“, brachte der Moderator die Sache auf den Punkt. Aber dem ist natürlich nicht so. Im jetzigen Verfahren könnten Flächen zwar verkleinert oder ganz herausgenommen werden. Am Ende jedoch müsse, so die Rechtslage, „substanzieller Raum für Windenergie“ zur Verfügung stehen; genau definiert sei das aber nicht (weiterer Bericht folgt).

Wo könnten Windräder stehen?

Ladenburg/Bergstraße. (dom) Wo dürfen Windenergieanlagen entstehen, wo nicht? Diese Frage wird im Nachbarschaftsverband, der für 18 Städte und Gemeinden in der Metropolregion Rhein-Neckar zuständig ist, diskutiert. Zur Zeit erarbeitet der Verband den Teilflächennutzungsplan „Windenergie“, mit dem mögliche Standorte von Windenergieanlagen unter anderen in Edingen-Neckarhausen, Ladenburg, Hirschberg, Ilvesheim und Schriesheim festgelegt werden können.

Um Bürgern die Möglichkeit zu geben, sich Bild davon zu machen, hat der Nachbarschaftsverband Fotomontagen erstellen lassen. Diese sind neben den Planunterlagen noch bis 16. November in den Rathäusern einsehbar. Ladenburg ist an seinem nordwestlichen Gemarkungszipfel von der Konzentrationszone drei, auf der maximal vier Windkraftanlagen entstehen könnten, betroffen.

Ebenfalls bis 16. November nimmt der Nachbarschaftsverband Stellungnahmen per E-Mail oder auf dem Postweg entgegen (mehr im Internet unter www.nachbarschaftsverband.de).

Momentan sind Windenergieanlagen wegen des bestehenden Regionalplans „Windenergie“ rechtlich nicht zulässig. Dieses Bauverbot wird in absehbarer Zeit entfallen, damit werden Windenergieanlagen grundsätzlich fast überall möglich. Eine gezielte Standortsteuerung ist dann nur über den Flächennutzungsplan möglich.

Dort können Konzentrationszonen für Windenergie ausgewiesen werden, außerhalb dieser Flächenbereiche werden Anlagen unzulässig. Rechtlich ist es aber nicht möglich, Anlagen flächendeckend auszuschließen.

Im Nachbarschaftsverband kommen derzeit noch 17 mögliche Standortbereiche für Windenergieanlagen in Betracht. Diese haben eine Größe von etwa 890 Hektar, darauf könnten etwa 70 bis 80 Windenergieanlagen entstehen.

Es geht bei dem vorliegenden Planverfahren nicht um konkrete Bauabsichten, sondern um die Frage, auf welchen Flächen Windenergieanlagen zukünftig entstehen dürfen und auf welchen nicht.



So könnte sich die Silhouette der Bergstraße von Schriesheim aus gesehen darstellen: rechts die vertraute Strahlenburg, links die Windräder.

BILD: FOTOMONTAGE DES NACHBARSCHAFTSVERBANDES

Schriesheim: Informationsveranstaltung zu Windenergie-Anlagen in der Region versucht, die Besorgnisse der Bürger zu entkräften – doch das gelingt nur teilweise

Zuhörer löchern Experten mit Fragen

Von unserem Redaktionsmitglied
Konstantin Groß

Bei vielen Bürgern besteht ein großer Bedarf an Informationen über Windenergie-Anlagen. Dies wurde bei der Informationsveranstaltung des Nachbarschaftsverbandes am Donnerstagabend deutlich (wir berichteten bereits). Nachfolgend dokumentieren wir einige der Fragen sowie die Antworten von Verbandsgeschäftsführer Martin Müller.

Warum schlägt der Nachbarschaftsverband überhaupt Standorte für Windräder vor?

Wenn er keine Standorte ausweisen würde, könnten solche Anlagen theoretisch überall in der Region entstehen. Diese Initiative ist also eine Chance, steuernd einzugreifen.

Welche Möglichkeit besteht für die Bürger und Gemeinderäte in der jetzigen Diskussion?

Es besteht die Möglichkeit, bestimmte vorgeschlagene Flächen zu verkleinern bzw. ganz herauszunehmen. Allerdings muss laut geltender Rechtslage „substanzreicher“ Raum für solche Anlagen herauskommen. Genau beziffert ist das aber nicht.

Wie hoch ist die Windstärke an den diskutierten Standorten?

Der nordwestliche Rhein-Neckar-Kreis gehört nicht zu den windstärksten Gegenden im Land. Die Windgeschwindigkeit liegt hier zwischen fünf und sechseinhalb Metern pro Sekunde – am höchsten natürlich an den Odenwaldkanten.

Sind angesichts dessen die hiesigen Standorte für Windenergie überhaupt geeignet?

Jener in Hedesheim wird sich wohl eher nicht rechnen. „Das würde mich wundern, wenn es hier eine Anlage geben wird.“ Der Standort Hohe Waid dagegen ist attraktiv.

Wo dürfen keine Windenergie-Anlagen errichtet werden?

In Natur-, Vogel- und Trinkwasserschutzgebieten sowie in der Flugschneise des Mannheimer Flugplatzes. Die Anlagen müssen außerdem mindestens 1000 Meter von Wohngebieten und 600 Metern von Aus siedlerhöfen entfernt sein.

Was versteht man unter Gefährdung durch Infraschall?

Infraschall besteht aus Schallwellen, die für das menschliche Ohr nicht wahrzunehmen sind. Der Kenntnisstand der Wissenschaft über mögliche Folgen ändert sich kontinuierlich. Die Planer für Windenergie behalten diese Entwicklung im Auge.

Wie viel Fläche ist für eine Windenergie-Anlage notwendig?

Man geht von 3500 Quadratmetern pro Anlage aus. Hinzu kommt allerdings die Fläche, die als Zugangsweg für Bauarbeiten und Versorgung etc.

benötigt wird. „Und wenn wir im Wald sind, dann wird diese Fläche abgeholzt werden müssen – und so müssen wir das auch benennen.“

Wie viele Windräder sollen pro Standort errichtet werden?

Der Nachbarschaftsverband möchte keine Zersiedelung, also keine einzelnen Windräder. Wahrscheinlich sind drei Windräder pro Standort.

Wie groß ist ein solches Windrad überhaupt?

Der „Stamm“ ist etwa 140 Meter groß, der Durchmesser der Rotoren 120 Meter. Die Gesamtlänge errechnet sich aus „Stamm“-Höhe und hälftigem Rotoren-Durchschnitt, zusammen also etwa 200 Meter.

Gibt es eine Höhenbegrenzung für Windräder?

Eine solche ist rechtlich nicht fixiert. „Höhen von 300 oder gar 400 Meter sind aber eher unwahrscheinlich.“

Wie werden die Windräder nachts wirken?

Sie werden in geringem Umfang über Beleuchtung verfügen. Computer-Animationen, wie dies wirken wird, gibt es aber noch nicht.

Was geschieht mit den Bürgermeinungen dieses Abends?

Alles, was bei den vier verschiedenen Bürgerversammlungen gesagt wird, wird dokumentiert und den jeweiligen Gemeinden übermittelt. Außerdem haben die Bürger bis 16. November Gelegenheit, schriftlich ihre Stellungnahmen abzugeben.

Wie ist der weitere Fortgang des Verfahrens?

Bis April haben die betroffenen Gemeinderäte Gelegenheit zur Stellungnahme. Die Entscheidung fällt danach die Verbandsversammlung des Nachbarschaftsverbandes.

► „Heftige Kritik am Projekt“

Schriesheim: Partei „AfD“ nutzt Info-Abend zu Werbung für sich

Heftige Kritik am Projekt

Bei der Informationsveranstaltung des Nachbarschaftsverbandes zur Windenergie durften und sollten die Zuhörer nicht nur Fragen stellen, sondern natürlich auch ihre Meinung zu dem Thema äußern – ein Angebot, das einige auch nutzen.

Ein Bürger aus Hirschberg etwa bezweifelte die offiziellen Angaben zur Windhäufigkeit in der Region. Er selbst habe lediglich 3,6 Meter pro Sekunde gemessen, nur im September käme man auf 5 Meter. „Warum verschandelt man die Gegend, wenn das hier gar nichts bringt?“, fragte er.

Ein Vertreter der Weinheimer Initiative „Gegenwind“ kritisierte, dass auf den Fotos mit den hineinretouchierten Windrädern stets graue Räder vor grauem Himmel stehen; so könnten sie ja gar nicht auffallen.

Unangenehm berührt zeigten sich einige Besucher, dass die Partei „AfD“ im Saal Flugblätter mit zum Teil höchst umstrittenen Thesen („Mehr CO₂ bedeutet besseres Wachstum auch von Nahrungspflanzen, die Weltbevölkerung will ernährt sein“) verteilte. Wer die Genehmigung zu dieser Aktion in einer immerhin städtischen Halle erteilt hatte, das konnte Bürgermeister Hansjörg Höfer nicht sagen. -tin

Ein Drittel war dafür, ein Drittel dagegen

Bürger-Info zum Thema Windkraft in der Schriesheimer Mehrzweckhalle – Spontanumfrage brachte kein klares Bild

Von Stefan Zeeh

Bergstraße/Schriesheim. Die Bürgerbeteiligung rund um die Ausweisung von Vorrangflächen für die Windkraft ist für alle Beteiligten keine einfache Angelegenheit. Das zeigte sich auch bei der zweiten Informationsveranstaltung zum Thema Windenergie des dafür zuständigen Nachbarnschaftsverbands Heidelberg-Mannheim in der Schriesheimer Mehrzweckhalle.

„Die Presse hat von der ersten Informationsveranstaltung in Leimen nur die kritischen Stimmen zu Wort kommen lassen“, bemängelte Moderator Oliver Märker von „ZebraLog“, der „Agentur für crossmediale Bürgerbeteiligung“, bei einem Pressegespräch im Vorfeld der Veranstaltung. Daran wird sich bei der Berichterstattung über die Veranstaltung in der Schriesheimer Mehrzweckhalle für die Gemeinden Dossenheim, Hirschberg und Schriesheim wenig ändern.

Zwar beauftragte rund ein Drittel der knapp 200 erschienenen Bürger den Ausbau der Windkraft, wie eine ad hoc Befragung unter den Anwesenden durch Märker ergab, doch niemand sprach sich öffentlich für die Errichtung von drei Windrädern in der eigenen Gemeinde aus.

Die Umfrage unter den anwesenden Bürgern belegte zudem, dass ein weiteres Drittel sich noch keine Meinung zur Windkraft gebildet hatte und nach Informationen suchte. Das verbleibende Drittel stand der Windkraft abgeneigt gegenüber.

Eine Wortmeldung direkt im Anschluss an diese Umfrage zeigte dann das Dilemma auf, das dieser Veranstaltung anhaftete: Ein Bürger merkte an, dass die drei vorgegebenen Antwortmöglichkeiten nicht ausreichen. So könne man den Ausbau der Windkraft durchaus befürworten, aber

gleichzeitig dagegen sein, dass Windräder, wie vorgesehen, in Landschaftsschutzgebieten aufgestellt werden.

Jedenfalls gab es zunächst einmal jede Menge Informationen zur möglichen Errichtung von Windkraftanlagen in der Region. Der Geschäftsführer des Nachbarnschaftsverbands Heidelberg-Mannheim, Martin Müller, erläuterte die politischen Vorgaben aus Stuttgart und stellte die sogenannten harten und weichen Tabukriterien vor, die dazu herangezogen wurden, Gebiete für die Windkraftnutzung auszuschließen. Übrig blieben die sogenannten Konzentrationszonen, in denen Windräder errichtet werden dürfen. Entlang der südlichen Bergstraße liegen diese beispielsweise an der Hohen Waid bei Hirschberg, auf

dem Gebiet „Zins“ auf Schriesheimer Gemarkung oder am Hohen Nistler zwischen Dossenheim und Heidelberg.

„Wir wollen keine Windkraftanlagen bauen, sondern festlegen, wo diese errichtet werden dürfen und wo nicht“, beschrieb Müller die Aufgabe des Nachbarnschaftsverbands. Dazu diene auch die Bürgerbeteiligung, zu der diese Informationsveranstaltung aufrief. Von dieser erwarte man sich Hinweise darauf, wo vorgesehene Gebiete verkleinert werden oder ganz wegfallen können.

Derartige Hinweise bekam Müller im Laufe der Veranstaltung kaum. Vielmehr zeigten die Fragen und Diskussionsbeiträge, dass diese Bürgerbeteiligung für manche zu spät kommt. „Man diskutiert nicht, ob Windräder errichtet werden sollen oder nicht“, stellte Dieter Hannig vom Verein „Gegenwind“ aus Weinheim fest.

Es bestand auch vielfach Unverständnis darüber, dass in Rheinland-Pfalz und Hessen Ausschlussgebiete für die Windkraft festgelegt werden dürfen, nicht aber in Baden-Württemberg. „Das sind



Rund 200 Interessierte kamen zur Informationsveranstaltung, zu der der Nachbarnschaftsverband Heidelberg-Mannheim sowie die Verwaltungen von Hirschberg, Schriesheim und Dossenheim eingeladen hatten. Foto: Kreuzer

Vorgaben aus Stuttgart. Die Metropolregion und der Regionalverband haben keinen Einfluss darauf“, konnte Martin Müller nur auf andere Zuständigkeiten hinweisen. Themen wie Windgeschwindigkeit, Infraschall oder Höhe der Windräder kamen ebenso zur Sprache, wobei Müller meist darauf verweisen musste, dass dies Dinge seien, die erst ein zukünftiger Investor zu berücksichtigen habe.

Beim Thema Vogelschutz, das Benjamin Hill von der Frankfurter Planungsgruppe Natur und Umwelt vorstellte, meldeten sich Bürger aus Heddesheim zu Wort. Denn auf der Gemarkung dieser Gemeinde ist bisher ebenfalls eine Konzentrationszone für Windkraftanlagen ausgewiesen. „In Heddesheim brüten Roter und Schwarzer Milan“, wusste Kurt Klemm vom Verein für Vogelfreunde aus eigenen Beobachtungen. „Teilen Sie uns ihre Beobachtungen mit“, rief Hill zur Mitwirkung auf, denn zur Erstellung der Artenschutzgutachten seien die Fachleute durchaus auf Hinweise aus der Bevölkerung angewiesen.

Überhaupt mag es noch weitere Anregungen und Hinweise gegeben haben, denn die Anwesenden waren dazu aufgefordert, diese auf gelben Kärtchen schriftlich zu hinterlassen.

„Vorgaben aus Stuttgart“

KIRCHENTERMINE

Edingen-Neckarhausen

Samstag, 10. Oktober

Kath. Gem. Neckarhausen. 17.30 Uhr Rosenkranz, 18 Uhr Eucharistiefeier.

Ev. Gem. Neckarhausen. 17.30 Uhr Wochenschlussgottesdienst.

Sonntag, 11. Oktober

Ev. Gem. Edingen. 10 Uhr Gottesdienst.

Kath. Gem. Edingen. 10.30 Uhr Abenteurerland-Gottesdienst, Beginn Spielstraße um 10 Uhr.

Ev. Gem. Neckarhausen. 10 Uhr Gottesdienst, Einführung von Kathrin Hager, 10 Uhr Kindergottesdienst.

Ladenburg

Samstag, 10. Oktober

Ev. Gem. 10 Uhr Kinderkirchenmaussamstag, Gemeindehaus, Geschichten von „Elia und Elisa“.

Kath. Gem. 18 Uhr Eucharistiefeier.

Sonntag, 11. Oktober

Ev. Gem. 10 Uhr Gottesdienst.

Kath. Gem. 10 Uhr Eucharistiefeier in St. Remigius.

Ev. Stadtmission. 10 Uhr Gottesdienst, Kindergottesdienst.

Energiewende: Umweltausschuss streitet über Windkraft-Konzentrationszonen / „Verhinderungsplanung“ gesetzlich nicht möglich

Wirbel um Windräder im Wald

Von unserem Redaktionsmitglied
Thorsten Langscheid

Energiewende und Landtagswahlkampf – eine ideale Kombination für einen Schlagabtausch im Ausschuss für Umwelt und Technik (AUT) des Gemeinderats. Thema der Auseinandersetzung: Die Ausweisung von sogenannten Konzentrationszonen (KZW) für den Bau von bis zu 199 Meter hohen Schwachwindanlagen (siehe Grafik) im Käfertaler Wald.

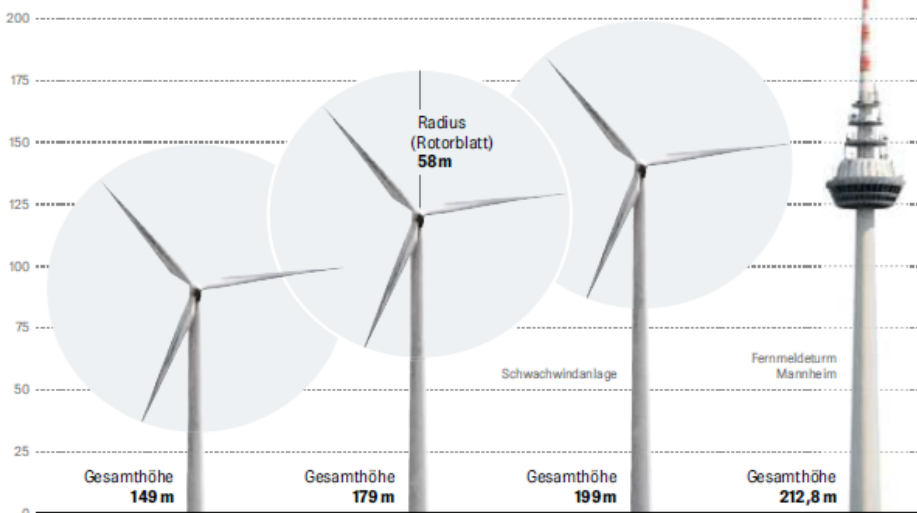
Hier werde lediglich eine „Alibi-Planung“ betrieben, man suche „krampfhaft“ nach Standorten für die ungeliebten Windräder, in Mannheim gebe es aber gar nicht genug Wind, warf CDU-Stadträtin Rebekka Schmitt-Illert bei der hitzigen Debatte im Stadthaus N 1 ihren Kollegen von Grünen und SPD vor. Eine „Verhinderungsplanung“, so wies Grünen-Landtagsabgeordneter und Stadtrat Wolfgang Raufelder seine CDU-Kollegin zurecht, sei „nicht der politische Stil, den man angesichts des Ausstiegs aus der Atomenergie jetzt pflegen“ wolle – und ist zudem auch gesetzlich untersagt. Eine konstruktive Mitarbeit bei der Standort-suche forderte auch Bürgermeister Lothar Quast (SPD) ein: „Ich warne davor, sich bei dem Thema in den Schmollwinkel zurückzuziehen.“

Harte und weiche Tabu-Kriterien

Worum geht es? Der Nachbarschaftsverband Mannheim-Heidelberg muss auf dem Gebiet seiner beiden Städte und 16 Gemeinden Standorte finden, auf denen Windkraftanlagen errichtet werden könnten, wie Martin Müller, Leitender Planer und Geschäftsführer des Verbands, dem AUT erklärte. Nach bisherigem Planungsrecht ist dies in weiten Teilen der Region nicht erlaubt. Da aber in Baden-Württemberg neue Windkraftwerke entstehen sollen, hat der Landtag eine Umkehr der planungsrechtlichen Grundlagen beschlossen: Schon bald wäre es demnach praktisch überall möglich, eine Baugenehmigung für ein Windrad zu bekommen.

Es sei denn, die betroffenen Gemeinden legen eine nach „harten und weichen Tabukriterien“ geord-

Höhenvergleich Schwachwindanlagen



Windenergie in Mannheim

■ Am Mittwoch, 14. Oktober, 19 bis 21 Uhr, findet im Saal der ev. Gnadenkirche, Karlsternstraße 1-3, eine **öffentliche Bürger-Informationsveranstaltung** statt.

■ In den Nord-Stadtteilen hat sich die **Schutzgemeinschaft Käfertaler Wald** formiert, die Windräder im Stadtwald verhindern will.

■ Info-Veranstaltungen und Ratsdebatten zum **Flächennutzungsplan Windenergie** sowie Offenlegungen der Pläne laufen in allen Gemeinden des Nachbarschaftsverbands.

■ Bis **Mitte April 2016** wollen die Kommunen ihr Votum abgeben. Der



neue Flächennutzungsplan kann danach in Kraft treten.

■ Den **aktuellen Planungsstand** kann man auf der Homepage des Nachbarschaftsverbands online abrufen: www.nachbarschaftsverband.de/fnp/fnp_wind.html. lang

nete Flächennutzungsplanung vor, aus der hervorgeht, wo Windräder möglich sind und wo nicht. Quast: „Wir können nicht einfach sagen: Wir wollen es halt nicht.“

18 solcher Konzentrationsflächen wurden zunächst ermittelt, zwei davon im Käfertaler Wald unweit der Autobahn A6, sowie eine jenseits der Gemarkungsgrenze auf

Heddesheimer Gebiet. Der Heddesheimer Gemeinderat hatte sich kürzlich vehement gegen diese Konzentrationszone an der L 541 ausgesprochen (wir berichteten). Eine vierte Zone bei Grenzhof wurde wegen des Vogelschutzes aus der Liste gestrichen. Viele Mannheimer Ausschussmitglieder lehnen die vorgeschlagenen Mannheimer Flächen im Käfertaler Wald ebenso ab.

Konrad Schlichter (CDU) schlug vor, diese ebenfalls aus der Liste zu streichen, so dass Windräder nur noch auf Heddesheimer Gebiet möglich seien. Die grün-rote Gesetzesänderung, so sein Vorwurf nach Stuttgart, schüre den Streit der Kommunen über die Windrad-Standorte. Zusätzliche Lärmbelastung durch Windräder schloss Bürgermeisterin Felicitas Kubala (Grüne) aus, da in den vorgeschlagenen Konzentrationszonen wegen der Autobahn sowie so schon ein hoher Lärmpegel vorherrsche. Außerdem sei es nicht wahrscheinlich, dass überhaupt Investoren dort bauen würden: „Die MVV Energie AG hat leider schon abgewunken“, berichtete die Bürgermeisterin.

„Eine generelle Ablehnung ist schwierig“

Das Thema „Windenergie“ sorgt in Mannheim für Diskussionen

Von Gerhard Bühler

Das Thema Windenergie sorgt in Mannheim für Diskussionen. Per Gesetz ist der Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim verpflichtet, Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen. In der jüngsten Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Umwelt und Technik überwogen jedoch die skeptischen Stimmen. Einige Gemeinderäte lehnen Standorte auf Mannheimer Gebiet gar komplett ab.

Wie Martin Müller, Geschäftsführer des Nachbarschaftsverbands, in der Sitzung vortrug, seien Windkraftanlagen hier zwar derzeit noch rechtlich ausgeschlossen. Dies werde sich jedoch per Gesetz bald ändern, der Nachbarschaftsverband sei aufgefordert, mögliche Standorte für „Windräder“ zu benennen. „Wenn wir nicht planen und ausweisen, heißt das, dass fast überall eine Baugenehmigung erteilt werden kann“, warnte Müller vor den Folgen.

In einem ersten Schritt sei es darum gegangen, „harte Tabuzonen“ zu ermitteln, in denen der Betrieb solcher Anlagen aus rechtlichen und anderen Gründen ausgeschlossen ist. Danach seien „weiche Tabuzonen“ bestimmt worden, in denen auf die Errichtung solcher Anlagen aus städtebaulichen Gründen verzichtet werden soll. So sollen mindestens

drei Anlagen auf eine Fläche passen, um eine „Verspargelung“ der Landschaft zu vermeiden. „Von 488 Quadratkilometern kamen dann noch 26 Quadratkilometer in Frage, verteilt auf 17 Zonen. Von diesen liegen drei ganz oder teilweise auf Mannheimer Gemarkung“, fasste Müller zusammen. Zwei der Flächen liegen im Käfertaler Wald, die Dritte südlich von Straßenheim.

„Im anstehenden Beteiligungsverfahren ist die Stadt Mannheim zur Äußerung aufgefordert, wir wollen diese bis Ende Januar abgeben“, kündigte Baubürgermeister Lothar Quast an. Bis dahin sollen Meinungen aus der Bürgerschaft und den Bezirksbeiräten eingeholt werden.

„Der Mannheimer Norden hat mit der Riedbahn und Autobahn schon eine hohe Lärmbelastung, das muss bedacht werden“, zeigte sich SPD-Stadträtin Andrea Safferling wenig begeistert. Rebekka Schmitt-Illert von der CDU zitierte eine Aussage des BUND, wonach die Windhöflichkeit (Windaufkommen, Anmerkung der Red.) in Mannheim nicht vielversprechend sei.

Der Käfertaler Wald sei dazu Landschaftsschutz- und Naherholungsgebiet. „Wir wollen für Mannheim keine Flächen ausweisen“, machte sie klar. „Eine generelle Ablehnung ist schwierig“, ver-

wies Quast dagegen auf die notwendige Kompromissfindung mit den übrigen Gemeinden im Nachbarschaftsverband. „Jede Gemeinde sagt: Bitte nicht mit mir“, sah CDU-Stadtrat Konrad Schlichter hier kommenden Streit voraus. Flächenausweisung heiße nicht, dass dort tatsächlich etwas gebaut werde, betonte Grünen-Stadtrat und Landtagsabgeordneter Wolfgang Raufelder.

Davor komme auch eine Rentabilitätsrechnung des Betreibers. „Wir müssen die drei Standorte nochmals betrachten und eine Lösung finden“, forderte Quast. In einer Bürgerinformationsveranstaltung am Mittwoch, 14. Oktober, werden die bisherigen Ergebnisse der Öffentlichkeit vorgestellt.

> **Der Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim** besteht aus 18 Gemeinden im nordbadischen Teil der Metropolregion. Neben den Städten Mannheim, Heidelberg und Schwetzingen gehören dazu 15 kleinere Gemeinden des Rhein-Neckar-Kreises. Aufgabe des Nachbarschaftsverbands ist vor allem die Erstellung eines regionalen Flächennutzungsplans im Auftrag der Mitgliedsgemeinden. Dieser umfasst rund 488 Quadratkilometer mit rund 666 000 Einwohnern. Die Gründung erfolgte am 1. Januar 1976. Der Sitz des Verbands ist in Mannheim.

Schriesheim: Ortschaftsrat des Stadtteils Altenbach debattiert gestern Abend die Standorte für Windenergie-Anlagen

Informationen gegen Ängste

Von unserem Redaktionsmitglied
Konstantin Groß

Acht Grad Celsius Außentemperatur herrscht gestern Abend in Altenbach – im Sitzungssaal der Verwaltungsstelle sind es nicht viel mehr. Mitglieder des Gremiums und Zuhörer sitzen in Jacken und Mänteln, denn die Heizung bleibt aus. „Das passiert, wenn wir keine Windräder bauen“, feixt ein Anwesender vor Beginn der Sitzung des Ortschaftsrates, in der es gerade um dieses Thema geht.

In seinem ersten öffentlichen Auftritt stellt der neue Stadtbaumeister Markus Foltin die Planung des Nachbarschaftsverbandes für entsprechende Standorte vor (wir berichteten ausführlich) – und verteidigt diese Planung ausdrücklich: „Wenn der Nachbarschaftsverband nicht planen würde, dann wären derartige Anlagen überall zulässig“, erläutert der Stadtbaumeister.

Auf Schriesheimer Gemarkung sieht diese Planung beknäht drei potenzielle Standorte an der Bergstraße bzw. dem Vorderen Odenwald vor, die teilweise von Altenbach aus sichtbar sind. Daher wird dessen Vertretung informiert, muss aber keinen Beschluss fassen. „Wir sind erst am Anfang der Beratung“, erläutert Ortsvorsteher Dr. Herbert Kraus.

Knappe Mehrheit dagegen

Trotzdem werden die Mehrheitsverhältnisse deutlich: Freie Wähler und CDU, zusammen sechs Räte, zeigen sich eher skeptisch, Grüne und SPD, vier Räte, grundsätzlich positiv.

„Wir sind nicht gegen Windenergie, haben aber trotzdem zahlreiche Bedenken“, betont Hans Beckenbach (FW). Er nennt die notwendige Abholzung von 180 Hektar Wald zusätzlich der Zugangswege, die in keinem Verhältnis zum Ertrag stünden. Ungeklärt sei außerdem, wer die An-

lagen unterhält, die Waldwege wiederherstellt und einen möglichen Rückbau der Anlagen finanziert, falls sich ihr Betrieb nicht mehr rentiert.

Grüne grundsätzlich positiv

„Wir begrüßen prinzipiell regenerative Energieerzeugung ohne Atomkraft und Kohle“, meint dagegen die Grüne Dr. Heike Lukhaup: „Daher ist für uns Windkraft ein wichtiger Pfeiler der Energiewende.“ Und daher begrüßen die Grünen auch die ausgewählten Standorte für die Anlagen: „Wir haben volles Vertrauen in den Nachbarschaftsverband und daher auch gar keine Bedenken.“

„Auf Grund der Politik der grün-roten Landesregierung“ habe man leider keine Möglichkeit, solche Anlagen zu verhindern, beklagt Karl Reidinger (CDU): „Auch Landschaftsschutzgebiete sind jetzt nicht mehr schützenswerte Gebiete.“ Er verweist auf die Höhe der Windener-

gie-Anlagen von 200 Metern: „Das ist 20 Mal die Höhe eines normalen Hauses“, vergleicht er. Reidinger fordert alle Bürger auf, im gegenwärtigen Beteiligungsverfahren ihre Änderungswünsche einzubringen.

„Der Nachbarschaftsverband hat sich bei seiner Planung viel Mühe gegeben“, attestiert Karin Malmberg-Weber (SPD). Durch Berücksichtigung aller möglichen Prämissen sei es ihm gelungen, die Zahl der möglichen Standorte und ihren jeweiligen Umfang erheblich zu reduzieren.

Allerdings müsse manche Ungeheimtheit im Datenmaterial noch geklärt werden – etwa, „dass der Wind in Heppenheim, also Hessen, anders weht als bei uns im Land in Laudenbach.“ Zudem äußerte sie Verständnis für die Sorgen der Bürger, die angesichts der „riesenhaften Dimensionen“ von Windrädern tiefsetzende Ängste hätten: „Diesen kann man nur mit Information begegnen.“

KOMMENTAR



Konstantin Groß zur
Windenergie in
unserer Region

Ein Hauch von Rückenwind

Die Beratungen zur Windenergie an der Bergstraße sind in Gemeinde- und Ortschaftsräten sowie auf einer Bürgerversammlung zunächst abgeschlossen – Zeit, eine erste Bilanz zu ziehen.

Deutlich wurde, dass die ange-dachten Standorte in Schriesheim, Hirschberg und Dossenheim jene sind, die am ehesten in Frage kommen. Der Westen Heddesheims erscheint eher unrealistisch; es fehlt einfach der Wind.

Zum zweiten: Die Bürgerversammlung hat ein abgewogenes Bild ergeben: Jeweils ein Drittel dafür, dagegen und indifferent – von breiter Ablehnung also keine Spur. Im Gegenteil: Dies bietet weitere Chancen – Chancen, durch Information Akzeptanz zu erhöhen. Das Informationsbedürfnis jedenfalls war groß; wer ideologische Süppchen kochen wollte, der fand kaum Resonanz.

Der Nachbarschaftsverband agiert sachlich-neutral, ja fast

nennen, um keine Kontra-Emotionen zu wecken. Doch etwas mehr Elan wäre nicht schlecht; bei der Energiewende handelt es sich eben nicht um eine Marotte der grün-roten Landesregierung, sondern um ein gesamtgesellschaftliches Ziel. Aber selbst Schriesheims grüner Bürgermeister Höfer und Grünen-MdL Sckerl, deren Partei jahrzehntelang Wahlkämpfe mit der Energiewende bestritt, halten sich derzeit öffentlich eher zurück.

Sicher ist es richtig, alles genau zu prüfen. Doch irgendwann muss entschieden werden. Es darf nicht so sein wie bei Flüchtlingsunterkünften: im Prinzip ja, aber nicht an diesem Standort.

Im Übrigen: Wenn man die Prüfkriterien (Gesundheit, Landschaft, Subventionierung) so hört – diese an AKWs wie Biblis oder Philippsburg anzulegen, böte Raum zu reicher Diskussion.

Wo sollen Windräder hin?

Veranstaltung am Donnerstag

ste. Wo dürfen in Heidelberg Windenergieanlagen entstehen und wo nicht? Was spricht für und was gegen mögliche Standorte? Darüber möchten die Stadt Heidelberg und der Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim mit den Bürgern diskutieren und laden zur Beteiligung ein. Den Auftakt bildet eine öffentliche Informationsveranstaltung am Donnerstag, 15. Oktober, im Bürgerzentrum Kirchheim, Hegenichstraße 2 (Beginn: 18 Uhr). Zeitgleich startet ein vierwöchiger Dialog im Internet.

Hintergrund ist, dass der Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim aktuell einen „Flächennutzungsplan Windenergie“ für seine 18 Mitgliedskommunen erstellt. Damit sollen „Konzentrationszonen“ ausgewiesen werden, in denen Windräder gebaut werden können, überall sonst wären sie dann tabu. Passiert das nicht, könnten in Zukunft überall Windkraftanlagen entstehen, wo keine öffentlichen Belange dagegenstehen. Ein erster Planungsentwurf enthält sieben mögliche Flächen auf dem Heidelberger Stadtgebiet, wo künftig Windräder gebaut werden könnten: Grenzhof Ost, Kirchheimer Mühle, Hoher Nistler, Weißer Stein Süd, Lammerskopf, Auerhahnkopf und Drei Eichen.

Die Stadt Heidelberg muss im kommenden Frühjahr eine Stellungnahme zum Flächennutzungsplan abgeben. Die Ergebnisse der Veranstaltung am Donnerstag und der Online-Beteiligung sollen darin einfließen. Im Dezember ist außerdem eine weitere Bürgerveranstaltung geplant.

① **Info:** Weitere Informationen zu den Konzentrationszonen, zum Planungsverfahren und zur Bürgerbeteiligung gibt es im Internet unter www.nachbarschaftsverband.de.

Sandhofen: Windräder beschäftigen Bezirksbeiräte / Heute Info-Abend in der Gartenstadt

„Hier wird gemauert“

Von unserem Redaktionsmitglied
Eva Baumgartner

Für reichlich Gesprächsbedarf bei der jüngsten Bezirksbeiratssitzung im Bartholomäussaal sorgte ein Punkt, der gar nicht mehr auf der Tagesordnung stand. Unter „Verschiedenes“ machten Bezirksbeiräte und Bürger ihrem Unmut Luft, dass das Thema „Vorstellung möglicher Standorte für Windräder in unserem Bezirk“ vom Programm gestrichen worden war.

Die Stadt verweist in ihrer Begründung auf das laufende Beteiligungsverfahren und eine öffentliche Bürgerinformationsveranstaltung am heutigen Mittwoch, 14. Oktober, um 19 Uhr im Gemeindesaal der Gnadenkirche. Bezirksbeirat Bernd F. Siegholt (Freie Wähler/Mannheimer Liste) monierte jedoch, dass es ein laufendes Verfahren zur Bürgerbeteiligung gebe und Gesprächsbedarf bestehe: „Das Verfahren läuft vom 1. Oktober bis 16. November. Ich verstehe nicht, warum der Punkt dann gestrichen wird.“

Siegholt fragte, ob nicht ein Plan hinter der Streichung stecke: „Wenn das Beteiligungsverfahren im November fertig ist, ist es zu spät, es in die nächste Bezirksbeiratssitzung im Dezember aufzunehmen. Vielleicht ist ja der Plan, die Leute nicht zu Wort kommen zu lassen?“ Sitzungsleiter Peter Pfanz-Sponagel (CDU)

erklärte, dass der Oberbürgermeister noch bis 31. Januar 2016 Zeit habe, sein Votum abzugeben und verwies auf die zentrale Info-Veranstaltung heute Abend in der Gartenstadt: „Man hat diesen Weg gewählt, um das Thema nicht in allen Vororten einzeln zu behandeln.“

Aus den Reihen der Öffentlichkeit meldete sich Klaus Burchard vom Aktionsbündnis Mannheim-Nord zu Wort: „Man hätte sich schon viel früher mit dem Thema beschäftigen können, das ist seit 2012 auf dem Tisch, und jetzt wird es auf die Schnelle durchgezogen.“ Er rief dazu

auf, den Infotermin im Saal der Gnadenkirche wahrzunehmen und auf ausliegenden Zetteln seine Anregungen oder Beschwerden vorzubringen.

Bezirksbeiratssprecher Julian Marx (SPD) erklärte, dass er mit Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz zum Thema gesprochen habe. Dieser habe unterstrichen, dass es gar nicht wahrscheinlich sei, dass Windkraftanlagen im Käfertaler Wald entstünden: „Er sagte, dass ja erstmal ein Investor kommen müsste, und der müsste das Gelände erst einmal kaufen.“ Siegholt erklärte dagegen, dass er als Naturschutzwart bereits Ende April Beobachtungen an der Kläranlage gemacht habe: „Ich habe Menschen getroffen, die erklärt haben, im Auftrag der Stadt festzustellen, ob der Rote Milan hier fliegt.“ Und dieser Vogel sei ein Grund, weshalb Windräder nicht gebaut werden dürften. „Menschen sind wohl kein Grund, hier wird gemauert“, so Siegholt.



Das Thema Windräder (hier Anlagen bei Worms) erhitzt die Gemüter. BILD: BJZ

i INFO-VERANSTALTUNG

Eine Bürgerinformationsveranstaltung „Windkraftanlagen im Käfertaler Wald“ findet **heute, Mittwoch, 14. Oktober, von 19 bis 21 Uhr** im Gemeindesaal der **Gnadenkirche Gartenstadt, Karlsternstraße 1**, statt.

Neckargemünd sagt Nein zu Heidelberger Windrädern

Der Gemeinderat sprach sich mehrheitlich gegen zwei sogenannte Konzentrationszonen in der Nachbarschaft aus

Von Christoph Moll

Neckargemünd/Heidelberg. Gegenwind aus der kleinen Nachbarstadt: Der Neckargemünder Gemeinderat hat in seiner öffentlichen Sitzung am Dienstagabend mehrheitlich Nein zu möglichen Windrädern auf Heidelberger Gemarkung gesagt. Und das noch kurz bevor der Nachbarnschaftsverband Heidelberg-Mannheim am heutigen Donnerstag um 18 Uhr im Kirchheimer Bürgerzentrum zu einer Informationsveranstaltung einlädt. Dieser ist für die Planung zuständig.

Wie Bürgermeister Horst Althoff sagte, sei die Stadt Neckargemünd zwar selbst nicht Mitglied des Nachbarnschaftsverbandes, werde aber im Rahmen des Beteiligungsverfahrens um eine Stellungnahme gebeten. Von den 17 „Konzentrationszonen“, in denen Windräder gebaut werden könnten, seien zwei in der Nähe zu Neckargemünd auf Hei-

delberger Gemarkung, erklärte Wolfgang Ansohn vom Stadtbauamt. Dabei handelt es sich um den „Lammerskopf“ (Zone 14) und den „Krausstein“ (Zone 15). Der Lammerskopf liegt östlich von Ziegelhausen auf der Passhöhe zu Schönau. Dort könnten auf einer langen und schmalen Fläche von 90 Hektar fünf Windräder Platz finden. Aus zwei Teilflächen besteht die 66 Hektar große Zone „Krausstein“. Diese würde auch Platz für fünf Windräder bieten. Beide Zonen liegen in Landschaftsschutzgebieten.

„Neckargemünd sollte nicht in die Rüstung des Don Quijote schlüpfen und gegen Windräder kämpfen“, meinte Hermino Katzenstein (Grüne). Man müsse auch einen Beitrag leisten. Die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch Windräder sei nicht wegzudiskutieren, aber das sei Geschmackssache. Er gab zu bedenken, dass es nicht um große Windparks wie in Norddeutschland gehe.

Frank Volk (Freie Wähler) meinte, dass Neckargemünd mit der Nutzung der Wasserkraft an Neckar und Elsenz bereits viel tue. „Ich kann nachvollziehen, dass Heidelberg sein Schloss schützen möchte, aber auch wir haben ein Landschaftsbild zu verlieren.“ Er sei nicht gegen Windenergie, aber man müsse schauen, wo sich Windräder auch wirtschaftlich lohnen, sagte Volk. Und das sei hier nicht der Fall. Sein Fraktionskollege Giuseppe Fritsch sagte, dass am Lammerskopf Uhus, Rofmilane und Wanderfalken vorkommen. „Wir dürfen diesen Arten nicht den Lebensraum nehmen.“ Auch er kritisierte die fehlende Wirtschaftlichkeit. „Wenn es sich nicht rechnet, stellt auch keiner ein Windrad hin“, meinte dazu Walter Berroth (SPD).

Die Frage sei, ob man optisch eine Zerschneidung des Landschaftsbildes zugunsten des Klimaschutzes in Kauf nehmen möchte, sagte Bürgermeister

Althoff. Man müsse auch auf die Bevölkerung hören. Althoff erinnerte daran, dass vor einigen Jahren 975 von 1200 Mückenlochern sich an einer Unterschriftenaktion gegen drei Windräder beteiligt hätten. „Ich glaube, dass Windräder mehr Schaden in der Bevölkerung anrichten als sie bringen.“ Er sei „klar und zu 100 Prozent“ gegen die beiden Standorte. Petra Groesser (Grüne) meinte dazu, dass „die Bevölkerung heute weiter ist“ und inzwischen ein anderer Geist herrsche. Es gehe nur um „läppische fünf Anlagen“.

In einer namentlichen Abstimmung, bei der das Votum jedes Stadtrates festgehalten wurde, stimmten bei jeweils einer Enthaltung elf gegen und acht für den „Lammerskopf“ sowie zwölf gegen und sieben für den „Krausstein“.

Im Gebiet des Gemeindeverwaltungsverbandes Neckargemünd sind übrigens vier Zonen in der Diskussion. Hier ist die Planung aber noch nicht so weit gediehen.

Windkraft: Streit um alternative Energien / Umweltbürgermeisterin Felicitas Kubala (Grüne): „Keine Planung nach Floriansprinzip“



Blick über den Breiten Stein in Richtung Karlstern: Die Fotomontage zeigt, wie 200 Meter hohe Windräder im Käfertaler Wald aussehen würden.

BILD: NACHBARSCHAFTSVERBAND

Von unserem Redaktionsmitglied
Thorsten Langscheid

13 Windräder im Käfertaler Wald, 70 bis 80 insgesamt auf dem Gebiet Mannheims, Heidelbergs und ihrer 16 Umlandgemeinden – so könnte sich in absehbarer Zukunft die Energiewende in Nordbaden auswirken. Dies erläuterte Chefplaner Martin Müller vom Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim bei einer Informationsveranstaltung im Saal der ev. Gnadenkirche in der Gartenstadt.

Der Zusammenschluss der genannten Kommunen in Nordbaden, stellt derzeit einen gemeinsamen Flächennutzungsplan auf, um den Anforderungen der Stuttgarter Landesregierung zum Ausbau der Windenergie gerecht zu werden. Doch gerade im Mannheimer Norden bläst ein starker Gegenwind: „Wir wollen keine weiteren Eingriffe in unseren Wald“, so formulierte Heinz Egermann vom Bürgerverein Gartenstadt den Unmut vieler Anwohner über das Vorhaben.

Offenlegung der Pläne

Noch bis Mitte November läuft im Gebiet des Nachbarschaftsverbands Heidelberg-Mannheim die förmliche Offenlegung und Bürgerbeteiligung zum geplanten Ausbau der Windenergie. Es geht dabei nicht um den konkreten Bau der je rund 10 Millionen Euro teuren Windräder, sondern um die Festlegung von Bereichen, in denen gebaut werden dürfte. Das amtliche Planungsverfahren wurde – wie mehrfach berichtet – notwendig, da ein faktisch bestehendes Verbot, in Mannheim und im Umland überhaupt Windräder zu errichten, wegen neuer gesetzlicher Vorgaben demnächst ausläuft.

„Wenn wir nichts machen würden, könnte man bald überall Windräder aufstellen“, erklärte Müller die Rechtslage. Regeln Städte und Gemeinden das Thema nicht in eigenen Vorschriften, gilt das Baugesetzbuch: „Windräder sind privilegierte Vorhaben.“ Das heißt, wer die Voraussetzungen erfüllt, hat auch Anspruch auf eine Baugenehmigung. Damit dies nicht unkontrolliert auf jeder Freifläche geschehen kann, sondern in geordneten und vor-

Aus dem Norden weht Gegenwind



Wie geht es weiter?

- In den **17 Konzentrationszonen** könnten bis zu 80 Windräder errichtet werden, 13 davon im Käfertaler Wald.
- **Kritik, Anregungen und Einwände** bis Freitag, 16. November, beim Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mann-

heim, Collinstr. 1, 68161 Mannheim, oder per Email an nachbarschaftsverband@mannheim.de.

- Sie fließen wie Stellungnahmen von Kommunen und Behörden in die **endgültige Fassung** des Plans ein. lang

lem vorhersehbaren Bahnen abläuft, hat der Nachbarschaftsverband 17 Standorte (Konzentrationszonen) für Windräder ermittelt. Zwei davon (zusammen ca. 161 Hektar

Fläche) liegen im Käfertaler Wald an der A 6, eine weitere jenseits der Stadtgrenze auf Heddeshheimer Gemarkung an der L 541, alle anderen weiter entfernt vom Stadtgebiet.

Der Ausbau der Stadtbahn, jetzt Windräder, in absehbarer Zukunft die Schnellbahntrasse durch den Käfertaler Wald – dies alles sei ein „Raubbau“ am wertvollen Baumbestand, kritisierte Heinz Egermann das Vorhaben. Klaus Burchard von der Schutzgemeinschaft Käfertaler Wald wies auf Probleme hin: Vor allem die Auswirkungen des bei Windrädern entstehenden Infraschalls seien ungeklärt, aber auch der hörbare Lärm der Anlagen sei im Erholungswald, den die Stadt Mannheim in ihrem Lärmaktionsplan zudem als ruhiges Gebiet ausweisen möchte, nicht hinnehmbar.

Zudem, so kam weitere Kritik aus dem Publikum, seien die Windgeschwindigkeiten im Mannheimer Norden viel zu niedrig, um die Kraftwerke wirtschaftlich zu betreiben. An der Diskussion beteiligten sich auch die Stadträte Konrad Schlichter (CDU) und Roland Weiß (Freie Wähler) sowie Landtagsabgeordneter Wolfgang Raufelder (Grüne), SPD-Kreisvorsitzender Wolfgang Katzmarek sowie weitere Stadträte von Grünen und CDU.

Von den Besuchern outeten sich auf die Frage des Moderators Oliver Merker je etwa ein Viertel als Befürworter und als Gegner, gut die Hälfte der Besucher stuft sich selbst hingegen als neutral ein: „Wir sind nicht gegen Windkraft, ganz im Gegenteil“, brachte es eine Anwohnerin auf den Punkt: „Wir sind nur mit den Standorten nicht einverstanden.“

Mit Augenmaß vorgehen

Schlichter und Weiß machten deutlich, dass sie gegen die Konzentrationszonen im Käfertaler Wald vorgehen wollen. Vor Veranstaltungsbeginn hatten AfD-Vertreter Flyer verteilt, die sich gegen die Windenergie richten.

Planungen „nach dem Floriansprinzip“, so Umweltbürgermeisterin Felicitas Kubala (Grüne), werde es jedoch nicht geben. Zum Konfliktthema wolle sie den Ausbau der Windenergie aber auch nicht machen. „Wir gehen mit Augenmaß vor, um da, wo es möglich ist, dann auch Windenergie auszuweisen.“

Mehr unter www.nachbarschaftsverband.de

KOMMENTAR



Thorsten Langscheid
über das umsichtige
Vorgehen des Planers

So geht Beteiligung!

Nein, ein Sturm ist das nicht, was die möglichen Windräder im Käfertaler Wald auslösen. Aber ordentlich Gegenwind, der bläst den Planern schon ins Gesicht. Dabei sind die meisten Anwohner gar nicht grundsätzlich gegen Windenergie. Sie fragen aber zu Recht, warum ausgerechnet ihr wertvoller Erholungswald für die Anlagen beeinträchtigt werden soll. Und Ängste wegen möglicher Lärmbelastung, ausgerechnet in einem Bereich, der eigentlich Ruhezone werden soll, sind ebenfalls nicht von der Hand zu weisen.

All diese Themen arbeitet der Chefplaner des Nachbarschaftsverbands, Martin Müller, kompetent und für Laien gut verständlich auf. Dabei bleibt er als Kurpfälzer immer auf Augenhöhe mit den Bürgern, nimmt alle Einwände ernst, beantwortet Fragen auch zum wiederholten Male gewissenhaft und lässt sich selbst von unsachlichen Argumenten oder polemischen Angriffen nicht aus der Ruhe bringen.

Dass ihm dies so gut gelingt, liegt vor allem daran, dass sein Planungswerk Hand und Fuß hat und dass es an vielen Stellen weit über die gesetzlichen Mindestanforderungen – etwa beim Abstand der Windräder zur Wohnbebauung – zum Nutzen der Bürger hinausgeht. Der Mann weiß, wovon er redet und braucht niemandem ein X für ein U vorzumachen. So geht Bürgerbeteiligung!

Gegenwind aus Handschuhsheim

Breites Bündnis im Stadtteil gegen Windräder am Weißen Stein und Hohen Nistler

Kaz. Der Widerstand gegen die großen Windräder – bisher eher eine Domäne des Odenwaldes oder des Neckartals – erreicht nun auch Heidelberg: „Es ist ein Irrsinn, riesige Windkraftanlagen, 50 Meter höher als der Kölner Dom, in den Odenwald zu klotzen“, findet Verena Dunkelmann. Über das mögliche Ausmaß der Anlagen ist die Geologin, die als Geopark-vor-Ort-Begleiterin auch Führungen durch die Natur anbietet, einfach entsetzt. So geht es den meisten der rund 20 Gäste, die zur Informationsveranstaltung der Bürgerinitiative „Rettet den Odenwald“ in ein Handschuhsheimer Lokal gekommen sind.

Als Sprecher der vor zwei Jahren gegründeten Bürgerinitiative hat Richard Leiner einige Argumente gegen die Windkraft aus dem Odenwald auf Lager. Demnach wären die Eingriffe in die Natur im Verhältnis zum Nutzen einfach viel zu groß. Seinen Worten nach macht die Windkraft bundesweit nicht mal drei Prozent der Energiegewinnung aus, weht der Wind in unserer Gegend ohnehin zu schwach und sind die Windräder der jüngsten Generation mit einer Höhe von bis zu 200 Metern etwa doppelt so groß

wie früher. Zum Vergleich: Der Fernsehturm auf dem Königsstuhl ist etwa 80 Meter hoch, der Fernmeldeturm auf dem Weißen Stein 108 Meter.

Geht es nach Leiner, muss es der Bergstraße wie schon der Weinstraße in der Pfalz gelingen, zur „Tabuzone“ für Windräder zu werden. In der Diskussion werden nicht nur Bedenken gegen die massiven Eingriffe in die Landschaft laut, ein Kinderarzt und eine Neurologin äußern sich auch zu Gefahren für die Gesundheit durch Infraschall.

Wie mehrfach berichtet, sind im Odenwald derzeit 17 Windkraftkonzentrationszonen ausgewiesen. Gegen die Pläne des Nachbarschaftsverbandes haben inzwischen schon einige Bürgerinitiativen mobil gemacht, auch weil schon für den Bau eines einzigen Windrades und des notwendigen Fundaments mehrere Hektar Bäume gefällt und breite Zufahrtswege durch den Wald angelegt werden müssten.

Inzwischen haben sich auch der Stadtteilverein Handschuhsheim in einer erweiterten Vorstandssitzung sowie der Verein Schutzgemeinschaft Heiligenberg/Geschichtswerkstatt Hand-

schuhsheim mit dem Thema „Windräder“ beschäftigt, das in dem Fall Dieter Teufel vom Umwelt-Prognose-Institut vorstellte. Nun soll ein Brief an Oberbürgermeister Eckart Würzner gehen, in dem der Einspruch gegen die Ausweisung von Konzentrationszonen am Weißen Stein und am Hohen Nistler formuliert wird – mit dem Hinweis, dass beide Zonen nicht nur in einem wertvollen Naherholungsgebiet, sondern auch in einem Wasserschutzgebiet liegen. „Es wird weitere Aktionen geben. Wir sammeln Unterschriften, auch über unsere Homepage“, so Richard Leiner von der Bürgerinitiative „Rettet den Odenwald“.

Für den 29. November sei nochmals eine große Informationsveranstaltung in der Halle 02 geplant. Die Frist für die Bürgerbeteiligung sei zu kurz bemessen, hieß es in der Versammlung. Tatsächlich scheinen viele Menschen erst jetzt erkannt zu haben, um was es eigentlich geht.

📌 **Info:** Bis zum Sonntag, 15. November, können Bürger ihre Meinung zum Thema in zwei Internetforen äußern: www.heidelberg.windenergie.de und www.nachbarschaftsverband.de.



So könnte die Bergstraße zwischen Handschuhsheim und Dossenheim aussehen, wenn am Hohen Nistler und am Weißen Stein (links) Windräder gebaut werden. Grafik: privat

Gemeinderat gegen Windräder?

Sorgen um das Landschaftsbild

ani. Zum Thema Windenergie regt sich in der Stadtgesellschaft aktuell großer Widerstand – er kommt vor allem aus Stadtteilen wie Handschuhsheim, Schlierbach oder Ziegelhausen, die direkten Blick auf die möglichen Windparks hätten, etwa auf dem Gebiet „Hoher Nistler Süd“ oder am „Lammerskopf“ (die RNZ berichtete). Auf RNZ-Anfrage bezog jetzt auch Oberbürgermeister Eckart Würzner deutlich Stellung. Er gehe nicht davon aus, dass der Gemeinderat Standorte unterstützen werde, die das Landschaftsbild stark beeinträchtigten – und auch er selbst könne sich nicht dafür aussprechen.

Auf Heidelberger Gemarkung hat der Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim sieben mögliche Standorte für Windparks ausgewiesen. Maßstabsgetreue Fotomontagen des Verbandes zeigen, wie das aussehen könnte: Von der Theodor-Heuss-Brücke aus wird etwa der Blick auf den Lammerskopf veranschaulicht, vom S-Bahnhof Schlierbach/Zie-

gelhausen der auf das Gebiet „Weißer Stein Süd“. Zum Thema hat die Stadt eine Bürgerbeteiligung gestartet (www.heidelberg-windenergie.de), die auf große Resonanz stößt. Gut 1000 Bürger haben die Internetseite immerhin schon einmal besucht, etwa 200 davon haben sich zu den Standorten geäußert. Würzner sagte dazu: „Es ist wichtig, dass dieses Thema sehr breit diskutiert wird.“ Aktuell nehme Heidelberg eine Vorreiterrolle ein: Man sei die einzige Kommune, die im Verband zum Thema eine Bürgerbeteiligung aufgelegt habe.

Noch bis Sonntag, 15. November, können sich die Heidelberger einbringen. Im Februar gibt es dann eine weitere Informationsveranstaltung. Das Stimmungsbild soll als Grundlage für die Entscheidung in den politischen Gremien dienen. Wie alle 17 Mitgliedskommunen des Nachbarschaftsverbandes wurde auch Heidelberg um eine Stellungnahme gebeten. Die Verbandsversammlung wird dann eine endgültige Entscheidung treffen.

Sie kämpfen gegen die Windräder

Bürgerinitiative Gegenwind sammelt Unterschriften gegen Pläne des Nachbarschaftsverbands

Hirschberg. (kaz) „Do owwe kummt kän Propeller hie“ – solche Sätze bekam die Bürgerinitiative Gegenwind Hirschberg zu hören, als sie am Samstag vor den Lebensmittelmärkten in Leutershausen und Großsachsen auf Stimmenfang gegen die Installation von Windrädern an der Bergstraße und im Odenwald ging.

Die Aktion hat sich gelohnt: Schon gegen 11 Uhr hatten an beiden Ständen weit über 100 Menschen mit ihrer Unterschrift signalisiert, dass sie diese Art der Energiegewinnung ablehnen. „Der Nachbarschaftsverband muss das aus seiner Planung rausnehmen“, sagt Karl Brand als Gründer der Bürgerinitiative.

Er gibt zu, von der Thematik bis vor einigen Wochen noch nicht viel gewusst zu haben und freut sich umso mehr, dass viele Menschen inzwischen gut informiert zum Stand in Leutershausen gekommen sind.

Das sehen Rainer Neutard und Karl-Heinz Weinert, die zeitgleich in Großsachsen am Stand stehen, genauso. Als Unterzeichner der Unterschriftenliste

erinnert sich Ortschronist Martin Stöhrer an manches, das aus Gründen des Landschaftsschutzes am Hang nicht gebaut werden durfte. Und nun sollen riesige Windräder erlaubt sein? Rainer Neu-

tard blickt über die Gemarkungsgrenze hinaus, sogar bis in die Landeshauptstadt. Demnach war „Stuttgart 21“ schon 15 Jahre in Planung, bis sich eine Bürgerinitiative dagegen formierte. Diese hat

ihr Ziel bekanntlich nicht wirklich erreicht. Die Windkraftgegner, die gegen die Pläne des Nachbarschaftsverbandes aufbegehren, sind vielleicht gerade noch rechtzeitig aktiv geworden.

An den Infoständen der Bürgerinitiative gab es auch Fotos mit Blick von oben. Demnach bedeute die Installation eines Windrades im Wald etwa 3,5 Hektar Kahl-schlag. > Umfrage



Viele Bürger kamen gut informiert zu den Informationsständen der Bürgerinitiative. Viele schlossen sich den Einwänden an. Foto: Dorn

„Das wäre eine Katastrophe“

In Rippenweier und Heiligkreuz wehren sich die Bürger dagegen, dass die Hohe Waid zur Konzentrationszone für Windkraft wird

Von Stefan Zeeh

Weinheim. Absolute Stille liegt an diesem Mittag über den von der Herbstsonne beschienenen, noch grünen Wiesen im Atzelbachtal zwischen Rippenweier und der Hohen Waid, der höchsten Erhebung auf Hirschberger Gemarkung. Doch die meisten Einwohner der beiden Weinheimer Ortsteile Heiligkreuz und Rippenweier befürchten, dass es mit dieser Idylle in den nächsten Jahren vorbei sein könnte. Denn nach den Plänen des Nachbarchaftsverbands Heidelberg-Mannheim könnte auf der Hohen Waid eine Konzentrationszone für Windräder ausgewiesen werden.

„Eines der schönsten Täler soll zerstört werden. Das wäre optisch und akustisch eine Katastrophe“, hält sich Franz Brauer aus Rippenweier mit seiner Meinung über die Folgen der Errichtung von Windkraftanlagen auf der Hohen Waid nicht zurück. Als er und seine Frau von den Plänen zur Ausweisung einer Konzentrationszone in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft erfuhren, wurden sie sofort aktiv. Eine Interessengemeinschaft wurde gegründet und Fotomontagen gemacht, damit die Bürger eine Vorstellung von der Wirkung von Windrädern auf der Hohen Waid bekommen.

Zum Einspruch animiert

„Wir haben die Leute animiert, beim Nachbarchaftsverband Einspruch einzulegen“, berichtet Franz Brauer über weitere Aktionen der Interessengemeinschaft. Mit diesen Einsprüchen soll erreicht werden, dass keine Konzentrationszonen auf der Hohen Waid und im benachbarten Gebiet „Zins“ auf Schriesheimer Gemarkung ausgewiesen werden.

Zusätzlich startete man eine Unterschriftenaktion, bei der sich 365 Bürger



Ortsvorsteherin Anja Blänsdorf vor der Kulisse der Hohen Waid. Foto: Bernhard Kreutzer

dafür aussprachen, das Landschaftsschutzgebiet an der Hohen Waid mit seiner einzigartigen Tier- und Pflanzenwelt nicht durch Windräder akustisch und optisch zu zerstören und diese Flächen komplett aus den Planungen herauszunehmen.

Doch nicht nur die Pläne des Nachbarchaftsverbands Heidelberg-Mannheim für Windkraftanlagen in ihrer unmittelbaren Umgebung haben die Einwohner von Heiligkreuz und Rippenweier erobert. Es ist auch die Art und Weise, wie man mit dem Nachbarn Weinheim umgegangen ist. „Mit Blick von der Rhein-

ebene hat der Nachbarchaftsverband zahlreiche Fotomontagen mit Windrädern angefertigt, nicht aber von hier aus“, kritisiert Ortsvorsteherin Anja Blänsdorf.

Überhaupt habe der Nachbarchaftsverband keinen Kontakt zur Stadt Weinheim aufgenommen oder gar vorgeschlagen, das Vorhaben den direkt betroffenen Ortsteilen vorzustellen. „Man sah keine Veranlassung, nach Rippenweier zu kommen. Da mussten wir etwas nachhelfen“, betont Weinheims Erster Bürgermeister, Torsten Fetzner. Erst dann präsentierten Vertreter des Nachbarchaftsverbands die

Pläne bei einer Ortschaftsratsitzung. In der Stellungnahme des Ortschaftsrats an den Nachbarchaftsverband wird unter anderem die Einstufung von Heiligkreuz als Mischgebiet thematisiert. „Heiligkreuz ist kein Mischgebiet“, findet Anja Blänsdorf. Nur im nördlichen Teil der Siedlung gebe es zwei Bauunternehmen. Der südliche und damit der zur Hohen Waid näher gelegene Teil von Heiligkreuz sei ein reines Wohngebiet. Die Einstufung als Mischgebiet ist jedoch bezüglich des Abstands von Windrädern zur Bebauung von großer Bedeutung. Bei reinen Wohngebieten beträgt dieser Abstand nach den Festlegungen des Nachbarchaftsverbands 1000 Meter, bei Mischgebieten aber nur 600 Meter.

Nun ließe sich eine derartige Einstufung möglicherweise ändern. Doch wie Matthias Kraus von der Bürgerinitiative „Gegenwind Weinheim“ recherchiert hat, dauert dies seine Zeit. Auf jeden Fall zu lange, denn der Nachbarchaftsverband will bereits im kommenden Jahr Konzentrationszonen ausweisen.

Die Diskussion um die Ausweisung von Konzentrationszonen auf der Hohen Waid zeigt nach Ansicht von Matthias Kraus die Problematik des Verfahrens zum Ausbau der Windkraftanlagen in Baden-Württemberg. „Das ist alles zu kleinteilig, großräumige Argumente werden nicht berücksichtigt“, sagt er und verweist auf die Vorgehensweise in Rheinland-Pfalz, wo beispielsweise die Hangkante des Pfälzerwalds als Ausschlussgebiet für Windkraft deklariert wurde.

„Noch ist nichts entschieden“

Widerspruch gegen Windpark – Grüne gegen Stimmungsmache

hö. Die Debatte um die sieben Heidelberger Standorte für Windräder wird heißer: Die Interessengemeinschaft Handschuhsheim (IGH) legte beim Nachbarschaftsverband förmlich Widerspruch gegen die sogenannte Windkraft-Konzentrationszone im Handschuhsheimer Wald ein – hier wären insgesamt neun bis zu 200 Meter hohe Windräder denkbar. Als Argument führt die IGH eine erhebliche Beeinträchtigung des Landschaftsbildes, der Wasserschutzzone und des Naherholungsgebietes an (die RNZ berichtete). Auch OB Eckart Würzner und die Heidelberger CDU haben signalisiert, dass sie die Heidelberger Standorte für nicht geeignet halten und sie ablehnen.

Unterdessen äußerten sich auch die Heidelberger SPD und Grünen: Inhaltlich nicht festgelegt sind die Sozialdemokraten, die die Bürger dazu aufrufen, sich einzumischen: „Noch ist nichts entschieden, das umfassende Bürgerbeteiligungsverfahren der Stadt Heidelberg hat gerade erst

begonnen, die Stellungnahme der Stadt wird im April 2016 abgegeben.“ Die Grünen raten zu mehr Gelassenheit in der Debatte und warnen vor Stimmungsmache: „Die Ausweisung einer Konzentrationsfläche heißt nicht, dass dort zwingend ein Windrad gebaut wird.“ Windvorkommen und -stärke lägen in Heidelberg im unteren Grenzbereich. Ob sich unter diesen Voraussetzungen ein Investor – ob Privatleute, Kommunen oder Bürgergenossenschaften – finde, sei daher nicht klar. Zumal die Kommune bei mangelnder Rentabilität nicht einspringen wird. „Selbst wenn sich ein Investor für eine ausgewiesene Fläche findet, bekommt er nicht automatisch eine Baugenehmigung. Wie bei anderen Vorhaben auch muss er zunächst weitere Gutachten vorlegen, zum Beispiel zum Artenschutz“, so die Grünen.

Die Partei will das Thema bei einer Mitgliederversammlung am 8. Dezember diskutieren und sich für einen Standort aussprechen, der am sinnvollsten ist.

894 Bürger gegen Windkraft

BI Gegenwind übergibt Unterschriften an Bürgermeister Just

Hirschberg. (ze) Fristgerecht haben gestern Karl Brand und Reinhard Scheele von der Bürgerinitiative (BI) Gegenwind Hirschberg 894 Unterschriften an Bürgermeister Manuel Just übergeben. Denn mit dem 16. November endete die Frist für Einwendungen gegen die Ausweisung von Konzentrationszonen für Windkraftanlagen durch den Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim, dem auch Hirschberg angehört.

Diese Frist war es auch gewesen, die die Mitglieder der BI angetrieben hatte. „Vor rund drei Wochen haben wir uns das erste Mal getroffen“, erinnerte sich Sprecher Karl Brand. Seitdem kam es nicht nur zur Gründung der BI. Innerhalb von nur einer Woche gelang es auch, die fast 900 Unterschriften zu sammeln.

„Sie sind an den Edeka-Märkten sehr präsent gewesen“, hatte Manuel Just beobachtet. Darüber hinaus berichtete er, dass sich Hirschberger nicht nur mit dieser Unterschriftenliste gegen die Windkraft auf der Hohen Waid ausgesprochen haben. „Viele Einwendungen sind direkt an den Nachbarschaftsverband gegangen“, wusste er, da diese oft als Kopie auch an die Gemeinde gesendet wurden.

„Wir sind nicht die klassischen Protestler“, verdeutlichte Brand die Einstellung der BI: So richte sich der Protest auch nicht gegen den Bürgermeister oder den Gemeinderat. „Vielmehr wollen wir beide unterstützen, um deren Blickwinkel für verschiedene Aspekte der Windkraft zu schärfen“, erläuterte Brand.

Auch setze sich die BI nicht nur für Hirschberg ein. Vielmehr wolle man die Errichtung von Windrädern entlang der gesamten Bergstraße und im Neckartal verhindern. Dabei sei man nicht gegen die

Windkraft im Allgemeinen, jedoch gegen den Bau von Windrädern im Wald. „Das bringt nichts, Wald zu roden für Anlagen, die nicht laufen“, verwies Karl Brand auf möglicherweise geringe Windgeschwindigkeiten im genannten Bereich: So appelliere man an den gesunden Menschenverstand, die Natur nicht zugunsten von Profitgier zu zerstören.

Bürgermeister Just verwies darauf, dass sich der Protest der BI nur bedingt gegen den Nachbarschaftsverband richten könne. Denn dieser sei durch die Änderung des Landesplanungsgesetzes dazu gezwungen, Konzentrationszonen auszuweisen. Der Zeitplan bis zu einer Entscheidung durch den Verband sehe nun vor, dass der Nachbarschaftsverband die Einsprüche aufarbeitet und möglicherweise neue Gutachten einholt. Daraufhin gibt der Hirschberger Gemeinderat seine Stellungnahme ab.

Die endgültige Entscheidung trifft dann die Verbandsversammlung im März oder April kommenden Jahres.



Reinhard Scheele (l.) und Karl Brand (r.) übergaben die Unterschriften gestern an Bürgermeister Manuel Just. Foto: Kreuzer

Die Windenergie in der Region bewegt viele Menschen

Über 1000 Stellungnahmen beim Nachbarschaftsverband eingegangen – Kritische Initiative übergab fast 900 Unterschriften

Von Sabine Hebbelmann

Mannheim/Heidelberg. Die Diskussion um den Ausbau der Windenergie in der Region ist in vollem Gange. Der Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim hatte anhand der beschlossenen Planungskriterien mögliche Konzentrationszonen für Windräder erarbeitet und die Bevölkerung aufgerufen, ihre Meinung zu den Vorschlägen abzugeben.

Am Montag lief die Frist für Einwendungen im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung „Teilflächennutzungsplan Windenergie“ ab. Bis dahin waren, wie Geschäftsführer Martin Müller auf RNZ-Anfrage mitteilte, weit über 1000 Einzelstimmungen abgegeben worden. Allein übers Wochenende gingen mehrere Hundert Eingaben ein.

Ebenfalls am Montag waren Richard Leiner und Verena Dunkelmann von der Initiative „Rettet den Odenwald“ nach Mannheim gefahren und hatten eine Stellungnahme des regionalen Bündnisses von Bürgerinitiativen gegen Windkraftanlagen abgegeben – zusammen mit einem Packen von 880 Unterschriften. Die Initiative fordert, die unter Land-

schaftsschutz stehenden Wälder im Naturpark aus den weiteren Planungen herauszunehmen.

Konkret benennt sie die Konzentrationszonen 9 bis 17, das sind fast alle Flächen, die auf den Höhen im östlichen Verbandsgebiet liegen. Bei den Wäldern handele es sich um wertvolle und teilweise geschützte Ökosysteme mit Erholungswert für die Bevölkerung, betont Leiner. Er warnt: „Nicht nur die Bergrücken des Nachbarschaftsverbandes, der gesamte Odenwald soll in ein riesiges Windkraftwerk verwandelt werden.“

Im Dreiländereck zwischen Baden-Württemberg, Hessen und Bayern seien über 70 Windparks mit Hunderten von Windkraftanlagen in Planung. Dabei hielten die Windräder im Schwachwindland Baden-Württemberg oft nicht das, was die Projektierer versprochen und hätten für die Energiewende nur wenig Nutzen.

„Die Unterschriften für unsere Stellungnahme sind innerhalb von nur zwei Wochen zusammengekommen“, berichtet Leiner. Nach seinen Angaben hatten

Mitglieder der Initiative einen Info-Stand auf dem Handschuhsheimer Wochenmarkt aufgebaut und ihre Nachbarn oder auch Passanten im Wald beim Weißen Stein angesprochen. „Die meisten von ihnen hatten von den Planungen noch nichts mitbekommen und haben sofort unterschrieben“, so Leiner.

Das Team des Nachbarschaftsverbandes hat nun alle Hände voll zu tun, die vielen Stellungnahmen zu erfassen. „Wir freuen uns sehr, dass die

Am Montag lief die Frist ab

Bürgerbeteiligung so gut angenommen wurde und hoffen, dass wir daraus für das weitere Verfahren eine solide Grundlage ableiten können“, sagt Müller. Es seien „sehr gehaltvolle Einwände“ eingegangen. Besonders viele betrafen die Naherholung und den Landschaftsschutz.

Weil es dazu keine objektiven Kriterien gebe, habe sich der Nachbarschaftsverband um ein Stimmungsbild der Bürger bemüht, so Müller. „Jetzt brauchen wir mindestens zwei Wochen Zeit, um alles zu sichten und zusammenzufassen.“ Die Anregungen werden

eine tragende Rolle im weiteren Verfahren spielen, verspricht der Planungsleiter und macht zugleich klar: „Aus rechtlichen Gründen muss am Ende aber trotzdem Platz sein für Windräder, das ist völlig klar.“

Das Fledermausgutachten liege inzwischen auch vor. „Es gibt sehr viele Exemplare des Großen Mausohrs und der Bechsteinfledermaus, doch da sie nicht zu den windkraftempfindlichen Arten zählen, hat das Ergebnis nicht zu einer Änderung der Flächen geführt“, so Müller. Allerdings müssten die Vorkommen bei der konkreten Anlagenplanung berücksichtigt werden, eventuell habe ein Betreiber damit zu rechnen, dass er die Anlagen zu bestimmten Tageszeiten abschalten müsse.

Info: Die Initiative „Rettet den Odenwald“ lädt am Sonntag, 29. November, von 15 bis 19 Uhr zu einer Informationsveranstaltung und einem Bürgerinitiativtreffen in die Halle02 in Heidelberg ein. Dort präsentieren sich die einzelnen Initiativen mit einem Stand. Ab 17 Uhr stehen Vorträge auf dem Programm.

Windkraft und Flüchtlinge

Bürgermeister Manuel Just begrüßte zum Bürgertag

Hirschberg. (nip) Wo steht Hirschberg in Sachen „Windenergie“? Im Rahmen des Bürgertags stellte Bürgermeister Manuel Just die aktuelle Debatte nach der inzwischen abgeschlossenen Öffentlichkeitsbeteiligung in den Mittelpunkt seiner Begrüßungsansprache. Er rechne mit der Fristverlängerung des Verfahrens bis zur Sommerpause und andererseits damit, dass die Stellungnahme des Gemeinderats frühestens Ende der ersten Jahreshälfte 2016 zu erwarten sei.

Inhaltlich bleibe es für ihn, bei allen Vor- und Nachteilen, die Windenergie mit sich bringe, im Wesentlichen eine Abwägung zwischen einem lokalen Beitrag für die Energiewende auf der einen und einem wertvollen Natur- und Lebensraum für den Menschen auf der anderen Seite. Als Bürgermeister habe er mit Blick auf die heute schon aus dem Ballungsraum auf die Gemeinde einwirkenden Belastungen „größte Bedenken“, ob man ein Landschaftsschutzgebiet und das einzige Naherholungsgebiet in einer Gemeinde ohne größere Freizeiteinrichtungen ebenfalls der Industrie opfern wolle.

Grüne: Umweltpartei mit
eigenständiger Finanzpolitik

Windenergie, Freiräume, Baumschutz

Für die Grünen macht sich Fraktionsvorsitzender Dirk Grunert, der erstmals die Etatrede hielt, vor allem für die umweltpolitischen Themen stark, für die seine Partei auch in der Vergangenheit immer eingetreten ist: „Für uns hat der Erhalt der Stadtbäume eine hohe Priorität“, stellt er klar. Aber auch grüne Freiräume, der Natur-, Arten- und Gewässerschutz sind zentrale Anliegen seiner Partei, die das neue Naturschutzgebiet – das erste nach langjähriger Pause – das auf dem amerikanischen Coleman-Gelände bei Sandhofen ausgewiesen wird, ausdrücklich begrüßt. Auch die Debatte um die Windenergie scheuen die Grünen nicht. Das Thema spiele eine wichtige, aber in Mannheim keine zentrale Rolle: „Wir unterstützen, dass Konzentrationsflächen für Windräder ausgewiesen werden und lehnen das St.-Florians-Prinzip ab!“

Online-Beteiligung: Viele Bürger äußern sich kritisch zu den vom Nachbarschaftsverband vorgeschlagenen Standorten

Sturm gegen Windräder

Von unserem Redaktionsmitglied
Simone Jakob

Ein Windrad auf dem Hohen Nistler? Oder vielleicht lieber am Weißen Stein oder an der Kirchheimer Mühle? Der Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim kann sich auf Heidelberger Gemarkung sieben potenzielle Standorte für Windenergieanlagen vorstellen und hat sie als mögliche Konzentrationszonen in seiner Entwurfsplanung ins Spiel gebracht. Was die Heidelberger Bürger von diesen Vorstellungen halten, hat die Verwaltung mit einem Online-Dialog abgefragt, der jetzt zu Ende gegangen ist. Die Umwelthauptstadt ist die einzige der 18 Kommunen, die eine eigene Bürgerbeteiligung zum Thema Windkraft organisiert hat.

Rege Beteiligung

„Alleine die große Beteiligung ist ein wichtiges Signal“, verweist Oberbürgermeister Eckart Würzner auf 2500 Besucher auf der Homepage, mehr als 450 eingegangene Beiträge und 400 Kommentare während des fünf-wöchigen Dialogs auf der Webseite der Stadt. Zudem seien hunderte Briefe und E-Mails mit Einwendungen eingegangen. „Auch wenn wir die Rückmeldungen noch nicht systematisch ausgewertet haben: Es ist vollkommen klar, dass mögliche Standorte für Windräder gut überlegt sein müssen“, ist der Stadtchef überzeugt. So seien die meisten Reaktionen kritisch gewesen. „Rechts und links der Hügellinie und ins Neckartal hinein kann ich mir solche Anlagen auch nicht vorstellen“, betont Würzner. Vom Grundsatz her unterstütze die Stadt die Windenergie – allerdings nur „wenn es bezüglich Standort, Landschaftsbild und Naturschutz sinnvoll ist“.

Schwer erschließbare Bereiche seien nie eine gute Wahl: „Wenn Sie mitten im Wald ein Windrad bauen wollen, müssen Sie erst einmal eine Schneise quer durch den Wald schlagen, damit die Schwertransporte überhaupt fahren können“, so Würzner, der eine Schädigung des alten, gewachsenen Mischwaldes befürchtet. „Es ist viel sinnvoller, solche Anlagen direkt neben Straßen zu bauen, schließlich müssen sie auch die Revisionsfahrzeuge gut anfahren können.“ Und eine Starkstromleitung zum Einspeisen sollte im Idealfall auch in der Nähe der Anlage verlaufen.

Zwei Stellungnahmen gefordert

Die Stadtverwaltung müsse nun zweimal eine Stellungnahme abgeben. Bis Ende des Monats wird sie – unabhängig von der Bürgerbeteiligung – in ihrer Funktion als Untere Forst- und Naturschutzbehörde eine fachliche Einschätzung abliefern. „Das wird derzeit intern abgestimmt. So viel lässt sich aber bereits sagen: Die Standorte im Wald können aus fachlicher Sicht nicht akzeptiert werden, weil sie eben zu schwerwiegenden Nachteilen führen.“ Zudem müsse die Unistadt im



Für mächtig Wind sorgt die Diskussion um Windräder in und um Heidelberg.

9/2. 04

Mögliche Standorte für Windenergie



Flächennutzungsplan

■ Das Land Baden-Württemberg möchte den Ausbau von Windenergie vorantreiben.

■ Mit einer Gesetzesänderung und dem Windenergieerlass hat das Land die Weichen dafür gestellt. Auch in Heidelberg könnten künftig Windräder gebaut werden – was bislang rechtlich nicht zulässig ist.

■ Deshalb erarbeitet der Nachbarschaftsverband für Heidelberg, Mannheim und 18 weitere Kommunen ein Flächennutzungsplan.

■ Er hat in einem ersten Planentwurf mögliche Konzentrationszonen ermittelt, auf denen künftig Windräder gebaut werden könnten – außerhalb wären sie dann verboten.

Frühjahr 2016 eine politische Einschätzung an den Nachbarschaftsverband abgeben. Deshalb werde sich der Gemeinderat auf die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung stützen,

die am Freitag, 11. Dezember, 17 Uhr, in der Stadtbücherei präsentiert und abermals diskutiert werden. Im Februar werde es dann eine zentrale Infoveranstaltung für alle

Bezirksbeiräte geben. Der Gang durch die Gremien beginne im März.

Hintergrund für die Ausweisung von Standorten sei eine Gesetzesänderung: „Momentan sind Windkraftanlagen aufgrund des bestehenden Regionalplans in Heidelberg rechtlich nicht zulässig. Dieses Bauverbot wird aber in absehbarer Zeit entfallen. Damit dürfte ein Investor theoretisch überall bauen, sofern keine sonstigen öffentlichen Belange entgegenstehen“, erklärt Bürgermeister Wolfgang Erichson. Daher erarbeite der Nachbarschaftsverband einen Flächennutzungsplan, der Konzentrationszonen ausweist. Außerhalb dieser Zonen wären Windräder dann unzulässig.

Windkraft? Ja, aber nicht hier!

Schutzgemeinschaft und Bürger einig: Keine Windräder im Käfertaler Wald

GARTENSTADT. Es ist wie so oft, wenn es darum geht, für eine Sache, die alle betrifft, einen passenden Ort zu finden. So ist es auch mit der Windkraft, dem „Modell mit Zukunft“, einem von der Kategorie „alternative Energien“. Ein grundsätzliches „Ja“ pro Windkraft herrscht in der Mehrheit der Bevölkerung, doch: „Wohin mit den Rädern?“

Der Vorschlag des Nachbarschaftsverbandes Heidelberg-Mannheim lautet: Käfertaler Wald. Die Bürger der angrenzenden Stadtteile befürchten den Verlust ihres Naherholungsgebietes. Zu Recht: Da wäre zunächst der Platz, den die Räder einnehmen; pro Windrad rechnet man mit etwa 200 Bäumen, die gefällt werden müssten. Der Wald wäre also flächenmäßig kleiner, wenn man die Windradflächen abzieht. Doch nicht nur optisch, sondern auch akustisch hätten die Energieanlagen Folgen: Windräder rotieren nicht geräuschlos. Ob nun die im Wald lebenden Tiere oder die täglichen Spaziergänger und Sportler – alle sind sie die Ruhe zwischen den Bäumen gewöhnt, die dann nicht mehr vorhanden wäre. In Abständen von 700-800 Meter sollen Windräder aufgestellt werden. Das heißt, kaum ein Ausblick ohne Windrad und auch ein dauerhaft erhöhter Lärmpegel im Wald.

Martin Müller, Chefplaner vom Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim, erläuterte bei einer Informationsveranstaltung im bis auf

den letzten Platz gefüllten Gemeindesaal der Gnadenkirche die Vorstellungen seines Verbandes. Nach den Anforderungen der Stuttgarter Landesregierung zum Ausbau der Windenergie sind vermehrt Windräder geplant. Da ein bestehendes Verbot, in Mannheim und Umgebung überhaupt Windräder aufzustellen, demnächst ausläuft, könnten künftig überall Windräder gebaut werden. Damit dies nicht unkontrolliert geschieht, hat der Nachbarschaftsverband Konzentrationszonen für Windräder ermittelt, von denen zwei im Käfertaler Wald (ca. 161 Hektar) liegen. Aber noch sei nichts in trockenen Tüchern und man versuche, mit den Bürgern gemeinsam Lösungen zu finden.

Für die Vorsitzenden zahlreicher Vereine ist dies Grund genug, sich zusammenzuschließen und gegen die Errichtung zu kämpfen. Zur „Schutzgemeinschaft Käfertaler Wald“ zählen der Verband Wohneigentum Baden-Württemberg e. V., die Siedlergemeinschaften Neueichwald I und II, die Gemeinschaften Gartenstadt und Neues Leben, die Siedler- und Eigenheimergemeinschaften Blumenau und Gartenstadt sowie die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald KV Mannheim, der Kleingärtner-Verein Kirchwald und der Kleintierzucht- und Vogelschutzverein Gartenstadt. Ihnen allen geht es nicht um Windkraft im Allge-

meinen, sondern um den Standort Käfertaler Wald. „Dass die Energie irgendwo herkommen muss und dass der Strom nicht aus der Steckdose kommt, ist klar“, so Klaus Burchard von der Siedlergemeinschaft Blumenau. „Aber im Käfertaler Wald passen die Rahmenbedingungen nicht.“ Im Raum Mannheim sei zudem zu wenig Wind, um die Räder rentabel zu betreiben. Laut Burchard gebe es in der erweiterten Region Flächen mit genügend Wind, wo niemand gestört sei. Burchard geht noch einen Schritt weiter: „Die Stadt Mannheim hat es bis jetzt nicht für notwendig gehalten, die Bürger über die Windräder zu informieren.“ Auch viele Mannheimer Politiker seien über die bereits laufenden Planungen nicht in Kenntnis gesetzt worden.

Die Schutzgemeinschaft Käfertaler Wald hat einen Brief an den Oberbürgermeister verfasst, in dem sie auf die möglicherweise bald beeinträchtigte „Wohn- und Lebensqualität“ hinweist. Man bittet um einen „Verzicht auf die Flächen im Käfertaler Wald“. Roland Weiß, Vorsitzender der Schutzgemeinschaft, stellt klar: „Die Windräder werden nicht kommen, weil sich die Menschen organisieren!“

Anregungen und Einwände können noch bis 16. November beim Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim per Mail an nachbarschaftsverband@mannheim.de angebracht werden. *mpl/schi*

Schriesheim: Thema im Gemeinderat ausführlich diskutiert, obwohl gar nicht auf der Tagesordnung / Bürgermeister in der Fragerunde „gelöchert“

Höfer: Bin ein Freund der Windenergie

Von unserem Redaktionsmitglied
Konstantin Groß

So kann es gehen: Auf der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung des Schriesheimer Gemeinderates am Mittwochabend steht das Thema gar nicht, trotzdem wird nahezu eine dreiviertel Stunde darüber diskutiert: Bürger vom Branich und aus Altenbach bringen die umstrittene Windkraft in der Einwohnerfragestunde von sich aus aufs Trapez.

Der Anlass: Hans-Peter Goerlach entdeckt bei einem Spaziergang Richtung Hirschburg, dass der dortige Waldweg seit kurzem auf bis zu acht Meter Breite und mit weit ausgelegten Kurven ausgebaut ist: „Das ist eine wahre Prachtstraße geworden.“ Auch was die Qualität anbetrifft: „Er hat weniger Löcher als die Branichstraße.“ Nur für die Holzabfuhr könne das doch nicht sein.

Holzabfuhr ist der Grund

„Doch, das ist der Grund“, erwidert Bürgermeister Hansjörg Höfer. Denn da das Holz zunehmend in Form ganzer Stämme vermarktet werde, brauche man auch entsprechende Transportwege. Die Stadt gebe dafür auf ihren 70 Kilometern Waldweg jährlich 70 000 Euro aus.

Keinesfalls, so nimmt das Stadtoberhaupt die unausgesprochene Befürchtung Goerlachs vorweg, werde damit die dortige Aufstellung von Windrädern vorbereitet: „Diesen Wind kann und muss ich Ihnen leider aus den Segeln nehmen.“

„Mein Vertrauen in die Politik ist in diesem Punkt dennoch nicht groß“, meint eine Dame aus Alten-



Die Idylle trügt: Die Möglichkeit, dass Windräder an der Bergstraße entstehen, stößt vor Ort auf heftige Ablehnung.

BILD: OPA

bach: „Ich befürchte nach wie vor, dass uns solche Anlagen aufgezwungen werden.“ Für sie persönlich sei dies eine große Belastung, leide sie doch unter Infraschall: „Das tun zehn Prozent der Bevölkerung, aber offenbar sind zehn Prozent nicht ausreichend genug, um von der Politik ernst genommen zu werden.“

„Natürlich nehmen wir dies ernst“, widerspricht Höfer und verweist auf wissenschaftliche Untersuchungen, wonach Infraschall ab ei-

ner gewissen Entfernung nicht mehr schädlich sei. Auch dieser Punkt fließe aber in die Beurteilung möglicher Standorte ein, die der Nachbarnschaftsverband ausweisen möchte.

Überhaupt sei mit der Ausweisung von möglicherweise zwei Flächen keinesfalls ein sofortiger Bau verbunden. Als erstes müsse es ohne einen Betreiber geben, dem diese Standorte rentabel erscheinen. Dann müsse er für jede einzelne Anlage eine separate Baugenehmigung

beantragen: „Insofern bin ich überzeugt, dass innerhalb der nächsten fünf Jahre kein Windrad gebaut wird. Da können Sie sicher sein.“

„Wann das kommt, ist eigentlich egal“, meint Branich-Bewohner Frank Funcke, der es generell für Handstreich zu errichten“. Ein Windrad sei etwa 250 Meter hoch, der Kölner Dom, „der ja auch nicht besonders flach ist“, zum Vergleich nur 157 Meter. Zudem müssten für

die Installation einer einzigen Windkraftanlage 3500 Tonnen Beton in Waldboden versenkt, für den ganzen Windpark Tausende von Bäumen gefällt werden. „Und das in einem Naturschutzgebiet.“ So fragt Funcke Höfer unter Anspielung auf seine Zugehörigkeit zu den Grünen: „Wie stehen Sie persönlich dazu?“

„Die Gegend ist kein Naturschutzgebiet, sondern ein Landschaftsschutzgebiet, so fängt es schon mal an“, reagiert der Bürgermeister zunehmend genervt. Zudem hätten er und seine Kollegen von der Bergstraße durchgesetzt, dass es keinerlei Windräder an der Hangkante des Odenwaldes geben werde. Bis zur Sommerpause werde der Gemeinderat seine Stellungnahme zu den möglichen Standorten abgeben.

„Eine Zukunftstechnologie“

Zu der Frage, wie er persönlich zur Windenergie stehe, outet sich Höfer so eindeutig wie noch selten zuvor öffentlich: „Ich bin ein Freund der Windenergie“, sagt er unzweideutig. Wer aus der Atomkraft aussteigen wolle – und dies sei glücklicherweise mittlerweile gesellschaftlicher Konsens in Deutschland –, der müsse sich diesem Thema widmen: „Ich halte das persönlich für richtig.“

Denn auch ökonomisch sei Windenergie eine Zukunftstechnologie. Als sich die in der ersten Reihe sitzenden Windkraft-Skeptiker zu weiteren Fragen anschicken, ist es Höfer zu viel: „Ich denke, wir brechen das hier ab. Die Diskussion sprengt allmählich den Rahmen einer Fragestunde.“ Die Bürger ihrerseits verlassen daraufhin die Ratsitzung.

Sondersitzung zur Windkraft

Am Donnerstag tagen zwei Gemeinderatsausschüsse gemeinsam – Es geht um die Stellungnahme

Von Steffen Blatt

Die Diskussion um mögliche Standorte für Windräder in Heidelberg geht in eine neue Runde: Am morgigen Donnerstag beschäftigen sich der Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss sowie der Bau- und Umweltausschuss in einer Sondersitzung mit dem Thema. Dabei geht es um die Stellungnahme für den Nachbarschaftsverband, über die der Gemeinderat abschließend am 18. Februar entscheidet (siehe „Hintergrund“).

Die Linie der Verwaltung sieht vor, dass von den sieben möglichen Standorten für Windkraftanlagen, die der Nachbarschaftsverband vorgeschlagen hat, nur drei weiterverfolgt werden: Drei Eichen oberhalb des Boxbergs sowie Grenzhof Ost und Kirchheimer Mühle in der Ebene. Die Areale Hoher Nistler, Weißer Stein Süd, Lammerskopf und Auerhahnenkopf hatten die Heidelberger Fachämter schon im Dezember wegen der schwierigen Erschließung und der großen Eingriffe in den Wald abgelehnt.

Bei den drei anderen Standorten gibt es allerdings noch Klärungsbedarf, schreibt die Stadtverwaltung in einer

Mitteilung. Bei der Fläche Drei Eichen muss noch geprüft werden, ob Uhu oder Fledermaus dort ihren Lebensraum haben. Ein Windrad könne wohl nur mit der Auflage betrieben werden, dass es je nach Jahres- oder Tageszeit zeitweise abgeschaltet werden müsste, heißt es weiter.

Beim Grenzhof wurde bisher vor allem um die Einstufung als Aussiedlerhof gestritten, die der Nachbarschaftsverband vorgenommen hat. Nach dieser Einteilung dürften Windräder in einem Abstand von 600 Metern gebaut werden. Die Bewohner sehen das jedoch ganz anders. Für sie ist die Siedlung eine Wohnbaufläche wie ein Stadt- oder Ortsteil. In diesem Fall müsste der Abstand 1000 Meter betragen.

In einem weiteren offenen Brief an den Nachbarschaftsverband, die Stadtverwaltung, den Gemeinderat und die Bezirksbeiräte argumentieren die Bewohner unter anderem, dass noch nie jemand in den Grenzhof „ausgesiedelt“ sei. „Es handelt sich um eine sehr alte Siedlung, die sich aus sich heraus entwickelt hat. Es gibt neben Wohnungen und Landwirtschaft auch Gewerbebetriebe, die in einem Aussiedlerhof nicht zulässig wären. Folgerichtig muss der Grenzhof Wohngebiet

sein“, heißt es in dem Schreiben. Dem wird die Stadt aber nicht folgen. „Wir haben das prüfen lassen, und die Bewertung des Grenzhofs als Aussiedlerhof ist nicht zu beanstanden“, sagte Oberbürgermeister Eckart Würzner am Montag bei einem Pressegespräch. Beim Grenzhof sind außerdem, wie bei der Kirchheimer Mühle, noch ergänzende artenschutzrechtliche Untersuchungen nötig.

Dem Vorgehen der Verwaltung sind auch die Bezirksbeiräte der Stadtteile gefolgt, die am 21. Januar in einer nicht-öffentlichen Sitzung im Pfaffengrunder Gesellschaftshaus über die Thematik diskutierten. Die Räte hätten den Vorschlag der Stadt „mit breiter Mehrheit“ unterstützt, berichtete Würzner. Dabei sei auch der Standort Langer Kirschbaum ein Thema gewesen, der nördlich von Petersstal auf Dossenheimer und Schriesheimer Gebiet liegt. Die Vertreter aus Ziegelhausen hätten diese Fläche ähnlich kritisch gesehen wie die abgelehnten Heidelberger Standorte.

Info: Die Sondersitzung im Neuen Saal des Rathauses beginnt am Donnerstag, 4. Februar, um 16.30 Uhr.

Pro und Contra Drei Eichen

Stellungnahmen zu den geplanten Windkraftflächen

ste. Nach der Entscheidung von zwei Gemeinderatsausschüssen, nur noch drei Flächen in Heidelberg als mögliche Standorte für Windkraftanlagen weiterzuverfolgen, melden sich nun sowohl die Grünen-Fraktion als auch die Bürgerinitiative (BI) „Rettet den Odenwald“ zu Wort.

> **Die Grünen-Fraktion** im Gemeinderat begrüßt, dass vier „Waldstandorte“ ausgeschlossen wurden und nun neben den Flächen Grenzhof Ost und Kirchheimer Mühle in der Ebene auch das Areal Drei Eichen weiterdiskutiert werden soll, das sich jedoch ebenfalls im Wald befindet. Genau das hatten die Grünen bereits bei einer Mitgliederversammlung im Dezember beschlossen. Beim Grenzhof spricht sich die Fraktion dafür aus, den Zuschnitt so zu ändern, dass ein Abstand von 1000 Metern von Windrädern zur Siedlung eingehalten werden kann. Bisher sind 650 Meter vorgesehen. Außerdem sollen die Planungskriterien des Nachbarschaftsverbandes für Standorte in der Ebene überprüft werden, sodass dort auch weniger als drei Windkraftanlagen gebaut werden könnten.

> **Die BI „Rettet den Odenwald“** hingegen lehnt die Fläche Drei Eichen vehement ab. Sie fürchtet eine Verschlechterung der Lebensqualität für die Bewohner des Boxbergs, des Emmertsgrunds und von Gaiberg, die in einer Entfernung von 1000 bis 1500 Metern von der geplanten Windkraftzone leben. „Gerade weil die gesundheitlichen Auswir-

kungen von Schall- und Infraschall auf Mensch und Tier noch wenig erforscht sind, sind konservative Abstände zur Wohnbebauung einzuhalten“, schreibt die BI in einer Stellungnahme. Außerdem befürchtet sie einen Wertverlust der Wohnungen der betroffenen Menschen.

Dass die Landesregierung den Bau von Windkraftanlagen in Flora-Fauna-Habitat-Gebieten möglich gemacht hat – Drei Eichen liegt in einer solchen Zone – kritisiert die BI ebenfalls. Ihrer Ansicht nach verstößt das gegen europäisches Naturschutzrecht. Ebenso liegt der Standort in einem Landschaftsschutzgebiet, was juristisch aber ebenfalls kein Ausschlusskriterium für Windräder ist. Dadurch werde aber „der Sinn und Zweck eines Landschaftsschutzgebietes zerstört“. Ebenso verstoße der Bau von Windkraftanlagen gegen Zweck und Ziel des Naturparks Neckartal Odenwald, dessen Verordnung das Gebiet Drei Eichen „explizit als ein landschaftsempfindliches, für den Naturpark besonders prägendes Teilgebiet“ nenne.

Schließlich ist die BI überzeugt, dass Windkraftanlagen die betroffene Fläche in ihrer Funktion als Naherholungsgebiet stark beeinträchtigen würden. Auch für Zugvögel und Fledermäuse stellen Windräder dort eine Gefahr dar, trotz der Möglichkeit der zeitweisen Abschaltung.

① **Info:** Am 18. Februar diskutiert der Gemeinderat über die geplanten Windkraftflächen. Die Sitzung im Rathaus beginnt um 16.30 Uhr.

Drei Standorte werden weiter geprüft

Diskussion über Windräder im Gemeinderat – Für den Grenzhof werden Anpassungen gefordert

tt Soll Heidelberg in Sachen Windkraft ein weißer Fleck auf der Landkarte bleiben oder sollen drei „Konzentrationszonen“ – an „Drei Eichen“, an der Kirchheimer Mühle und am Grenzhof – ausgewiesen werden? Über diese beiden Fragen diskutierten die Stadträte am Donnerstagabend im Gemeinderat. Hintergrund ist, dass der Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim für seine 18 Mitgliedskommunen mögliche Konzentrationszonen ermittelt hat, auf denen künftig Windräder gebaut werden könnten. In Heidelberg hat der Nachbarschaftsverband insgesamt sieben Flächen vorgeschlagen: Hoher Nistler, Weißer Stein Süd, Lammerskopf, Auerhahnkopf, Drei Eichen, Kirchheimer Mühle und Grenzhof Ost.

Seit einer gemeinsamen Sitzung von Bau- und Umweltausschuss und Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss Anfang Februar waren die vier Waldstandorte Hoher Nistler, Weißer Stein Süd, Lammerskopf und Auerhahnkopf aus dem Rennen. Ohne Gegenstimme beschlossen die Stadträte, dort keine Konzentrationszonen für Windrädernauszuweisen. Die drei anderen Standorte Drei Eichen oberhalb des Boxbergs sowie Kirchheimer Mühle und Grenzhof Ost in der Ebene sollen weiterverfolgt werden. Vor einer endgültigen Bewertung müssen aber noch weitere Stellungnahmen abgewartet und offene

Fragen geklärt werden, etwa zum Arten- und Naturschutz. Dagegen wehrt sich allerdings die CDU. Sie hatte bereits in den Ausschüssen den Antrag gestellt, überhaupt keine Zonen auf Heidelberger Gemarkung auszuweisen. Diesen Vorschlag erneuerte die Fraktion nun im Gemeinderat: „Wir lehnen grundsätzlich alle Konzentrationszonen ab“, sagte CDU-Stadträtin Nicole Marmé. Alle Standorte auf Heidelberger Gemarkung seien nicht wirtschaftlich zu betreiben.

Ihr Kollege Matthias Kutsch sieht ein grundsätzliches Problem durch die Vorgaben der Landesregierung. „Das ist keine Politik mit Augenmaß, dass alle Kommunen unabhängig von der Windstärke Konzentrationszonen ausweisen sollen.“ Er plädierte für ein Null-Votum, da die Stadt eine endgültige Stellungnahme erst im Sommer abgeben müsse. „Der OB kann dann mit diesem klaren Signal in den Nachbarschaftsverband gehen und mit seinen Amtskollegen sprechen, welche Standorte im Verbandsgebiet besser geeignet sind.“

Auch „Die Heidelberger“ stellten ihren in den Ausschüssen abgelehnten Antrag noch einmal: „Der Infraschall ist gesundheitsgefährdend, und daher fordern wir einen einheitlichen Abstand von 1000 Metern zur Bebauung an allen Standorten“, so Stadträtin Larissa Winter-Horn. Die

Menschen, die im Grenzhof oder an der Kirchheimer Mühle wohnten, seien nicht weniger wert als die, die im Stadtbereich lebten. „Wenn wir alles ablehnen, ist das am einfachsten, denn dann muss man auch nichts begründen“, entgegnete SPD-Fraktionschefin Anke Schuster. Wenn im Verband keine Flächen ausgewiesen würden, könne überall gebaut werden. „Einen weißen Fleck auf der Landkarte erreichen wir nur auf Kosten der anderen“, so Schuster. Und ihre Kollegin Monika Gonsler (Grüne) fügte hinzu: „Wenn alle so agieren wie Sie, dann kann in 450 Metern Entfernung vom Grenzhof gebaut werden.“

Am Ende fand weder der CDU- noch der „Heidelberger“-Antrag eine Mehrheit, weil nur CDU, „Die Heidelberger“, die FDP und die AfD dafür votierten. Eine breite Zustimmung fanden hingegen zwei Anträge der Grünen, die einen neuen Zugschnitt der Fläche am Grenzhof vorsehen und so eine Entfernung der Anlagen zum Dorf von 1000 Metern ermöglicht sowie eine Klärung, ob die bisher vorgesehene Mindestzahl von drei Windrädern pro Standort im Einzelfall verringert werden kann. Einstimmig wurden zudem die Waldstandorte wie im Ausschuss abgelehnt, die drei anderen Flächen werden weiterverfolgt. Dagegen hatten nur CDU, „Heidelberger“ und AfD gestimmt.

Gemeinderat: Gremium lehnt alle Standorte als ungeeignet ab, die von der Altstadt aus zu sehen sind / Drei Flächen werden noch geprüft

Keine Wald-Windräder erwünscht

Von unserem Redaktionsmitglied
Simone Jakob

Es werden immer weniger. Der Heidelberger Gemeinderat hat in seiner jüngsten Sitzung alle Standorte für Windräder ausgeschlossen, die von der Altstadt aus zu sehen sind. So stufen die Stadträte den Hohen Nistler, den Weißen Stein Süd, den Lammerskopf sowie den Auerhahnenkopf als „ungeeignet“ für den Bau von Windkraftanlagen ein. Der Nachbarnschaftsverband Heidelberg-Mannheim kann sich auf Heidelberger Gemarkung dagegen sieben potenzielle Standorte für solche Stromerzeuger vorstellen und hat sie als mögliche Konzentrationszonen in seiner Entwurfsplanung ins Spiel gebracht. Die verbliebenen drei – Drei Eichen, Kirchheimer Mühle und Grenzhof Ost – sollen vor einer endgültigen Abstimmung einer weiteren Prüfung unterzogen werden. Laut Beschlussvorlage gibt es noch „offene Fragen“.

Hintergrund für die Ausweisung von Standorten ist eine Gesetzesänderung: „Momentan sind Windkraftanlagen aufgrund des bestehenden Regionalplans in Heidelberg rechtlich nicht zulässig. Dieses Bauverbot wird aber in absehbarer Zeit entfallen. Damit darf ein Investor theoretisch überall bauen, sofern keine sonstigen öffentlichen Belange entgegenstehen“, so Oberbürgermeister Eckart Würzner. Daher erarbeitet der Nachbarnschaftsverband einen Flächennutzungsplan, der Konzentrationszonen ausweist. Außerhalb dieser Zonen wären Windräder dann unzulässig.

Diskussion um K.o.-Kriterium

Vor der Abstimmung diskutierten die Stadträte, ob man nicht am besten alle sieben vorgeschlagenen Standorte ablehnt. „Wir halten auch die drei übriggebliebenen Zonen für ungeeignet, Windkraftanlagen lassen sich in diesen Gebieten nicht wirtschaftlich betreiben“, betont Nicole Marmé (CDU). „Wenn wir keine Zonen ausweisen, darf grundsätzlich überall gebaut werden. Das ist die Aussage des Oberbürgermeisters und ich schlage vor, dass wir ihm das einfach mal glauben“, hält Judith Marggraf (GAL) dagegen. Doch damit tun sich manche Bürgervertreter dann doch ein bisschen schwer: „Dieses K.o.-Kriterium existiert gar nicht. Es gibt ja auch andere Gemeinden ohne Konzentrationszonen. Auch Heidelberg kann so ein

Flächennutzungsplan

■ Das Land Baden-Württemberg möchte den **Ausbau von Windenergie** vorantreiben.

■ Mit einer **Gesetzesänderung** und dem Windenergieerlass hat das Land die Weichen dafür gestellt. Auch in Heidelberg könnten künftig **Windräder** gebaut werden – was bislang rechtlich nicht zulässig ist.

■ Deshalb erarbeitet der **Nachbarnschaftsverband** für Heidelberg, Mannheim und 16 weitere Kommunen einen Flächennutzungsplan.

■ Er hat in einem ersten Planentwurf mögliche **Konzentrationszonen** ermittelt, auf denen künftig Windräder gebaut werden könnten – außerhalb wären sie dann verboten.

weißer Fleck im Flächennutzungsplan bleiben – vor allem im Sinne der Bürger und der vielen Initiativen, die sich gegen Windräder wehren“, findet Wolfgang Lachenauer (Die Heidelberger). Wie die CDU würde er dem Nachbarnschaftsverband gerne das klare politische Signal geben: „Die sieben Konzentrationszonen, die ihr bei uns seht, wollen wir nicht haben“. „Die drei übriggebliebenen Standorte sind auch nicht gut. Windräder sollten da gebaut werden, wo auch Wind weht“, betont Matthias Kutsch (CDU). Dennoch erwärmen sich für die Null-Lösung nur 17 Stadträte, 26 lehnten sie ab.

„Es ist natürlich am einfachsten zu sagen, ich bin gegen Windkraft, dann muss man auch nichts begründen“, hält Anke Schuster (SPD) dagegen. „Sie erwarten ja auch, dass die anderen Kommunen solche Konzentrationszonen ausweisen, damit Heidelberg ein weißer Fleck bleiben kann.“ Ihrer Meinung nach sollte man Standorte nur dann ablehnen, wenn sie einen großen Eingriff in ein Waldgebiet bedeuten oder zu weit von einem Umspannwerk entfernt liegen, wo der Strom eingespeist werden kann. Dies sei bei den nun abgelehnten Standorten auch der Fall.

Eine eindeutige Mehrheit fand zudem der Antrag der Grünen-Fraktion, die mögliche Konzentrationsfläche am Grenzhof so „zurechtzuschneiden“, dass die Windräder mindestens 1000 Meter von den Wohnhäusern entfernt gebaut werden würden.



Wo sich in Heidelberg solche Windräder drehen dürfen, wie dieses – das an der A 61 bei Heuchelheim in der Vorderpfalz steht, – kann die Stadt mit der Ausweisung von Konzentrationszonen beeinflussen.

Mögliche Standorte für Windenergie



„Joyful Voices – Das Rote Mikrofon“ singt das Lied „De Narregoddesdiensch in de Franziskuskerch“,
im Keyboard Friedemann Stihler.

Foto: Julia Große-Vorholt

Kommen Windräder in den Käfertaler Wald?

Freie Wähler kritisieren Zurückhaltung der Stadtverwaltung

MANNHEIM-NORD. „Die Fraktion Freie Wähler – Mannheimer Liste (FW-ML) wird die Errichtung von geplanten Windkraftanlagen im Käfertaler Wald nicht zulassen. Wir können in Mannheim nirgendwo Flächen erkennen, die geeignet wären, mit Windkraft Energie zu erzeugen. Dies bestimmt schon gar nicht im Käfertaler Wald“, so Fraktionsvorsitzender Prof. Dr. Achim Weizel.

Seit der Neufassung des Landesplanungsgesetzes Baden-Württemberg und der Verabschiedung des Windenergieerlasses durch die rot-grüne Landesregierung 2012 beschäftigen sich die Gemeindeverwaltungen und die Bürgerschaft mit der Errichtung von Windkraftanlagen. Die Fraktion FW-ML möchte die Errichtung von geplanten Windkraftanlagen im Käfertaler Wald verhindern. In der aktuellen Debatte im Ausschuss für Umwelt und Technik führte die zuständige Umweltdezernentin und Bürgermeisterin Felicitas Kubala aus, dass es im Vorfeld des

Termins der Landtagswahl am 13. März 2016 von Seiten der Verwaltung hierzu keine Stellungnahme geben wird. Bemerkenswert dagegen die Klarheit von Dr. Eckart Würzner, Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg. Seine Stadt hat bereits Anfang Dezember vergangenen Jahres eine fachliche Stellungnahme zu den geplanten Standorten in den Heidelberger Stadtwäldern verfasst. Fazit: Standorte im Wald können „aus fachlicher Sicht nicht akzeptiert werden“.

Die Landesregierung beabsichtigt, bis zum Jahr 2020 mindestens 10 Prozent des Stroms im Land aus heimischer Windenergie bereit zu stellen. Rund 1.200 neue Windenergieanlagen sollen in Baden-Württemberg auch in Erholungswaldgebieten errichtet werden.

Der Käfertaler Wald hat eine herausragende Bedeutung für das Klima der Stadt Mannheim. Mit seinen vielfältigen Freizeiteinrichtungen genießt der Naherholungswald große Beliebtheit bei Jung und Alt. Einer Studie zufolge ist

er mit mehr als 30 Personen pro Hektar das meistbesuchte großstädtische Waldgebiet in Baden-Württemberg.

Vergeblich hatte die FW-ML versucht, die Verwaltung zu beauftragen, durch Änderung der Satzung der Stadt Mannheim die geplante Ausweisung von Konzentrationszonen, Standorten für Windkraftanlagen, zu verhindern. Der Gemeinderat könnte mit einer Satzungsänderung Baumaßnahmen im Wald verhindern. Offensichtlich wollen sich Stadtverwaltung und große Fraktionen im Gemeinderat die Möglichkeit nicht verbauen, nach den Landtagswahlen den Ausbau der Windkraftanlagen zu ermöglichen. Vielleicht liegt dies auch darin begründet, dass durch die Verpachtung von Waldflächen ein Einnahmeplus für die Stadtkasse von bis zu 1 Mio. Euro jährlich in Aussicht stünde. Die Freien Wähler – Mannheimer Liste sehen daher eine große Gefahr für die Unversehrtheit des Landschafts- und Naturschutzgebietes Käfertaler Wald. zg/red

**Energiepolitik: BI überreicht
3000 Unterschriften an OB Kurz**

Anwohner wollen keine Windräder

3000 Unterschriften gegen die mögliche Errichtung von bis zu 13 Windrädern im Stadtwald überreichten am Dienstag am Rande der Gemeinderatssitzung Claudia Redlich, Erika Baumstark, Ruth und Claus Burchard sowie ML-Stadtrat Roland Weiß von der „Schutzgemeinschaft Käfertaler Wald“ an Oberbürgermeister Peter Kurz und Baubürgermeister Lothar Quast (beide SPD). Die von den betroffenen Anliegern in den Nordstadtteilen gesammelten Unterschriften wenden sich gegen zwei im kommenden Flächennutzungsplan des Nachbarschaftsverbands Heidelberg-Mannheim vorgesehene sogenannte „Konzentrationszonen“ für Windenergie, die nord-östlich des Karlsterns an der Autobahn A 6 liegen.

Rotoren bis zu 200 Meter hoch

Die Anwohner befürchten Lärm und negative Umwelteinflüsse, falls in dem als Erholungswald geltenden Bereich des städtischen Forsts tatsächlich bis zu 200 Meter hohe Windrotoren gebaut würden. Die Landesregierung will auf diese Weise die Energiewende in Baden-Württemberg vorantreiben. Sicher wäre mit der Ausweisung der Konzentrationszonen ein Neubau aber nicht, da die vorherrschenden Windstärken nach bisher vorliegenden Gutachten für einen wirtschaftlichen Betrieb von Windkraftwerken zu niedrig wären. Die Stadt Mannheim, so teilte Weiß mit, sei Eigentümerin der betroffenen Waldflächen. Der Flächennutzungsplan soll noch in diesem Jahr in Kraft treten. *lang*

Schriesheim: Anti-Windkraft-Initiative „Gegenwind“ bereitet weitere Aktionen vor

Erhöhter Druck auf die Kommunalpolitik

Von unserem Mitarbeiter
Frederick Mersi

Rund 30 Interessierte kamen am Mittwochabend zum Treffen der Schriesheimer Initiative „Gegenwind“ im „Neuen Ludwigstal“ zusammen. „Wir sind ja immer mehr“, merkte Sprecher Frank Funcke in seiner Begrüßung erfreut an. Die von ihm und Hans-Jörg Goerlach repräsentierte Initiative setzt sich gegen Windkraftanlagen auf der Schriesheimer Gemarkung ein.

Der wichtigste Gast der Veranstaltung fehlte jedoch: Der CDU-Landtagsabgeordnete Georg Wacker hatte seine Teilnahme an der Veranstaltung am Montagabend abgesagt. Auf Nachfrage des „MM“ nannte Wacker als Grund die Koalitionsverhandlungen: „Wir tagen jeden Tag bis spät in den Abend hinein.“

Im Wahlkampf hatte Wacker auf Plakaten klar Stellung gegen jegliche Windräder an der Bergstraße bezogen. Als Juniorpartner der Grünen könnten entsprechende Gesetzesänderungen für die CDU allerdings nur schwer erreichbar sein. „Gerade in dieser Hinsicht sind die Grünen ein schwieriger Koalitionspartner.“

Die Positionen der CDU seien aber bekannt und man werde „diese auch einbringen“. Doch Wacker sagt auch: „Das Ergebnis der Verhandlungen ist offen. Ich verhandle an dieser Stelle nicht persönlich.“ Zum Stand könne er daher nichts sagen.

„Wir werden die Verhandlungen natürlich kritisch beobachten“, sagte Goerlach am Mittwochabend. Doch der Fokus der Initiative liegt



Die Initiatoren der Initiative „Gegenwind“, Hans-Jörg Goerlach (links) und Frank Funcke (rechts neben ihm), können sich über einen vollen Saal freuen. BILD: RICK

auf der Schriesheimer Bevölkerung und den örtlichen Entscheidungsträgern. Mit Flyern in jedem Briefkasten will man die Bürger von den eigenen Argumenten überzeugen.

Schlimmstenfalls elf Anlagen

Im schlimmsten Fall könnten in den möglichen Konzentrationszonen „Hohe Waid“ und „Zins“ bis zu elf Windkraftanlagen mit möglichen Höhen von bis zu 230 Meter errichtet werden, befürchtet die Initiative.

Der in Altenbach lebende Biologe Marcel Münsterle ist um den Erhalt der Vogelarten dort besorgt: „Das Gebiet ist überregional bedeutend, was Spechtarten angeht.“ Um der Errichtung von Windkraftanlagen entgegen zu wirken, erstellt er in seiner Freizeit ein Arteninventar – auch als Mittel gegen die laut Unterstützer der Bürgerinitiative „oberflächlichen“ und „gekauften“ Gutachten.

Eigentlich könne man auf den Gebieten keine Windräder bauen, so Karl Brand, Sprecher der gleichnamigen Hirschberger Initiative: „In Hessen und Rheinland-Pfalz wurde in vergleichbaren Gebieten auch nichts ausgewiesen.“ Auszuschließen sei jedoch nichts.

Funcke sieht die Initiative nun in der heißen Phase, denn der Gemeinderat will bis zur Sommerpause eine Stellungnahme zu möglichen Standorten abgeben. Dieser entscheide letzten Endes, gab Funcke zu bedenken: „Solange das nicht geklärt ist, ist die Gefahr überhaupt nicht gebannt.“

Daher will man öffentlich Bürgermeister Hansjörg Höfer und alle Fraktionen zu einem Vortrag des Ingenieurs und Windkraftkritikers Detlev Ahlborn am 27. April einladen. „Damit man sich nicht so einfach wegducken kann“, so Funcke.

Energie: Nachbarschaftsverband präsentiert Ergebnisse der

Für Windräder bleiben zwölf Standorte

Von unserem Redaktionsmitglied
Bernhard Zinke

RHEIN-NECKAR. Zwölf potenzielle Standorte mit einer Fläche von rund 610 Hektar sind als Konzentrationsgebiete zwischen Mannheim und Nußloch übrig geblieben. Hier könnten sich – zumindest theoretisch – irgendwann Windräder drehen. Das ist das Ergebnis eines Beteiligungsverfahrens, das der Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim als Planungsgremium für Bürger und Fachbehörden initiiert hat. „Die Flächen können auch noch deutlich reduziert werden“, stellte der Geschäftsführer und leitende Planer des Nachbarschaftsverbandes, Martin Müller, für künftige Diskussionen in Aussicht. Dem das letzte Wort haben die politischen Gremien der Städte und Gemeinden sowie die Verbandsversammlung des Nachbarschaftsverbandes.

Ins Verfahren gestartet waren die Planer mit einer Fläche von 26 Quadratkilometern oder rund 2600 Hektar. Weil jedoch der Mindestabstand von Windrädern zu Wohngebieten von 700 auf 1000 Meter erhöht wurde und Platz für mindestens drei Anlagen an einer Stelle sein soll, fielen weitere 17 Quadratkilometer weg. Zuletzt kegelten auch Behörden mit ihrem Veto insgesamt fünf Standorte aus dem Plan.

Weggefallen sind im Einzelnen:

■ Heddesheim:

Auf der Fläche südwestlich der Gemeinde könnten bis zu 200 Meter hohe Windräder der Einflugschneise des Mannheimer Flughafens in die Quere kommen.

■ Heidelberg:

Der Standort in der Nähe des Grenzhofs wäre den Rettungsschraubern im Weg, die Kranke zu den Kliniken in Heidelberg, Mannheim und Ludwigshafen transportieren. Außerdem hat der Denkmalschutz sein Veto gegen Flächen östlich von Heidelberg eingelegt. Hier soll kein Windrad das historische Gesamtbild der Altstadt trüben. Eine Fläche nördlich von Heidelberg wird auch kleiner ausfallen.

■ Schwetzingen/Ketsch:

Ein Standort südlich der beiden Kommunen ist dem Sportflugplatz im Weg und soll auch weiterhin für den Kiesabbau zur Verfügung stehen.

■ Leimen/Sandhausen:

Der Flugplatz Walldorf und Belange des Vogelschutzes stehen dieser Fläche entgegen.

Verkleinert wurden Vorrangflächen zwischen Dossenheim und Wilhelmshof aus Gründen des Artenschutzes. Vor allem wegen der Abstände zu Wohngebieten liegen sämtliche Flächen nun in Bereichen,



In der Nähe des Frankenthaler Kreuzes sind gerade vier neue Windräder entstanden. Auf der anderen Rheinsseite wird jetzt um die richtigen Standorte getungen. **PHOTO: A2**

die für Natur und Landschaft als wertvoll gelten und deshalb Konflikte nach sich ziehen werden. Lieber hätte man Standorte entlang der Autobahnen und in Feldern statt im Wald benannt, aber das sei nicht



Nachbarschaftsverband

- Der Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim erstellt den **Flächennutzungsplan** für das Gebiet seiner Mitgliedskommunen.
- Er entscheidet auch darüber, welche Flächen künftig für **Windenergie** zur Verfügung stehen sollen.
- Dem Verband gehören **18 Städte und Gemeinden** im baden-württembergischen Kerngebiet der Metropolregion an.
- Entscheidungsorgan ist die **Verbandsversammlung** mit Vertretern aller Mitgliedskommunen.

lungnahmen füllen drei dicke Aktenstapel. Insgesamt sind 892 individuell formulierte Briefe, unterzeichnet von 1191 Bürgern, beim Nachbarschaftsverband eingegangen. Hinzu kamen 642 Schreiben, die auf der Basis von neun Musterbriefen unterzeichnet wurden. Auf sieben Listen gegen Windräder haben 3123 Bürger unterschrieben. Demgegenüber sprachen sich knapp 100 Menschen für die Windenergie aus.

Besonders führten die Windkraftgegner eine Einschränkung der Naherholung und den Waldverbrauch als Argumente ins Feld. Auch werde das Landschaftsbild verschandelt und der Artenschutz komme zu kurz. Kein Planungsargument sei die Wirtschaftlichkeit der Anlagen, betonte Müller. Auch hätten Bürgerinitiativen mit falschen Darstellungen operiert, um eine Ablehnungshaltung in der Bevölkerung zu erzeugen, sagte der Planer und mahnte zur sachlichen Auseinandersetzung.

Nun haben die Gemeinderäte der Kommunen das Wort. Der Flächennutzungsplan wird auch in der Verbandsversammlung am 25. November auf der Tagesordnung stehen.

Ergebnisse unter
nachbarschaftsverband.de

KOMMENTAR



Bernhard Zinke über
die Diskussion um
Windräder

Sorgen ernst nehmen

Binnen einer Woche geht es zweimal um dasselbe Thema. Doch unterschiedlicher könnten die Bewertungen kaum ausfallen. Im Ludwigshafener Pfalzbau beschwören Wirtschaft und Politik vergangene Woche die Chancen, die die Energiewende der Region eröffne. MVV-Chef Georg Müller spricht von einem Standortwettbewerb, den es zu gewinnen gelte. Und der Staatssekretär im rheinland-pfälzischen Umweltministerium, Thomas Griese, erläutert, dass das Land bereits über 40 Prozent seines Stroms aus erneuerbaren Energien bezieht – produziert auch von unzähligen Windrädern.

Im baden-württembergischen Teil der Metropolregion sind Windräder dagegen noch nicht mal erlaubt. Eigentlich ein paradoxer Zustand in Zeiten der längst eingeleiteten und unumkehrbaren Energiewende. Der neue Flächennutzungsplan wird dieses Ungleichgewicht beseitigen. Doch die Menschen fürchten die Rotoren wie der Teufel das Weihwasser. Das zeigt die Bürgerbeteiligung, die der Nachbarschaftsverband im Zusammenhang mit der Planung gestartet hat. Es ist ein erster und wichtiger Schritt, den die Planer unternehmen. Sie müssen die Sorgen der Bürger ernst nehmen. Und – wo möglich – deren Bedenken einarbeiten. Jedoch müssen auch Windkraftgegner ihren Beitrag leisten, indem sie in ihren Argumenten wahrhaftig bleiben. Windräder werden sich auch im Bereich des Nachbarschaftsverbandes nicht mehr verhindern lassen. Da ist es nur sinnvoll, wenn alle Seiten konstruktiv um die richtigen Flächen ringen.

„Windkraftanlagen-Wildwuchs“ soll es auf keinen Fall geben

Nachbarschaftsverband nahm nach Bürger-Einwendungen potenzielle Flächen aus der Planung

Von Harald Berlinghof

Mannheim/Rhein-Neckar. Gut 1500 Einwendungen von Bürgern gegen den geplanten Ausbau der Windenergie haben innerhalb eines halben Jahres den Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim erreicht. Darüber hinaus wurden 3123 Unterschriften gegen den Ausbau gesammelt. Die Hochburg der Gegner scheint dabei in Heidelberg zu liegen. Viele der Stimmen lassen sich in eine „Ja, aber“-Kategorie einordnen. Sie zeigten sich prinzipiell einem Ausbau positiv zugehen, allerdings „im Einklang mit der Natur und bitte nicht bei uns“. Die meisten der Bürgeranregungen waren allerdings deutlich „dagegen“: Nur etwa 100 der 1500 sprachen sich ausdrücklich pro Windenergie aus.

Der Ausbau der Windenergie in der Region führt immer wieder zu kontroversen Diskussionen. Die einen wollen eine „Verspargelung“ der Landschaft verhindern; die anderen wollen seltene Vogel- und Fledermausarten vor den rotierenden Windflügel der Anlagen retten. Wieder andere wollen der Geräuschentwicklung und vor allem der unhörbaren Infraschallentwicklung in der Nachbarschaft ihrer Wohnhäuser entgegen.

Dem gegenüber steht der erwünschte Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland, um die Abschaltung der Atomkraftwerke zu kompensieren und die klimaschädlichen Kohlekraftwerke zu ersetzen. Diesem Widerspruch gerecht zu werden, ist der Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim mit 18 Städten und Gemeinden im Kerngebiet des baden-württembergischen Teils der Metropolregion Rhein-Neckar angetreten. Vor allem will man einen

„Wildwuchs“ der Windkraftanlagen, die grundsätzlich nach gegenwärtigem Recht flächendeckend zulässig sind, mit der Erstellung eines Flächennutzungsplans mit ausgewiesenen „Windenergie-Konzentrationszonen“ begegnen.

Im vorläufigen Flächennutzungsplan, den die Verbandsversammlung, bestehend aus Vertretern aller 18 Mitgliedsgemeinden, bereits 2014 als Diskussionsgrundlage erarbeitet hatte, waren 18 so genannte Konzentrationszonen ausgewiesen worden, wovon eine bereits seit längerer Zeit nicht mehr verfolgt wurde. Nach Prüfung der harten Tabukriterien wie etwa Ausschluss von Naturschutzgebieten und Vogelschutzgebieten, Aspekten der Flugsicherung und der bestehenden Abstandsgebote standen noch 2600 Hektar Fläche für Windenergienutzung Verbandsgebiet zur Verfügung.

Nach einer Erhöhung des Abstandsgebotes zu Wohnbebauungen von 700 auf 1000 Meter und zu Aussiedlerhöfen von

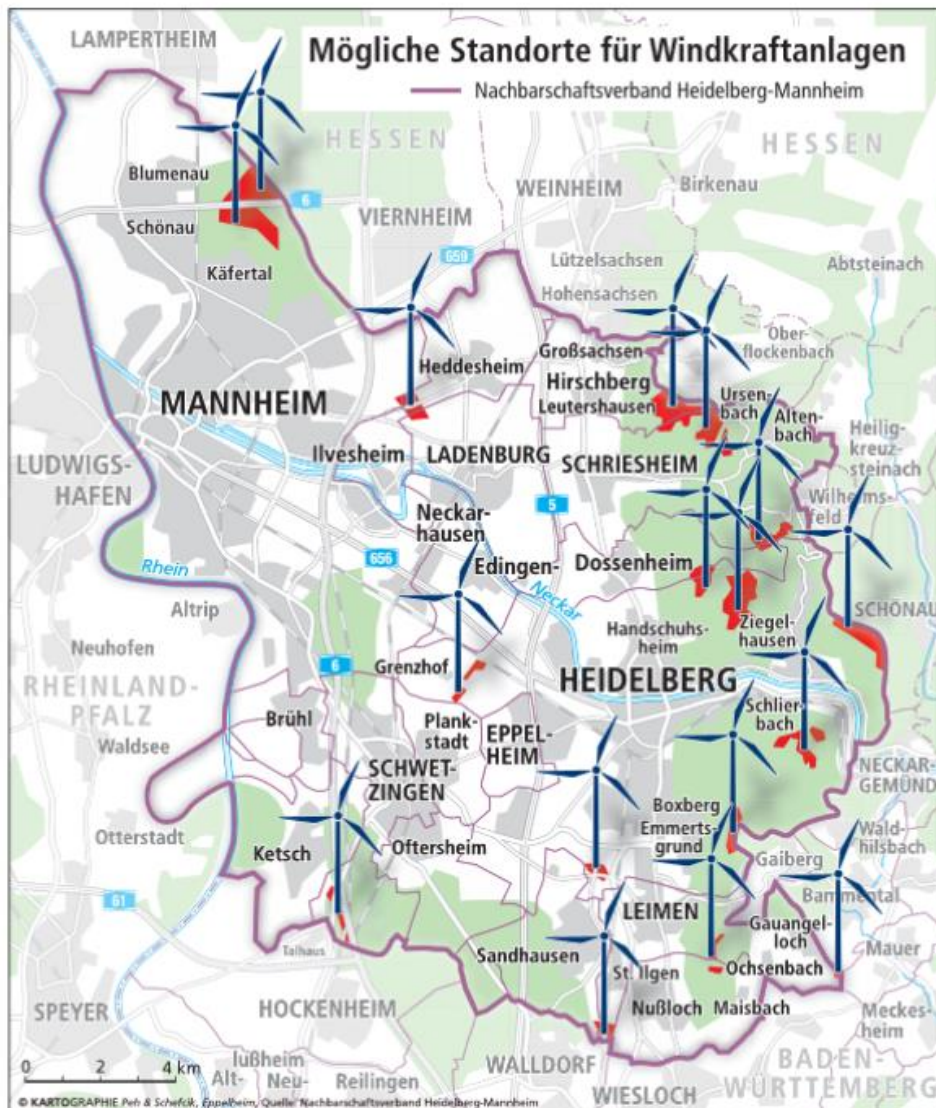
450 auf 600 Meter war die Fläche auf 900 Hektar geschrumpft. Die Bündelung der Anlagen auf Flächen mit mindestens drei Windkraftanlagen galt

bereits zuvor. Nach den jetzt erfolgten Behördeneinwendungen sind fünf Flächen weggefallen (siehe Artikel unten) und somit noch zwölf sogenannte Konzentrationszonen verblieben.

„Der weitere Diskussionsprozess bietet noch viel Spielraum“, betont Verbandsgeschäftsführer Martin Müller. Die Einwendungen der Bürger sollen in weitere Planungen einfließen und in einem politischen Prozess, an dem die 18 Verbands-Kommunen beteiligt sind, Einfluss auf die Gestaltung des Flächennutzungsplanes besitzen. „Die Zahl der Flächen könnte sich noch reduzieren“.

Häufig werde der Ruf laut, so Müller gestern im Mannheimer Stadthaus, dass man die Wälder von Windenergieanlagen freihalten und stattdessen lieber Ackerflächen nutzen solle. Dies sei allerdings aufgrund des Abstandsgebotes zu Wohnbebauungen eher schwierig durchzuführen. Und gerade die Bewohner der Rheinebene, wo sich weite Ackerflächen finden, seien schon durch Autobahnen und Zugverbindungen stark belastet. „Das führen dann die Leute dort gegen die Ansiedlung von Windkraftanlagen ins Feld“, erklärt Martin Müller.





17 so genannte Konzentrationszonen Windenergie waren ausgewiesen innerhalb des Gebiets des Nachbarschaftsverbands Heidelberg-Mannheim. Nachdem fünf aus dem Rennen sind, verbleiben zwölf, auf denen einmal Windenergie erzeugt werden könnte. Grafik: Peh&Schefcik

MÖGLICHE WINDKRAFTZONEN

Nachdem einige so genannte mögliche Konzentrationszonen für Windenergie aus den Planungen des Nachbarschaftsverbands herausgefallen sind, bleiben folgende potenzielle Zonen, die einmal für Windenergie ausgewiesen werden könnten (siehe auch Artikel links und Grafik oben):

> **Mannheim Käfertaler Wald Nord.** Die Fläche liegt auf der Gemarkung Mannheim im Käfertalerwald östlich Mannheim-Blumenau, nördlich der A6. Sie umfasst 49 Hektar und liegt in einem ebenen Gelände im Wald.

> **Mannheim Käfertaler Wald Süd.** Die Fläche liegt auf Gemarkung Mannheim im Käfertaler Wald östlich des Stadtteils Schönau und südlich der A6. Sie ist 111 Hektar groß und liegt in einem ebenen Gelände im Wald.

> **Heidelberg Kirchheimer Mühle.** Die Fläche liegt in Heidelberg südwestlich von Kirchheim, nordöstlich der Kirchheimer Mühle nördlich von Sandhausen/St. Ilgen. Sie wird von der Sandhäuser Straße (L598) sowie der L600 geteilt. Sie ist 15 Hektar groß, und liegt in ebenem Gelände.

> **Hirschberg/Schriesheim Hohe Waid.** Die Fläche liegt östlich von Schriesheim im Bereich der „Hohen Waid“ auf Hirschberger und zu kleinen Teilen auf Schriesheimer Gemarkung. Sie umfasst 99 Hektar.

> **Schriesheimer Hütte.** Die Fläche liegt östlich von Schriesheim im Umfeld der Schriesheimer Hütte auf Schriesheimer und Hirschberger Gemarkung. Sie wird von mehreren befestigten Straßen durchquert und umfasst 80 Hektar.

> **Schriesheim Weißer Stein.** Die Fläche liegt auf den Gemarkungen Dossenheim und Schriesheim zwischen dem „Weißen Stein“ und dem Parkplatz „Langer Kirschbaum“ zwischen Wilhelmshof und Heidelberg-Ziegelhausen. Sie ist 53 Hektar groß.

> **Heidelberg/Dossenheim Hoher Nistler.** Die Fläche liegt auf den Gemarkungen Dossenheim und Handschuhsheim auf dem Hohen Nistler; sie hat eine Größe von 39 Hektar. Begrenzt ist sie durch abfallende Hänge.

> **Heidelberg Krausstein.** Die Fläche besteht aus zwei Teilflächen und liegt im Stadtgebiet von Heidelberg östlich des Königstuhls im Bereich Auerhahnenkopf und Krausstein, nordöstlich vom Kohlhof. Sie ist 66 Hektar groß. Nach Norden ist sie begrenzt durch steil abfallende Hänge.

> **Heidelberg Drei Eichen.** Die Fläche liegt auf der Gemarkung Heidelberg im Bereich Drei Eichen, östlich von Heidelberg-Boxberg und Emmertsgrund sowie westlich von Gaiberg im Rohrbacher Wald. Sie hat eine Größe von 33 Hektar.

> **Leimen/Nußloch Hirschgrund.** Die zweigeteilte Fläche liegt auf den Gemeindegebieten von Leimen und Nußloch, nordöstlich von Nußloch, südöstlich von Leimen und westlich von Gauangelloch im Wald auf dem Hirschberg beziehungsweise dem Hirschgrund. Sie umfasst 17 Hektar.

> **Gauangelloch Süd-Ost.** Die Fläche liegt auf Gemarkung der Stadt Leimen im Stadtteil Gauangelloch, grenzt unmittelbar an Mauer und ist vier Hektar groß.

Fünf Standorte sind jetzt komplett außen vor

Sie wurden mit unterschiedlichen Begründungen für Windkraftanlagen gestrichen

Rhein-Neckar. (hab/wit) Von bislang 17 so genannten Windenergie-Konzentrationszonen im Gebiet des Nachbarnschaftsverbandes Heidelberg-Mannheim werden aufgrund behördlicher Einwendungen fünf nicht mehr weiter planerisch verfolgt; eine Fläche wird verkleinert. Es handelt sich um folgende Areale:

> **Heddesheim Süd-West.** Das Gebiet liegt südwestlich von Heddesheim im Langgewann, größtenteils auf der Gemarkung Heddesheim, zu kleinen Teilen auf Gemarkung Mannheim, Ilvesheim und Ladenburg. Aus der Planung fällt es wegen der Höhe der Windenergieanlagen von rund 200 Metern. Dort befindet sich die Abflugschneise des Mannheimer City-Airport.

> **Heidelberg-Grenzhof.** Diese Fläche ist dreigeteilt und liegt östlich vom Grenzhof auf Heidelberger Gemarkung. Dort

steht, so die Begründung für die Herausnahme aus der Planung, ein reger Verkehr an Rettungshubschraubern zu den Kliniken in Heidelberg, Mannheim und auch der Klinik in Ludwigshafen dem Bau von Windkraftanlagen entgegen.

> **Schwetzingen.** Das Gebiet liegt südlich von Schwetzingen zwischen der B36 und der A5 im Bereich der Schwetzinger Hardt auf Schwetzinger Gemarkung nahe bei Ketsch. Es fällt wegen Sport- und Segelflugverkehr und einem potenziellen Kiesabbaugebiet aus der Planung.

> **Leimen/Sandhausen.** Das Areal liegt südlich von Leimen-St. Ilgen, östlich und westlich der Bahntrasse Mannheim-Karlsruhe auf Leimener und Sandhausener Gebiet. Nicht mehr verfolgt wird die Fläche wegen einer Storchenaufzuchtstation.

> **Heidelberg Lammerskopf.** Das Gebiet

liegt östlich von Heidelberg-Ziegelhausen, nördlich des Lammerskopfs. Die Planung wird hier nicht mehr verfolgt wegen der Blickbeziehung zwischen Heidelberger Schloss und dem Neckartal.

> **Heidelberg Weißer Stein.** Die Fläche liegt auf Heidelberger Stadtgebiet. Hier wird zumindest der südliche Teil nicht mehr planungsmäßig weiter verfolgt, weil, so die Begründung, der Schutz des geschützten Wanderfalken eine Rolle spielt.

Aufgrund der Bürgereinwendungen will man beim Nachbarnschaftsverband nicht ausschließen, dass weitere Flächen aus dem Flächennutzungsplan genommen werden könnten. Beispielsweise stehen die Flächen in Mannheims Norden im Käfertaler Wald unter dem Vorbehalt der Trassenführung der ICE-Neubaustrecke und der Güterverkehrsstrecke.

Rettungshubschrauber verhindern Windräder

Regierungspräsidium spricht sich gegen den Grenzhof aus – Für Heidelberg sind noch zwei Standorte aktuell

Von Timo Teufert

Zumindest die Grenzhöfer können aufatmen: In unmittelbarer Nähe ihrer Siedlung wird es künftig keine Konzentrationsfläche für Windkraftanlagen geben. Das wurde gestern auf einer Pressekonferenz des Nachbarnschaftsverbandes be-



kannt gegeben. Der Grund: Weil über die geplante Fläche zu viele Rettungshubschrauber fliegen, dürfen keine Windräder gebaut werden.

„Als potenzieller Standort für Windräder ist der Grenzhof Ost nach Aussage der Flugsicherung des Regierungspräsidiums Karlsruhe ungeeignet, weil der dortige Luftraum stark von Rettungshubschraubern frequentiert ist“, heißt es in einer Pressemitteilung. Zum Teil-Flä-

chennutzungsplan „Windenergie“ waren die Behörden und die Öffentlichkeit frühzeitig beteiligt worden – die Auswertung der Ergebnisse dieser Beteiligung wurde gestern vorgestellt.

Das Aus für potenzielle Windenergieanlagen am Grenzhof Ost begründet die Flugsicherung des Regierungspräsidiums mit „flugrechtlichen Erfordernissen“. Der Grenzhof befindet sich in der Nähe zum Universitätsklinikum Heidelberg und vielen weiteren Kliniken mit Hubschrauberlandeplätzen und demzufolge „zu nahe an einem Flugbereich, der für schnelle Hubschrauberverbindungen benötigt wird“. Die Behörde führt weiter aus, dass ins-



Östlich des Grenzhofs hatte sich der Gemeinderat für eine Konzentrationszone für Windkraftanlagen ausgesprochen. Foto: Archiv

besondere Patienten in kritischem Gesundheitszustand zwischen den Kliniken in der Regel durch die Luft verlegt würden. Um die oft lebensrettenden Flüge zu ermöglichen, würden die Rettungshubschrauber oft auch bei schlechtem Wetter – mit geringen Sichtweiten und niedriger Wolkenuntergrenzen – starten.

„Die Realisierung von Windkraftanlagen innerhalb des (...) ausgewiesenen Gebiets 5 hält die Flugsicherung vor diesem Hintergrund für unverantwortlich, da sich das Gebiet wie ein Sperrriegel zwischen der Universitätsklinik Heidelberg und die Kliniken in Mannheim und Ludwigshafen schieben würde“. Die hohen Anlagen stellten zudem nicht nur ein statisches, sondern ein bewegtes Hindernis dar. Nach anfänglicher Zustimmung zum Windrad-Standort Grenzhof Ost hatte das Regierungspräsidium nach intensiver Prüfung seine Einschätzung jetzt doch revidiert.

Von den ursprünglich sieben potenziellen Standorten auf Heidelberg-Ge-markung sind damit noch „Drei Eichen“ und „Kirchheimer Mühle“ im Rennen. Für diese Areale werden noch folgende Fragen geklärt: „Drei Eichen“ hat die Untere Naturschutzbehörde unter Vorbehalt als geeignet eingestuft. Es ist zu prüfen, ob und in welchem Maße Uhus oder Fledermäuse hier ihren Lebensraum haben. Beim Standort „Kirchheimer Mühle“ sind ergänzende artenschutzrechtliche Untersuchungen erforderlich.

„Monster“ in der Landschaft

Flächennutzungsplan „Windenergie“: Viele Stellungnahmen auch von der Bergstraße im Rahmen der Behörden- und Bürgerbeteiligung

Von Carsten Blaue

Bergstraße. Gestern hat der Nachbarnschaftsverband Heidelberg-Mannheim die Ergebnisse der Behörden- und Bürgerbeteiligung im Rahmen der Aufstellung des Flächennutzungsplans „Windenergie“ bekannt gegeben. Die Stellungnahmen haben dazu geführt, dass mancher Standort für Windräder wieder ausgeschlossen wurde – etwa ein Teilgebiet am „Weißen Stein“, wobei der Artenschutz eine besondere Rolle spielte. Auch die Hangkante des Odenwalds wurde als schützenswert erachtet. Die „Hohe Waid“ bei Hirschberg und die Schriesheimer „Zins“ gelten weiterhin als sogenannte „Konzentrationszonen“ zum Bau von Windkraftanlagen.

Jedoch ist auch hier das letzte Wort noch nicht gesprochen. Positionen der Bürger würden im weiteren Planverfahren berücksichtigt, so der Nachbarnschaftsverband.

Dieser erhielt insgesamt 892 individuelle Schreiben aus der Bürgerschaft. Dazu kamen 642 Stellungnahmen in Form von neun unterschiedlichen Musterbriefen – alles in allem also 1534 Schreiben mit 1914 Unterschriften. Sieben Bürgerinitiativen reichten zudem Unterschriftenlisten mit insgesamt 3123 Namen ein – da-

runter die BI „Gegenwind Hirschberg“ mit 935 Namen sowie die Interessengemeinschaft Weinheim-Rippenweier und Heiligkreuz mit 572 Unterschriften. Auch die Schriesheimer IG Branich sagte Nein.

In Hirschberg, Schriesheim und Dossenheim wurden fünf mögliche Konzentrationszonen zur Diskussion gestellt, die regelmäßig Auswirkungen auf alle drei Orte haben. Aus Hirschberg gab es 49 Stellungnahmen mit 58 Unterschriften.

Diese sprachen sich fast durchweg gegen die möglichen Konzentrationszonen „Hohe Waid“ und „Zins“ aus. Die Argumente bezogen sich vor allem auf den Natur- und Landschaftsschutz, den Artenschutz sowie auf die Notwendigkeit, für Windräder Wald opfern zu müssen.

Die Naherholung und die Auswirkungen auf das Landschaftsbild waren weitere Begründungen. Beispielsweise hieß es aus Hirschberg über die „Hohe Waid“: „Natur und Landschaft bieten der Bevölkerung und Gästen hier einen besonderen Erholungswert. Bei der mitten darin liegenden ehemaligen Saatschule findet

jährlich eine sehr beliebte mehrwöchige Ferienveranstaltung für die Hirschberger Kinder statt.“

Aus Schriesheim erhielt der Nachbarnschaftsverband 52 Zusendungen, die 77 Personen unterzeichneten. Diese bezogen sich nicht nur gegen Windräder auf der „Zins“ und der „Hohen Waid“ Position, sondern auch gegen die entsprechende Waldnutzung am „Weißen Stein“. Hier waren die

Auswirkungen auf Natur und Landschaft, den Artenschutz sowie das Landschaftsbild ebenso vorrangig. Zudem wurde der Wert des baulich recht unberührten Schriesheimer Tals und seiner direkten Umgebung herausgestellt.

In den Stellungnahmen an den Verband gingen die Bürger bis ins Detail, wurden aber auch grundsätzlich. So heißt es in einem Schreiben: „Politisch scheint mir die Rechnung einer lokalen Naturzerstörung, um Klimaschutzziele einzuhalten, äußerst fragwürdig.“ Auf das Vorkommen von Schwarzwaldstörchen weisen mehrere Bürger hin, dazu kommen Kraniche, Milane sowie Fledermausarten. Die Sil-

houette der unberührten Bergstraße und der Wälder wird an anderer Stelle als Kulturtut und Segen bezeichnet. Hingegen schreibt ein Befürworter, der Blick auf Windräder wäre hier „völlig in Ordnung“.

„Nennenswerte Vorteile“ für den Nachbarnschaftsverband und seine Bürger sieht auch die Hirschberger Energiegenossenschaft Hohe Waid im Betrieb von Windkraftanlagen. Diese werden hingegen in einer Äußerung aus Schriesheims Ortsteil Ursenbach als „Monster“ bezeichnet, denen man nur mit „gemischten Gefühlen“ entgegenzusehen könne.

Insgesamt seien viele Anregungen der Bürger „sachlich, konstruktiv und hilfreich“, so der Nachbarnschaftsverband in seiner Bilanz. Für das weitere Planverfahren würden nunmehr weitere Kriterien und Aspekte vorliegen, die der Bürgerschaft besonders wichtig seien.

Gleichwohl, hieß es gestern von Verbandsseite, hätten einige Initiativen „öffentlichkeitswirksam und teilweise mit sachlich unzutreffenden Behauptungen“ Positionen eingenommen, die zu einer „breiten Gegenwehr“ gegen das Planverfahren an sich geführt hätten. Zudem hätten einzelne Initiativen die öffentliche Wahrnehmung „stark geprägt“ (weiterer Bericht und Seite „Metropolregion“)

